Kirche: Kniefall gen Mekka Seite 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 46 – 18. November 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Parolen gegen demokratische Entscheidung: Auch in Berlin wurde gegen den US-Wahlausgang demonstriert

Bild: action press

Der Hass von oben

Trump-Wahl: Gift und Galle gegen die Entscheidung des Volkes

Die Antwort deutscher Politiker und Medien auf die Wahl von Donald Trump wirft ein dunkles Licht auf unsere Republik.

Die Reaktionen der deutschen Politik und der allermeisten Medien des Landes auf den Ausgang der US-Präsidentschaftswahl sprechen ein vernichtendes Urteil über den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik. Der Sieg Donald Trumps wird nahezu einhellig wie ein unerhörter Skandal verhandelt. Der Gedanke, dass es in der Demokratie ein normaler Vorgang ist, dass auch die „anderen" gewinnen können, scheint den Tonangebern in Politik und Medien, die sich in allen wesentlichen Fragen zum Verwechseln ähnlich geworden sind, unerträglich zu sein.

Das lässt nur den Schluss zu, dass demokratisches Denken in den Kreisen der politisch-medialen „Elite" weitaus weniger verwurzelt ist, als dort gern behauptet wird. Die brüchige demokratische Tradition Deutschlands zeigt sich erheblich weniger stabil, als man lange Zeit hoffen mochte. Aber ist das wirklich eine Überraschung? Drohende Vorboten gab es genug für den nun offenkundig gewordenen Verfall.

> Das Wort »Demokrat« wurde völlig aus seiner Bedeutung gelöst

Allein die Art, in welcher der Begriff „Demokrat" vor allem in jüngster Vergangenheit verwendet wurde, spricht Bände. „Demokrat" war, wer zu bestimmten Fragen wie Einwanderung, Klima- und Energiepolitik, „Weltgemeinschaft" contra Nationalstaat, „Gender" oder Euro eine ganz bestimmte, linksgrüne oder globalistische Auffassung vertrat. Wer dies nicht tat, stellte sich „außerhalb der Gemeinschaft der Demokraten", so die absurde Losung. Doch wer den Begriff des Demokraten derart verbiegt, pervertiert ihn und, schlimmer, er wendet ihn gegen dessen eigentliche Bedeutung. Denn Demokrat ist eben derjenige, der die abweichende Meinung toleriert, statt sie als unerträglich gleichsam moralisch zu kriminalisieren.

Das Wissen um diese grundlegende Tatsache scheint im größten Teil der politisch-medialen „Elite" abhanden gekommen zu sein. In den USA hat die Gegenbewegung gegen diese anmaßende, in geistiger Inzucht verödete „Elite" ihren bisherigen historischen Höhepunkt erklommen. Der „Brexit" wurde in seiner Wirkung hier noch übertroffen, überall in Europa sind Bürgerbewegungen gegen jene intoleranten und blasierten „Eliten" auf dem Vormarsch, was immer man von ihren einzelnen Repräsentanten und Ausprägungen auch halten mag.

Wie aber werden die bundesdeutschen „Eliten" antworten, wenn auch ihnen eine derartige Bewegung zur ernsten Gefahr wird? Parolen wie „Pack", „Schande" und Ähnliches, die kübelweise über Protestgruppen in Deutschland ausgeschüttet wurden, lassen Böses ahnen. Abweichungen vom grünlinken, multikulturell-globalistischen Strom entzünden bei den Mächtigen in der Republik augenscheinlich einen Hass, der sie zu allem Möglichen motivieren könnte. Deutschland stehen ruppige Zeiten bevor. *Hans Heckel*

Front gegen Moskau bröckelt

Kritik an Sanktionen gegen Russland wächst innerhalb der EU – Balkanländer wählen prorussische Kandidaten

Während sich alle Augen auf die Präsidentschaftswahl in den USA richteten, haben die Medien bei ihren Spekulationen über die Frage Trump oder Clinton eine Entwicklung in den Balkanländern und in Osteuropa offenbar völlig verschlafen.

In Bulgarien und Moldau fanden Präsidentenwahlen statt, bei denen überraschend russlandfreundliche Kandidaten den Sieg errangen (siehe Seite 6). Besonders die Entwicklung in dem EU-Land Bulgarien dürfte den Brüsseler Eurokraten in Zukunft noch Kopfzerbrechen bereiten, offenbart sich hier einmal mehr, was sich seit dem „Brexit" und dem Ausscheren der Belgier und Holländer bei wichtigen Entscheidungen wie der über das Handelsabkommen Ceta (siehe Seite 7) seit Längerem abzeichnet: Die Einheit in der Europäischen Union, derer Brüssel sich bisher sicher wähnte, existiert de facto nicht mehr.

Das Aufbegehren vor allem osteuropäischer Mitglieder gegen die Elite in Brüssel hat viele Gründe. Die Politik der arroganten Bevormundung ermöglicht patriotischen Politikern in den nationalen Parlamenten mehr und mehr den Aufstieg. Vor allem die Ostflanke der EU begehrt gegen die von Brüssel und Washington aufgedrückten Anti-Russland-Sanktionen auf. Neben Ungarns Viktor Orbán begehrt nun auch Bulgarien mit der Wahl des russlandfreundlichen Rumen Radew auf. Der Ex-General Radew (siehe Seite 24) ist ebenfalls wie Trump in den USA ein Politik-neuling.

> Aufbegehren gegen EU-Bevormundung

Wenn die Brüsseler Elite die westlichen Staaten hinter sich glaubt, so droht ihr ein böses Erwachen. Schwedens Ministerpräsident Stefan Löfsen beispielsweise will die Spannungen mit Russland abbauen und fordert einen multilateralen Dialog mit Russland. Österreich ist für eine schrittweise Lockerung der Sanktionen. Das Land sieht sich traditionell als Brückenbauer zwischen Ost und West. Neben Tschechien und Ungarn hat Österreich sich mit der Schließung der Balkanroute klar gegen Merkel und die EU-Pläne zu einem Verteilungsschlüssel der Asylsuchenden positioniert. Dem belgischen Ab-geordnetenhaus liegt ein Resolutionsentwurf der Opposition gegen die Russland-Sanktionen vor.

Selbst in Deutschland mehrt sich die Kritik an der Sanktionspolitik gegen Russland. Mehrere mitteldeutsche Ministerpräsidenten lehnen weitere Sanktionen ab. Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU), Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) und Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) sehen Wirtschaftssanktionen als Ausdruck politischer Einfallslosigkeit, die nichts bewirkt hätten. Sellering konnte zuletzt bei den Landtagswahlen die Erfahrung machen, wie die patriotische AfD von der verfehlten Wirtschaftspolitik profitiert hat.

Die Rückbesinnung auf das Nationale vor allem am Ostrand der EU zeugt von einer Abkehrtendenz einer von Gleichmacherei und Arroganz gegenüber den Bedürfnissen der Bürger blind gewordenen Politiker-Elite in Brüssel. Wohin das führen kann, hat Donald Trumps Wahl zum US-Präsidenten deutlich gemacht. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Manuel Ruoff:

Wie »Gorbi«

Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA erinnert in manchem an die Wahl von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär des ZK der KPdSU im Jahre 1985. Trump warb damit, die Korruption zu bekämpfen, Gorbatschow mit Glasnost (Transparenz). Verlierer bei der Wahl Trumps und Gorbatschows ist – beziehungsweise war – die in den USA „Establishment" und in der UdSSR „Nomenklatura" genannte Machtelite mit ihrem linken Strukturkonservatismus

Von Trump ist zu erwarten, dass er wie weiland Gorbatschow eine Verständigung zwischen Washington und Moskau anstrebt. Beide stehen für den Verzicht ihres jeweiligen Landes auf den Führungsanspruch in der Welt sowie darauf, andere Länder durch militärische Interventionen beglücken zu müssen. Stattdessen ist bei Trump wie weiland bei Gorbatschow ein Rückzug auf den eigenen Staat zu erwarten. Beide verkörpern damit eine Alternative zum linken Imperialismus, wie ihn Hillary Clintons Demokraten und die Vorgänger Gorbatschows im Kreml verkörpert haben. Gorbatschows Vorgänger redeten von „proletarischem Internationalismus" und mobilisierten gegen die USA; Clinton und ihre Demokraten redeten von „Weltoffenheit" und mobilisierten gegen Russland.

Die politische Funktionselite in der Bundesrepublik reagiert auf Trump ähnlich allergisch, wie es weiland jene der DDR auf Gorbatschow getan hat. Man ist in der Zwickmühle. Einerseits hat man die Verbundenheit mit der Führungsmacht im Bündnis zur Staatsräson stilisiert wie sonst nirgens im Bündnis. Andererseits wird mit Entsetzen konstatiert, dass die Person an der Spitze dieser Führungsmacht dem Bündnis weniger Aufmerksamkeit schenken will. Das Entsetzen der politischen Führung der DDR ist verständlich, war ihr doch spätestens ab 1953 bewusst, dass ihre Macht auf tönernen Füßen stand, wenn sie mit ihrer Bevölkerung allein gelassen wurde.

Nun könnte man meinen, dass diese Angst bei der Kritik der politischen Führung der Bundesrepublik an Trumps „Isolationismus" keine Rolle spiele. Dem ist aber offenkundig nicht so. Denn wie sonst soll man sich erklären, dass laut der damaligen Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul viele in ihrer Fraktion dem Vertrag von Maastricht hauptsächlich deshalb zustimmten, weil „der alte Ungeist wieder in großem Umfang gesellschafts- und politikfähig werden" würde, sollte „Deutschland sich selbst überlassen bleiben"?

MELDUNGEN

Exilregierung auf der Kippe

Seoul – Die verschiedenen Organisationen der nordkoreanischen Flüchtlinge in Südkorea planen, im nächsten Frühjahr in Washington eine Exilregierung der „Demokratischen Volksrepublik Korea" zu gründen. Diesem Vorhaben hat die südkoreanische Regierung jetzt allerdings energisch widersprochen: Nordkorea als einen „fremden Staat" anzusehen, widerspreche der südkoreanischen Verfassung. Nach deren Artikel 3 umfasst die Republik (Süd)-Korea die gesamte koreanische Halbinsel. Zudem würde kein anderer Staat diese Exilregierung anerkennen, solange Nordkorea noch Mitglied der Vereinten Nationen sei. *F.W.S.*

Saakaschwili schmeißt hin

Odessa – Der ehemalige georgische Regierungschef Michael Saakaschwili ist von seinem Amt als Gouverneur der ukrainischen Hafenstadt Odessa zurückgetreten. Verantwortlich für seinen Schritt machte er Staatspräsident Petro Poroschenko, der ihn vor anderthalb Jahren zum Bürger der Ukraine und Oberhaupt der Region ernannt hatte. Bei der dortigen, überwiegend russischen Bevölkerung war der Kaukasier, der einen desaströsen Krieg gegen Russland begonnen hatte, allerdings unbeliebt. Nun wirft er Poroschenko vor, dass dieser seine Hand schützend über die bestehenden korrupten Strukturen gehalten und ihm damit die Arbeit unmöglich gemacht habe. Saakaschwili steht selbst wegen Korruption und diverser Gewaltdelikte in seinem Heimatland unter Anklage. Offenbar diente Saakaschwilis Rücktritt vor allem dazu, die Stellung Poroschenkos weiter zu untergraben. *T.W.W.*

Ex-Gouverneur wird FSB-Chef

Moskau – Jewgenij Sinitschew, der zwischenzeitliche Ersatz-Gouverneur des Königsberger Gebietes, wurde zum Vizepräsidenten des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB ernannt. Sinitschew diente von 2006 bis 2015 als persönlicher Adjutant von Wladimir Putin und wurde dann als Leiter des regionalen FSB nach Königsberg entsandt, um die dort grassierende Korruption im Staatsapparat und die Durchsetzung der Sicherheitsorgane mit Agenten vor allem polnischer Nachrichtendienste in den Griff zu bekommen. Am 28. Juli wurde er zum Nachfolger von Gouverneur Nikolaj Zukanow ernannt, um am 6. Oktober – nach nur 70 Tagen im Amt – auf eigenen Wunsch hin eine andere Verwendung zugewiesen zu bekommen. Angesichts seiner jetzigen Beförderung ist die Kürze seiner Amtszeit kaum als ein Zeichen seines Versagens zu werten, wie dies in den Medien regelmäßig geschah. Sein junger Nachfolger Anton Alichanow, der einer einflussreichen Familie von Staatsbeamten entstammt und in Königsberg mit Elan an die Arbeit geht, ist bisher nur „diensthabend" im Amt und muss sich im kommenden Jahr entscheiden, ob er sich einer Wahl durch die Bevölkerung stellen möchte. *T.W.W.*

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger für die Treuespende bei

Das Desaster der Demoskopen

Warum Trump Clinton schlug und die Meinungsforscher das Gegenteil vorausgesagt hatten

Der triumphale Sieg von Donald Trump über seine demokratische Gegenspielerin war nicht nur ein Sieg der Zukurzgekommenen über die Eliten. Er war auch ein Sieg des Souveräns über die Demoskopen.

Der Wahlmarathon in den USA hatte am vorletzten Dienstag kaum begonnen, da legte sich die sonst so betuliche „New York Times" bereits fest: „All unsere Analysen sehen einen Vorsprung für Hillary Clinton. Sie wird mit 90-prozentiger Wahrscheinlichkeit die neue Präsidentin." Bekanntlich kam alles anders. Wer in den Tagen vor der Wahl Trump Siegchance eingeräumt hatte, der wurde bestenfalls belächelt. Parallelen zum Brexit, dem Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union, wurden beiseite gewischt: „So was passiert nicht zweimal", lautete es unisono. Doch es ist passiert. Und die Meinungsforscher stehen vor einem Rätsel.

Vor den Präsidentschaftswahlen in den USA lag ihnen viel besseres und belastbareres Datenmaterial vor als in Großbritannien. Dennoch hatten von 67 Umfragen, die in den 14 Tagen vor der Wahl durchgeführt wurden, nur vier Trump vorne gesehen. Das Trump-Lager hatte die Umfragen stets als manipulativen Akt angesehen.

Doch das ist wohl nur die halbe Wahrheit. Offenbar haben viele US-Amerikaner Trump gewählt, obwohl sie gegenüber den Demoskopen zuvor die politisch korrekte Variante Clinton angegeben hatten. Für diese Annahme spricht die Tatsache, dass die University of Southern California, die in ihrer Umfrage in Zusammenarbeit mit der „Los Angeles Times" seit Monaten Trump vorne gesehen hatte, ihre Erhebung im Internet durchgeführt und den Befragten den Schutz der Anonymität gewährt hatte. „Es liegt der Verdacht nahe, dass Clinton-Anhänger mit einer höheren Wahrscheinlichkeit das auch so sagen, Trump-Anhänger weniger", sagte Arie Kapteyn, Leiter der Studie, gegenüber der „Berliner Morgenpost".

> Anzeichen, dass ein Umschwung zugunsten des Republikaners stattfinden könnte, hat es genügend gegeben

Das entschuldigt die falschen Prognosen der Demoskopen allerdings nur bedingt, denn es hatte genug Anzeichen gegeben, dass ein Umschwung zugunsten des Republikaners stattfinden könnte. Während die Eliten in Washington, die Schönen und Reichen die Werbetrommel für Clinton rührten und diese eifrig Wahlgeschenke für sozial Schwache verteilte, hatten Demoskopen früh ermittelt, dass die „weiße Mittelschicht" eher zu Trump tendieren könnte, jene staatstragende Wählergruppe, von dem der „Spiegel" verächtlich meint, er sehne sich „nach einer Rückkehr in die frühen 60er Jahre". Diese Wählergruppe kostete Clinton am Ende den Sieg in den sicher geglaubten Hochburgen wie Wisconsin und Pennsylvania.

Die Abstiegsängste des Bürgertums haben reale Ursachen. In den USA machte vor der Wahl die Trucker-Rechnung die Runde. In den Vereinigten Staaten gibt es rund 1,4 Millionen Fernfahrer. Diese verdienen rund 42 000 Dollar pro Jahr. Doch es bedarf eines Einkommens von mehr als 50 000 Dollar, um seine Familie zu ernähren und ein Haus zu bauen. Nicht einmal hart arbeitende Trucker könnten sich folglich ein normales Leben leisten, so lautete der wütende Tenor. Und aus dieser Wut wuchs der Hass auf Washington. Eine Kommentatorin der ARD analysierte noch in der Wahlnacht, dass Barack Obama Millionen Menschen glücklich gemacht habe. „Schwule können Kinder adoptieren. Die ganz Armen haben eine Krankenversicherung, und die Kinder von illegalen Einwanderern hat er legalisiert." Doch die Millionen Wähler der Mittelschicht fühlten sich bei diesen Lobby-Arbeiten nicht repräsentiert und wählten mehrheitlich Trump.

Doch auch eine andere Rechnung ging nicht auf. Die Darstellung Trumps als frauenverachtenden Rassisten führte nicht dazu, dass Clinton wie erhofft in bestimmten Wählergruppen punkten konnte. So stimmten mehr als ein Drittel der Latinos und immerhin 46 Prozent der Frauen für Trump. Obama hatte bei seinen Wahlsiegen gerade bei Einwanderern in erheblich höherem Maße punkten können als Clinton.



Sie waren nicht die einzigen Verlierer: Hillary mit Bill Clinton nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses Bild: action press

Und noch etwas sprach für Trump, auch wenn dies viele Beobachter offenbar nicht wahrhaben wollten. Der Immobilien-Mogul hatte sich ein Team zusammengestellt, das in der Bevölkerung gut ankommt. Mike Pence, designierter Vizepräsident und Gouverneur von Indiana, gilt als Sprachrohr der kleinen Leute. Der äußerst populäre ehemalige New Yorker Oberbürgermeister Rudy Giuliani ist ein heißer Anwärter auf den Posten des Justizministers. Er ist in innenpolitischen Debatten ein Verfechter einer harten Linie, fiel aber auch durch liberale Akzente auf wie beispielsweise die Befürwortung der sogenannten Homo-Ehe. Eindeutig auf dem liberalen Flügel beheimatet ist der Gouverneur von New Jersey, Chris Christie, der auch bei den Demokraten viele Sympathien genießt und Innenminister werden könnte. Und der republikanische alte Haudegen Newt Gingrich gilt als Verteidigungsminister als gesetzt. „Trump war von zwei unbeliebten Kandidaten der, der die besseren Leute hinter sich hatte", kommentierte die „Los Angeles Times".

Peter Entinger

Antideutscher Affekt lebt

Wie die Tschechei der Vertreibung der Deutschen vor 70 Jahren gedenkt

In diesem November kulminiert an der Moldau das Projekt „Smireni 2016 Versöhnung". Das Programm ist ärmlich: zwei Podiumsdiskussionen, ein Konzert, eine Ausstellung. Das war's zu den Vertreibungen Deutscher, die vor 70 Jahren ihr offizielles Ende fanden: Am 26. Oktober 1946 ging aus Karlsbad der letzte Zug mit vertriebenen Deutschen ab, was hohe Politiker unter Innenminister Václav Nosek mit einem Festakt im Stadttheater würdigten.

Der Stalinist Nosek, von dem das Wort überliefert ist: „Slawenhass gehört zur deutschen Natur", war der eigentliche Scharfmacher der Vertreibungen, die er nun lobte: Sie seien von den „großen Verbündeten" gebilligt und von internationalen Beobachtern in ihrer Korrektheit kontrolliert worden. Das Werbeplakat der derzeitigen „Versöhnungsshow" verweist mit einem (erweiterten) historischen Foto auf damalige Realität: Deutsche, Frauen mit kleinem Hakenkreuz auf der Stirn, Männer mit großem auf dem Rücken, warten auf ihre Abschiebung, über ihnen eine Sprechblase „Smireni 2016 Versöhnung". Zusammenhänge kennt der 1975 geborene und gerade wiedergewählte Präsident der „Versammlung deutscher Vereine in Böhmen, Mähren und Schlesien", Martin Dzingel: Die deutsche Diskriminierung begann nach Kriegsende mit den Benesch-Dekreten, die „uns eine Kollektivschuld anlasteten". Benesch pries sie 1947 im Parlament als Freibrief gegen Deutsche: „Die anerkannte Kollektivschuld ermöglichte uns, die Deutschen zu vertreiben und die Vertreibung moralisch damit zu begründen, dass Sudetendeutsche ein Verbrechervolk sind und zu Recht für alle Zukunft aus unserem Land ausgesiedelt werden."

Was Deutschen dann geschah, haben Historiker wie Tomás Stanek (1996) und Katerina Nova (2012) dokumentiert: „wilde" Vertreibungen 1945: 766 049; „organisierte" Vertreibungen 1946: 2 165 135; getötete Deutsche: 250 000; verbliebene Deutsche: 300 000. Letztere mussten ab 1953 20 Prozent Sondersteuern zur „Erneuerung der Tschechoslowakei" zahlen und ihren Besitz abgeben. Ab 1968 konnten sie „gegen Zahlung Zehntausender Kronen ihre Ausreise beantragen". Damit kein Deutscher zurückkäme, ließ die Regierung 34 000 leer stehende deutsche Häuser und hunderte Ortschaften niederwalzen.

Die Nosek-Benesch-Sicht der Vertreibungen gefällt den meisten Tschechen auch nach 70 Jahren noch. Im Mai 2015 erkundete eine Repräsentativumfrage ihre Denkweise: keine Eigentumsrückgabe an Deutsche (82 Prozent), Vertreibung war unvermeidlich (70 Prozent) und gerecht (61 Prozent), Entschuldigung bei Deutschen unnötig (66 Prozent). Da gibt es wenig zu versöhnen, weiß Dzingel.



Mageres Programm: „Smireni 2016 Versöhnung" Bild: CF

Sein 1992 gegründeter loser Bund von 23 Vereinen und zehn Begegnungsstätten wird fälschlich oft als Vertretung der Deutschen angesehen. Anders als Deutsche in der Slowakei, Polen oder Rumänien haben die noch 19 687 Deutschen (2014) in Tschechien, der Rest von einst 3,5 Millionen, keinen Status als „Minderheit", ihr Bund wird zu 70 Prozent von Berlin finanziert. Anderes wie in Prag die ausgezeichnete „Grundschule für deutsch-tschechische Verständigung" samt „Thomas-Mann-Gymnasium" sind Eigenleistung „der deutschen Minderheit".

Der antideutsche Affekt der Tschechen ist selbstschädigend verfestigt: 8000 deutsche Firmen in Tschechien suchen vergeblich deutschkundige Arbeitskräfte, 700 deutsche Stipendien stehen bereit, 88 Millionen EU-Bürger sprechen Deutsch, die meistgesprochene Sprache in der EU – alles uninteressant für tschechische „Patrioten". 800 Jahre Koexistenz sind verdrängt, selbst deutsche Mitbürger verdienen keine Entschädigung erlittenen Unrechts. Sie waren „nie gleichberechtigt, sind es bis heute nicht", weiß Dzingel.

Auf 1277 Kilometer grenzt Tschechien an deutschsprachige Länder, die besorgt den Zerfall der dank Textil- und Glasindustrie einst reichen Region verfolgen. Sie wird menschenleerer, die Arbeitslosigkeit ist um ein Viertel höher, das Bildungsniveau niedriger als anderswo. Nur bei Kriminalität und Wahlvoten für Kommunisten, die antideutsche Feindbilder propagieren, liegt sie vorn.

Kniefall gen Mekka

Martin Luther wäre entsetzt – Schwach und liebedienerisch begegnet die evangelische Amtskirche dem Islam

Das große Jubiläum steht an. 500 Jahre Reformation gilt es zu feiern. Feiern? Tatsächlich scheint sich hier eher eine Glaubensrichtung mit großem Aufwand von sich selbst zu verabschieden. Exemplarisch dafür steht der Umgang mit der wohl größten Herausforderung des europäischen Christentums seit Langem: Einem übergriffigen, expansiven Islam auf dem Vormarsch.

Die Schlüssel seines Wagens gibt Roland Weißelberg (73) vorher an der Rezeption des Augustinerklosters in Erfurt ab. Seine Frau kann sie dort leichter finden, wird er wohl gedacht haben. Der aus dem ostpreußischen Königsberg stammende Pfarrer im Ruhestandwird den Wagen selbst nicht mehr brauchen. Niemals mehr.

Während aus der Kirche des Klosters die Bachkantaten eines Gottesdienstes zu ihm herausklingen, steigt Weißelberg in eine Baugrube hinab. Er übergießt sich mit Benzin und zündet sich kurz vor 11 Uhr am Reformationstag des Jahres 2006 selber an. Andere Menschen, die sich nicht in der Kirche aufhalten, sehen den brennenden Weißelberg. Sie können die Flammen löschen. Schwerletzt kommt er in eine Spezialklinik. 60 Prozent seiner Haut sind verbrannt. Einen Tag nach der tragischen Tat stirbt ein Mensch, den Angehörige und Freunde als humorvoll, engagiert, klug und mutig beschreiben.

Seiner Frau hat Weißelberg einen erklärenden Abschiedsbrief hinterlassen. Es ist die tiefe Sorge vor dem Islam, die ihn zu seiner Tat veranlasst hat. Die Christen müssten sich viel stärker von ihm abgrenzen, sonst würden sie überrollt werden, schreibt Weißelberg, der sich intensiv mit dem moslemischen Glauben auseinandergesetzt hatte.

„Das Fanal, das keiner versteht", überschrieb der „Spiegel" damals ratlos einen Artikel über die Selbstverbrennung. Dagegen scheint es ziemlich genau zehn Jahre später, als habe der Pfarrer mit bestürzend klarer Voraussicht gehandelt. Dabei begegnete die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) dem Islam noch im Jahre von Weißelbergs Tod mit großer Distanz. „Klarheit und gute Nachbarschaft" hieß 2006 ein offizieller Text, in dem trotz des versöhnlichen Titels scharfe Kritik an zentralen muslimischen Vorstellungen geübt wurde. Respekt vor Andersdenkenden und die Achtung der Menschenrechte wurden daeingefordert. Der Islam müsse zeigen, dass der Gewaltverzicht zu seinem Selbstverständnis gehöre. Unmissverständlich ist auch die Ansage, dass Christentum und Islam in klarer Konkurrenz zueinander stünden. Jedem Anschein einer Religionsvermischung müsse entgegengetreten werden.

Wer würde heute solche Aussagen aus dem Mund des 2014 zum EKD-Ratsvorsitzenden gekürten Bischofs Heinrich Bedford-Strohm erwarten? Eine schleichende Islamisierung scheint in allen Lebensbereichen des Landes voranzuschreiten (siehe Seite 8), und die Kirchen verlieren kaum ein Wort darüber. Manchmal ist ihr Schweigen so lautstark, dass man sich die Ohren zuhalten möchte. Wenn der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick bekundet, dass für ihn, den Katholiken, ein muslimischer Bundespräsident denkbar sei, wird diese Ungeheuerlichkeit von protestantischer Seite mit einvernehmlichem Schweigen kommentiert. Gemeinsam biedert man sich den Anhängern des fremden Gottes bei jeder Gelegenheit an. Während einer Pilgerreise ins Heilige Land entledigten sich Bedford-Strohm und Reinhard Marx – als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz oberster Repräsentant der katholischen Kirche in Deutschland – gemeinsam ihrer Amtskreuze beim Besuch des Felsendoms in Jerusalem. Das christliche Symbol wäre als Provokation empfunden worden. Man habe sie auch von israelischer Seite dazu aufgefordert, behauptete Bedford-Strohm, nachdem die unheilvolle Geste in Deutschland für Entsetzen gesorgt hatte (*PAZ* 45, Seite 24).

> Mit hysterischem Eifer wird Martin Luther demontiert

Ein israelischer Militärsprecher widersprach empört: Niemand habe die Bischöfe darum gebeten. Im Gegenteil: „Es war vollkommen falsch, vor den radikal-muslimischen Forderungen einzuknicken."

Einknicken, wegducken, anpassen, nachgeben: Die übergriffige Religion aus dem Orient, „Gottes Rute und Peitsche", so Martin Luther, findet gerade im Protestantismus nur schwache Konkurrenz im Kampf um die Vorherrschaft des rechten Glaubens. So vieles wird kampflos hingenommen: die Drangsalierung von Christen in den islamisch dominierten Asylsucherheimen ebenso wie die rasant steigende Anzahl an Kirchenschändungen durch Muslime in Deutschland. In manchen Orten terrorisieren orientalische Jugendgangs ganze Kirchengemeinden.

Mit geradezu hysterischem Eifer wird dagegen der Stifter der eigenen Glaubensrichtung demontiert. Zum 500. Reformationsjubiläum wird dem großen Martin Luther alles angekreidet, was nicht ins zeitgeistige Weltbild passt. Die Jubelfeier wird zum Tribunal. Der „erste Wutbürger" (der „Spiegel" über Luther) kannte ungeheuerlicherweise die Sprachvorschriften und Denkzwänge der Gutmenschen von heute nicht. Luthers wortstarke Predigten gegen den islamischen Feind, dessen osmanische Heerscharen damals Europa bedrängten, stünden der Begegnung und dem Dialog im Weg, heißt es von Seiten der EKD. Das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Islam müsse neu bestimmt werden. Ein Vorschlag: Zum Beten wenden sich fortan an auch die Kirchenoberen gen Mekka. Vielleicht können sie dort sogar ein glühendes, tiefes Bekenntnis zum eigenen Glauben entdecken, das ihnen selbst längst abhanden gekommen zu sein scheint.

In Erfurt, der Stadt, in der sich Pfarrer Weißelberg verbrannte, ist unterdessender Bau einer Moschee inklusive Minarett geplant. Ein Bürgerbegehren gegen das Bauvorhaben wurde jüngst von der Stadtverwaltung abgelehnt.

Frank Horns



Unterwürfige Geste auf dem Tempelberg: Bischof Heinrich Bedford-Strohm (l.) und Kardinal Reinhard Marx zeigen sich ohne Amtskreuz auf der Brust. Dem Mann in der Mitte scheint es zu gefallen. Es ist Scheich Omar Awadallah Kiswani, Direktor der Al-Aksa-Moschee Bild: epd

MELDUNGEN

Bischof verleumdet AfD

Bamberg – Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick, Pro-Asylsucher-Aktivist und mit dem Vorschlag hervorgetreten, auch ein Moslem könne Bundespräsident werden, schießt verbal gegen die AfD: Von dort seien „Todesdrohungen" und „massive Beleidigungen" gegen ihn ausgegangen. Dies werde er mit aller Härte juristisch verfolgen. Als vermeintlichen Beleg für diese Anschuldigungen kann allerdings nur auf drei Kommentare von Dritten auf der AfD-Facebook-Seite verwiesen werden, die vor den Gefahren des Islamismus für Christen warnen. Dort wünschten sich die Kommentatoren, dass das erwartete „islamistische Schlachten in Deutschland" bei den für die „Flüchtlings"-Misere verantwortlichen Kirchenvertretern beginnen möge. *T.W.W.*

Merkel warnt die Deutschen

Berlin – Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat von den Deutschen mehr Offenheit gegenüber Immigranten angemahnt. Nach dem neunten sogenannten Integrationsgipfel in Berlin vergangenen Montag sagte die Regierungschefin, die „Offenheit der Einwanderungsgesellschaft" sei für eine Teilhabe der Immigranten ebenso wichtig wie das Erlernen der deutschen Sprache und die Achtung des Wertesystems in Deutschland. Merkel warnte die Deutschen bei dieser Gelegenheit, eine misslungene Integration könne das Land jahrzehntelang schwer beschäftigen. An dem Gipfel nahmen mehr als 50 Lobbygruppen von Einwanderern teil. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), forderte, mehr Immigranten in den öffentlichen Dienst einzustellen. Die bislang dort erreichte Immigrantenquote von 14,8 Prozent sei noch zu niedrig. *H.H.*

(siehe auch S. 5)

Kostenexplosion in Berlin

Übersicht des Bundesbauministeriums offenbart Fehlplanungen

Nicht nur das Land Berlin hat mit großen Bauprojekten wie der Staatsoper und dem Flughafen Berlin-Brandenburg seine Probleme, sondern auch der Bund. Aus einer Übersicht aus dem Haus von Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) geht hervor, dass sich große Bauvorhaben des Bundes in der deutschen Hauptstadt gegenüber den ursprünglichen Kostenplanungen um fast eine Milliarde Euro verteuert haben. In der Liste nicht einmal aufgeführt werden das Terminal der Bundesregierung am geplanten Berliner Großflughafen BER und der Neubau des Depots der Staatlichen Museen Berlin. Für beide Projekte ist ein Baustopp verhängt worden. Bei einigen der aufgeführten Bundesprojekte sind die Mehrkosten derzeit noch nicht einmal zu beziffern.

Massiv aus dem Ruder gelaufen ist der Bau der neuen BND-Zentrale in Berlin. Waren ursprünglich 720 Millionen Euro eingeplant, ist nun die Marke von einer Milliarde überschritten. Völlig überholt ist auch die Kalkulation bei der James-Simon-Galerie, dem künftigen Eingangsgebäude zur Berliner Museumsinsel. Bei dem Projekt haben sich die Kosten von kalkulierten 71 Millionen auf mittlerweile 134 Millionen Euro erhöht.

Für Schlagzeilen sorgt derzeit allerdings ein anderer Problemfall: die Sanierung des Pergamonmuseums. Ursprünglich waren hierfür 261 Millionen Euro veranschlagt. Mittlerweile rechnet der Bund mit Kosten von 477 Millionen Euro. Ob es bei dieser Summe bleiben wird, ist abzuwarten.

Der Umbau des Museums mit seinem weltberühmten Pergamonaltar wird vermutlich noch bis Mitte 2023 dauern – vier Jahre länger als geplant. Als Hauptgrund für den Zeitverzug und die gestiegenen Kosten gibt das Bundesbauministerium zwei überraschend aufgetauchte Pumpenhäuser im Baugrund an.

> Neuester Problemfall: Sanierung des Pergamonmuseums

Die Pumpen hatten während der Erbauung zwischen 1910 und 1930 Grundwasser abgesaugt, wurden danach laut Ministerium jedoch offenbar nicht entfernt. Vor Beginn der Sanierung soll es keine Hinweise auf diese Hindernisse im Baugrund gegeben haben. Wie das Ministerium mitgeteilt hat, ist auf Probebohrungen verzichtet worden, um den Museumsbetrieb nicht früher als nötig zu stören.

Diese Entscheidung hat erhebliche Folgen: Als Kernstück der Berliner Museumsinsel war das Pergamonmuseum in der Vergangenheit das meistbesuchte Museum in der deutschen Hauptstadt. Durch die Sanierungsarbeiten sind allerdings derzeit zwei Drittel der Sammlungen für die Öffentlichkeit nicht mehr zu sehen. Finanziert aus privaten Geldern soll deswegen nun für die Besucher des Museums eine Zwischenlösung geschaffen werden. Zumindest Teile des Pergamonaltars sollen während der der Renovierung in einem temporären Neubau zu sehen sein, der direkt gegenüber der Museumsinsel gebaut wird.

Schlampige Planungen wie bei der Sanierung des Pergamon-Museums gelten nur als einer von mehreren Gründen für die regelmäßige Sprengung des Kostenrahmens bei Bundesbauprojekten. Eine Rolle spielt ebenfalls, dass bei langandauernden Bauvorhaben die über die Jahre zu erwartenden Preissteigerungen in der Planung ignoriert werden. Allein im Falle des Pergamonmuseums werden die Mehrkosten durch derartige Preissteigerungen auf fast 60 Millionen Euro geschätzt.

Norman Hanert

Willkommenskultur 2.0

SPD will zusätzliche Einwanderung über das kanadische Modell

Vergangenes Jahr wurde die großzügige Asylpolitik der Bundesregierung nicht zuletzt mit dem Argument verteidigt, dass die Masseneinwanderung über das Asylrecht ein probates Mittel gegen den unterstellten Fachkräftemangel sei. Davon, dass die mehr als eine Million Asylsucher aus den Nahen Osten und Afrika „gut ausgebildet" und eine „echte Option für den Arbeitsmarkt" seien, wie es die Arbeitsministerin Andres Nahles (SPD) einst formulierte, ist schon länger keine Rede mehr. Nun versucht die SPD mit dem sogenannten kanadischen Modell Einwanderungswilligen einen zusätzlichen Weg nach Deutschland zu eröffnen, und auch diesmal wird die Einladung zur Einwanderung den Deutschen als Mittel gegen den Fachkräftemangel schmackhaft zu machen versucht.

Noch vor der Bundestagswahl im kommenden Herbst müsse ein Gesetz nach kanadischem Vorbild beschlossen werden, erklärte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann in der vergangenen Woche. Das kanadische Modell sieht ein Punktesystem vor, in dem mehrere Faktoren eine Rolle spielen. Die Punkte werden vergeben für Qualifikation, Sprachkenntnisse, Alter. Am meisten Punkte gibt es, wenn der Bewerber bereits ein Arbeitsangebot hat. Wer als Hochschulabsolvent auf 65 von 100 Punkten und als Facharbeiter auf 60 von 100 Punkten kommt, schafft es auf die Bewerberliste.

Der Pferdefuß an dem SPD-Vorschlag ist, dass die Einwanderung von Asylsuchern weiterhin getrennt behandelt werden soll. Das Asylrecht soll wie gehabt beibehalten werden, und es soll auch keine Asylsucherobergrenze geben. Eine solche soll es nur für die „Arbeitsmigranten" geben, wie die SPD sie nennt.

> Die Immigration über das Asylrecht soll bleiben

Oppermann erklärte, dass Deutschland in den nächsten zehn Jahren mehr als sechs Millionen Erwerbstätige verlieren werde. Über das Gesetz wolle die SPD nun das Gespräch mit der Union suchen. „Unser Ziel ist es, diesen Gesetzentwurf noch in dieser Wahlperiode zu verabschieden. Wir sind für vier Jahre gewählt und haben auch vier Jahre zu arbeiten."

Ebenfalls noch gewählt bis zum Ende der Legislaturperiode ist der CDU-Politiker Wolfgang Bosbach. Der konservative Rheinländer hatte sich in der Vergangenheit des Öfteren gegen neue Regelungen ausgesprochen. „Es gibt bereits 70 Beschäftigungsgruppen ohne Vorrangprüfung", erklärte er. Vergessen dürfe man bei der ganzen Diskussion aber auch nicht, dass nur noch 20 Prozent der Betriebe in Deutschland ausbildeten: „Auch an dieser Stellschraube muss man arbeiten." Generell sieht Bosbach keinen Sinn in einer neuerlichen Debatte um eine Ergänzung zu den bestehenden Regeln: „Erfahrungsgemäß endeten zuwanderungspolitische Debatten aber mit einer Ausweitung der bestehenden Regelungen. Angesichts der bereits erreichten Kapazitätsgrenzen sehe ich dafür keinen weiteren Spielraum."

Wenig Interesse an dem SPD-Vorstoß zeigt auch CDU-Generalsekretär Peter Tauber, der die Vorschläge als „ziemlich unausgegoren" bezeichnete. Die CSU formulierte es noch drastischer. „Ein Einwanderungsgesetz nach Punkten ist das völlig falsche Signal zur falschen Zeit", sagte CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt: „Die SPD hat nicht begriffen, dass die Bürger nach dem Jahr 2015 nicht noch mehr Zuwanderung wünschen."

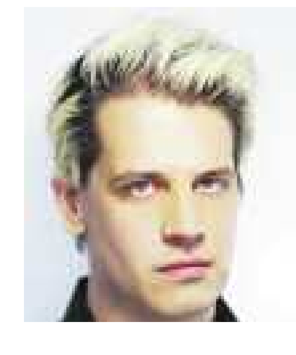
Peter Entinger

Zeitzeugen



Stephen Bannon – Der Medienmanager und Dokumentarfilmer sowie frühere Marineoffizier, Investmentbanker und Vorstandschef von „Breitbart News“, dem Betreiber der gleichnamige Website, leitet seit August Trumps Wahlkampagne. Er bezeichnet sich als Konservativen. Über Breitbart sagt er: „Wir halten uns für Anti-Establishment, speziell gegen die ständige politische Klasse.“

Jared Taylor – Der Vertreter eines wissenschaftlich zweifelhaften „Rassen-Realismus“ unterstützte Trumps Wahlkampf und gibt das Online-Magazin „American Renaissance“ heraus. Er glaubt, dass Weiße als Rasse ihre eigenen Interessen vertreten müssen. Zudem sieht er eine klare Korrelation zwischen Rasse und IQ. Schwarze seien weniger intelligent als Weiße, Asiaten dagegen intelligenter als Weiße.



Milo Yiannapoulos – Der Brite ist bekennender Homosexueller und konservativer Aktivist. Er arbeitet seit Ende vergangenen Jahres für „Breitbart News“ und machte sich vorher als Technik-Journalist und Experte für die britische Start-up-Szene einen Namen. Allerdings ging er auch zweimal pleite. Seine „Dangerous Faggot Tour“ durch die USA wurde zunächst massiv gestört, ist aber inzwischen eine Art Hochamt für Trump-Wähler.

Mike Cernovich – Der Anwalt, Blogger und Filmemacher machte mit „Danger and Play“ auf sich aufmerksam, einem Blog mit Flirttipps, schrieb dann einen erfolgreichen Ratgeber zur Persönlichkeitsentwicklung. Er drehte Dokumentarfilme und kann mit seinen knapp 150 000 Abonnenten auf Twitter mittlerweile eigene Themen in den Medien lancieren. Cernovich kritisiert die Medien für ihre Einseitigkeit und hält dem US-amerikanischen konservativen Establishment vor, seine Basis verraten zu haben.



Roosh V. – Daryush Valizadeh, so sein eigentlicher Name, beschreibt in seinen Dating-Ratgebern und in seinem Dating-Blog, mit welchen Methoden er in vielen Ländern der Welt Frauen verführte. Obwohl seine Geschichten kaum überprüfbar sind, konnte er schnell eine Fangemeinde um sich scharen. In der fand die „alt-right“ immer mehr Anhänger. Also betreibt er seit 2012 ein Online-Magazin, das deren Positionen vertritt.

Was sie ist, was sie will

Erst Hillary Clinton machte viele auf die amorphe »alternative Rechte« aufmerksam

Es ist gut möglich, dass die Linke in den USA in der „alt-right“ (Alternative Right, Alternative Rechte) den Gegner bekommen hat, gegen den sie seit Jahren agitiert.

Als Hillary Clinton in einer Rede im August die sogenannte alt-right attackierte, machte sie viele Amerikaner erst auf diese bisher eher randständige Szene im konservativen Spektrum aufmerksam. Clinton nannte die „alt-right“ einen „Korb der Erbärmlichen“ und brachte ihren Gegenkandidaten Donald Trump und seine Kampagne mit dieser eigentlich sehr buntscheckigen Szene von Bloggern, Publizisten und zum Teil rechtsextremen Denkfabriken in Verbindung, deren hervorstechendste Gemeinsamkeit war, sich hinter der Trump-Kampagne versammelt zu haben.

Diese „Alternative Rechte“ ist keine einheitliche Bewegung. Was die „alt-right“ ist, hängt davon ab, wer für sie spricht. Ein Teil davon ist eine junge, konservative Protestkultur, die sich auf Internetplattformen und in sozialen Netzwerken trifft. Bei ihr stehen eher obszöne Sprüche und Bilder, drastische Streiche, Provokationen und das sogenannte Trollen im Vordergrund. Man kann sie als Reaktion auf die links-autoritäre Disziplinarkultur in vielen US-Unternehmen sowie an vielen US-amerikanischen Universitäten und Colleges verstehen. Internet-Treffpunkte dieser Szene sind Websites wie „8chan“ und „4chan“, auf denen alle Nutzer anonym bleiben.

Der Journalist Milo Yiannapoulos gehört zu den profiliertesten Stimmen dieser Protestkultur. Er ist Technik-Redakteur bei „Breitbart News“, dem bekanntesten Online-Magazin dieser Protestszene. Der Trump-Unterstützer zieht mit seiner „Dangerous Faggot Tour“ (Gefährliche-Schwuchtel-Rundreise) gegen die Politische Korrektheit zu Felde, spricht an Colleges und Universitäten. Yiannapoulos tritt dafür ein, die Institute für Geschlechterstudien und feministische Forschung zu schließen. Konservativ sein ist für ihn der neue Punk. Dementsprechend empfiehlt er als stärkste Waffe gegen die Politisch Korrekten Humor, Parodie und Satire: „Wenn sie einen Witz von euch schlecht finden, erzählt ihn einfach doppelt so schlecht“, sagte er vor Studenten der Ohio State University.

> Die Bewegung erscheint heterogen, aber beständig

Hinzu kommen Antidemokraten, Rechtsradikale, Rassisten und sogenannte weiße Nationalisten, die in den modernen USA und in der gesamten westlichen Welt Kräfte am Werk sehen, welche die Weißen unterdrücken wollen. Speziell die Vertreter dieser Positionen sind jedoch eher Trittbrettfahrer, die von der Bekanntheit der jüngeren konservativen Protestszene profitieren wollen. Im realen Leben haben diese Strömungen bestenfalls ihre Kritik an der parteiischen Berichterstattung in den großen US-Medien gemeinsam. Viele Wortführer stilisieren die Präsidentschaftswahl zu einer Entscheidung über das Schicksal der westlichen Zivilisation.

Der Buchautor, Musiker und Blogger Theodore Beale, besser bekannt unter seinem Künstlernamen „Vox Day“, lieferte so etwas wie eine Philosophie von „Alternative Right“. Danach ist sie die Alternative zum strukturkonservativen republikanischen Establishment und zu den staatskritischen Libertären. Sie ist gegen die Globalisierung, den Freihandel und für Nationalismus. Die „alt-right“ hält die Gleichheit für eine Illusion, ist aber gegen die Herrschaft einer ethnischen Gruppe über eine andere. Außerdem hält sie die westliche Zivilisation, speziell das Christentum, die griechisch-römische Überlieferung und die europäischen Nationen für die fortschrittlichste Kultur der Geschichte. Die „alt-right“ glaubt nicht an die Überlegenheit einer einzelnen Rasse, fühlt sich aber verpflichtet, die Zukunft der weißen Rasse zu sichern. Gleichzeitig ist sie gegen den Krieg, besonders dann, wenn es um die Unterdrückung oder sogar Ausrottung einer einzelnen Nation geht. Die Demokratie als Teil der westlichen Kultur spielt allerdings keine Rolle mehr.

Unabhängig vom Ergebnis der Präsidentschaftswahl ist zu erwarten, dass diese amorphe Bewegung ein bleibender Faktor in der US-amerikanischen politischen Landschaft wird. *Friedrich List*

In mancher Hinsicht ein Vorläufer

Die Tea-Party-Bewegung bildete sich 2009 als Reaktion auf die Bankenrettungsprogramme und Konjunkturpakete der Regierung Obama. Sie besteht bis heute, hat aber in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. In den republikanischen Vorwahlen unterstützte sie den texanischen Senator Ted Cruz, der aber gegen Donald Trump unterlag. Trump wählte jedoch mit Mike Pence einen Kandidaten für die Vizepräsidentschaft aus, der als Anhänger der Tea-Party-Bewegung gilt.

Die Bewegung machte durch spektakuläre Aktionen wie den Marsch der Steuerzahler durch Washington am 12. September 2009 auf sich aufmerksam. Sie vertritt erzkonservative und libertäre Positionen, ist gegen die Gesundheitsreform Präsident Barack Obamas, für radikale Steuersenkungen und will die Bundesregierung in Washington weitgehend entmachten. Soziale Sicherungssysteme wie in Europa verstoßen in ihren Augen gegen die US-amerikanische Verfassung; der Einzelne sei für sich selbst verantwortlich. Ebenso sollen Abtreibungen verboten und die Homosexuellen-Ehe wieder abgeschafft werden.

> Die Obama-kritische Tea-Party-Bewegung

Als die Republikaner 2010 die Mehrheit der Sitze im Repräsentantenhaus gewannen, war ein starker Block Tea-Party-Anhänger dabei, der in den folgenden Jahren immer wieder Kompromisse gemäßigter Republikaner bekämpfte. Beim Haushaltsstreit 2013 trugen sie zur fast völligen Blockade im Kongress bei, was die Bewegung viel Ansehen kostete. Trotzdem sind ihre Organisationen weiter aktiv und haben schlagkräftige finanzielle Unterstützer, etwa die Koch-Brüder, denen der Energiekonzern Koch Industries gehört, die Telefongesellschaft AT&T oder den Zigarettenhersteller Philip Morris. Der Nachrichtensender „Fox News“ steht der Tea Party nahe.

Die Bewegung hat die Neokonservativen und die religiöse Rechte bei den Republikanern zurückgedrängt. Mit der „alt-right“ gibt es viele ideologische Überschneidungen. *F.L.*



Im Interview mit dem ältesten Sohn des designierten 45. US-Präsidenten: Stephen Bannon (l.) mit Donald Trump Junior Bild: Getty

Der Aufstieg von »alt-right«

Das Scheitern der Tea-Party-Bewegung ebnete ihr den Weg

Der Begriff „alt-right“ oder „Alternative Right“ hat eine kurze Geschichte. Der Intellektuelle Paul Gottfried benutzte ihn erstmals in einem Vortrag vor dem rechtskonservativen H. L. Mencken Club im November 2008. Der Vortrag trug den Titel „Der Fall und Aufstieg der Alternativen Rechten“.

Gottfried sprach über eine unabhängige, intellektuelle Rechte, die sich gegen traditionelle konservative Strömungen, speziell das Establishment der Republikaner, wendet. Er rechnete mit den Neokonservativen ab, denen er vorwarf, die Republikaner nach links gerückt und ihrer Traditionen beraubt zu haben. Er hielt den Neokonservativen ihre verfehlte Interventionspolitik vor.

Gleichzeitig wandte er sich gegen sogenannte Paläokonservative, die zwar einen Restbestand konservativer Werte gerettet hätten, aber mittlerweile selbst überholt seien. Die Paläokonservativen haben ihre Wurzeln in der sogenannten Alten Rechten, die in den 1930ern und 1940ern den Rooseveltschen New Deal bekämpften und für eine protektionistische Außenhandelspolitik, einen schlanken Nachtwächterstaat, die traditionelle Familie sowie gegen Abtreibung und die Gleichberechtigung von Homosexuellen eintraten. Für Gottfried haben die Paläokonservativen zwar einen Teil der amerikanischen konservativen Bewegung vor den Neokonservativen gerettet, aber mittlerweile sei ihre Zerstrittenheit und Rückwärtsgewandtheit ein Problem.

> Sprung aus dem Internet ins reale politische Leben

Gottfried sah in jungen, gebildeten und mit dem Internet vertrauten Konservativen eine neue Bewegung, die diesen Stillstand überwinden und vor allem die verkrusteten Strukturen in der Republikanischen Partei aufbrechen könnten. Die Diskussion darüber, was diese neue Bewegung ausmachte, wurde in den damals entstandenen konservativen Blogs und Online-Magazinen weitergeführt.

Etwa zeitgleich nahm die Tea-Party-Bewegung als Reaktion auf die Politik der Obama-Regierung ihren Aufschwung. Erst als diese Bewegung scheiterte, gelang der „Alternativen Rechten“ der Sprung aus den Blogs, Foren und Online-Magazinen ins reale politische Leben. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Viel Geld für linke Projekte

Koalitionsvereinbarungen: Rot-Rot-Grün macht Berlin zum Paradies für Asylsucher



Die Hauptstadt könnte noch mehr Menschen aus Afrika und dem Orient anlocken: Asylsucher vergangenen Herbst am Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales

Bild: pa

Das rot-rot-grüne Bündnis in Berlin, kurz R2G, steht vor dem Abschluss. Es verspricht mehr Geld für linke Projekte. Das bedroht Berlins Aufschwung, so Kritiker. Eine ganze Lawine neuer Verteilungskämpfe droht – als Vorgeschmack auf Rot-Rot-Grün im Bund.

Das Land Berlin ist aktuell die Bühne, auf der SPD, Linkspartei und Grüne ihre erst vor Tagen auf Bundesebene geführten Denkspiele für ein gemeinsames Bündnis wahr werden lassen wollen. In vielem sind sich die Partner bereits einig, so in der Innenpolitik der Metropole. Sie verkünden ein Ende der bisherigen Null-Toleranz-Politik gegen Drogen. Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum wird es selbst an Kriminalitätsschwerpunkten wie dem Alexanderplatz nicht geben, sondern neue kombinierte Wachen unter Einbindung der Bundespolizei, die von dem Plan allerdings erst noch überzeugt werden muss.

Der Dreierhandel der Koalitionäre startet Verteilungskämpfe bisher ungekannten Ausmaßes, alles steht in Frage. Die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner bringt auch für den Bürger Umverteilung – von Straßenraum zugunsten von Radfahrern, von Wohnraum an Zuwanderer und vor allem die Umverteilung von Geld in Bildung und Kultur und zugleich in weitere Bereiche. Woher die Mittel kommen sollen, bleibt unklar.

Absehbar ist die Vorherrschaft der SPD in der Wohnungspolitik, wo die Genossen den kleinen Partnern eine Absage an günstige Wohnungen in großem Umfang erteilen. Mehr Polizei, mehr Lehrerausbildung, mehr Geld für Schulgebäude sind geplant. Wie dieses Mehr finanziert werden soll, darüber gibt es noch keine Einigung.

Abschiebungen sollen auf ein Minimum reduziert werden

Sprengkraft enthält die neue Politik nicht nur bei den Finanzen, sondern auch bei der Zuwanderung. Abschiebungen sollen auf ein Minimum reduziert und durch ein „Rükkkehrprogramm“ ersetzt werden. Rot-Rot-Grün will offensiv einbürgern und den Familiennachzug für Syrer und Iraker erweitern. So überholt das Bündnis grüne Positionen von links – wie die von Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer, der kriminelle Asylsuchende abschieben will, während sich für Berlin dagegen ein Abschiebeverzicht abzeichnet. Innerdeutscher und europäischer Asyltourismus sind so absehbar. Massenunterkünfte sollen zügig geräumt. die Bewohner in Wohnungen umgesiedelt werden.

Die Idee kleinerer Unterkünfte für Asylsucher trieb schon Rot-Schwarz an, stockt allerdings angesichts von Berlins angespanntem Wohnungsmarkt. Noch mehr Druck darauf kann R2G kaum gebrauchen. Bereits jetzt wird die Frage laut: „Werden Auszubildenden und Studenten auch Wohnungen bereitgestellt?“

Die Stadt droht ohnehin bereits zum Schlupfwinkel für kriminelle oder abgelehnte Asylbewerber zu werden und lädt zugleich zum Betrug bei den geplanten Rückkehrprämien ein. Das neue Bündnis heizt damit die Debatte um Zuwanderung in Deutschland allgemein an.

Dass Ausländer ohne Bleiberecht kaum mehr abgeschoben würden, „ist gegen die Gesetzeslage“, protestiert die CSU-Politikerin Gerda Hasselfeldt. Auch der CDU geht das zu weit, so Michael Grosse-Brömer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion. Der geplante Abschied vom geltenden Recht in Berlin setzt das Asylrecht ausgerechnet von links unter Druck. Die grüne Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, Monika Herrmann, hatte schon ab 2012 eineinhalb Jahre lang ein wildes Lager von Zuwanderern auf dem Oranienplatz geduldet. Sie wurde des Problems nicht mehr Herr. Dennoch droht ihre gescheiterte Linie nun zur Vorlage für die ganze Stadt zu werden. Die Menschen vom Oranienplatz seien nur „Vorboten“ gewesen – ihr Bezirk habe immerhin als erster Checklisten für die ab 2015 benötigten Unterbringungsplätze in dann ganz anderen Dimensionen erarbeitet, rechtfertigte sich Herrmann vor wenigen Wochen für ihr Desaster auf dem Oranienplatz.

Zu den Legenden linker Leidenschaften im Programm von R2G für Berlin gehört auch ein „Eine-Welt-Zentrum“. Die deutsche Kolonialvergangenheit gelte es „aufzuarbeiten“, beschlossen die Partner. Mehr Straßenbahnlinien sind ebenfalls Konsens. Auch das Thema „Inklusion“ will R2G forcieren. Viel Symbolpolitik kennzeichnet die Gespräche und wenig Hinwendung zu Themen, die tatsächlich dringlich erscheinen. Kommen die Mehrausgaben in vielen Ressorts, fiele R2G mit mehrfach überbuchtem Haushalt beim Etatdefizit noch hinter Rot-Rot in Brandenburg zurück.

Sverre Gutschmidt

Integrationsgipfel?

Von Vera Lengsfeld

Am vergangenen Montag fand der neunte sogenannte Integrationsgipfel im Kanzleramt statt, auf Einladung unserer Bundeskanzlerin. Wer sich auf den Internetseiten der Kanzlerin informieren wollte, was geplant war, las Folgendes: „Wie kann man Zugewanderte erfolgreich integrieren? Was kann bürgerschaftliches Engagement dazu beitragen?

Nach dieser harmlosen Einleitung, an der nur bemerkenswert ist, dass die Immigranten nun als solche und nicht mehr als Flüchtlinge bezeichnet werden, wird mitgeteilt, dass die Integrationsbeauftragte, Staatsministerin Aydan Özoguz, diesen Gipfel vorbereitet hatte und Vertreterinnen und Vertreter der Länder, der Wirtschaft und der Gewerkschaften sowie von „Migrantenorganisationen“ eingeladen waren.

Im Mittelpunkt sollten „die Themenblöcke Teilhabe durch bürgerschaftliches Engagement und Zugehörigkeit in der Einwanderungsgesellschaft“ stehen. Vor dem Hintergrund der Zuwanderung sollte auch die Integration von „Flüchtlingen“ Thema sein.

Las man aber das „Impulspapier der Migrant*innen-Organisationen zur Teilhabe an der Einwanderungsgesellschaft“, wurde klar, dass diese Organisationen etwas ganz anderes auf die Tagesordnung setzen wollten. Abgesehen davon, dass niemand weiß, wer diese „Migrant*innen-Organisationen“ sind und was sie für ein Mandat haben, laufen ihre Forderungen, die anscheinend von der Staatsministerin gefördert werden, auf eine Abschaffung der alten Bundesrepublik hinaus.

Von Integration ist in diesem Papier nicht mehr die Rede, nur noch von „interkultureller Öffnung“ der Gesellschaft sowie ihrer Organisationen und Institutionen. „So wird Teilhabe von Individuen, Bevölkerungsgruppen und Organisationen an Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen strukturell verankert als Teilhabe am Haben und am Sagen ... Dadurch können Zugangsbarrieren für Menschen mit Einwanderungsgeschichte abgebaut und Dienstleistungen diskriminierungsfrei, kultursensibel und effektiver angeboten werden.“ So würden „Verteilungskämpfe“ verhindert.

Folgende „priorisierte “ Maßnahmen sollen das sichern:

Aufnahme eines neuen Staatsziels ins Grundgesetz als Artikel 20b: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration aller Menschen.“

Aufnahme einer neuen Gemeinschaftsaufgabe im Sinne von Artikel 91a „Gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration“. Im Klartext sind das Forderungen nach bedingungsloser Überlassung von Geldern und Schlüsselfunktionen sowie nach einer eigenen bürokratischen Struktur auf allen Ebenen.

Und der Steuerzahler zahlt

Linksfeministisches Projekt »Begine« feiert 30-jähriges Jubiläum

Dieser Tage konnte der linke Berliner Treffpunkt „Kneipe und Kulturzentrum Begine“ sein 30-jähriges Bestehen feiern. Vor 30 Jahren hatte die Hausbesetzerszene in Berlin Hochkonjunktur, auch „Begine“ begann als Besetzung. Bald wurde das „Projekt“ jedoch legalisiert.

Es war die Zeit von Bürgermeister Walter Momper (SPD), der einer der ersten rot-grünen Landesregierung vorstand. Das Amt der Senatorin für Familie, Jugend und Frauen wurde seinerzeit von der grünen Rechtsanwältin Anne Klein verwaltet, die sich auch als lesbo-frauen-emanzipatorische Aktivistin einen Namen gemacht hatte. Die Landesregierung übernahm die Finanzierung des Klientel-Etablissements.

Es war von Anfang an nicht erforderlich, den Betrieb durch eigenes wirtschaftliches Handeln sicherzustellen. Obwohl die Steuerzahler mindestens die Hälfte der Kosten des Lokals tragen, ist dem männlichen Teil des zahlenden Volkes der Zutritt streng verboten. „Begine“ kassiert Staatsgelder, bietet aber nur für einen ganz kleinen Personenkreis ein Programm an. Nach dem Bekunden der Betreiberinnen kommen

Männern ist der Zutritt streng verboten

meist reifere Frauen: „Die meisten unserer Besucherinnen sind mit der Begine alt geworden.“

Das angebotene Programm ist auf linksfeministische Zielgruppen verengt: Dort finden andere Gruppen wie Adefra, ein Verein Schwarzer Frauen in Deutschland, oder die feministische Partei „Die Frauen“ Unterschlupf. Auf der Internetseite des Landes Berlin wird „Begine“ wie folgt beworben: „Das letzte umfassende Frauenbewegungsprojekt in Selbstverwaltung, das sich unbedroht von Mietpreissteigerungen in den letzten 25 Jahren vom alternativen Veranstaltungsort für Lesben und Feministinnen zum eigensinnigen Berliner Kulturort für Frauen entwickeln konnte.“

Warum das Projekt von Mietsteigerungen nicht bedroht ist, erklärt sich leicht. Die Miete und die Arbeitsplätze des Lokals finanziert die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. Arbeitsplätze? Barbara Hoyer und fünf Minijobberinnen finden ihr Auskommen durch staatliche Transferleistungen.

Interessanterweise wurde „Begine“ auch weiter finanziert, nachdem der rot-grüne Momper-Senat abgewählt worden war. So ist es bis heute geblieben. Der neue rot-rot-grüne Senat dürfte kaum die bisher bewilligten Mittel streichen oder doch wenigstens kürzen.

Hans Lody

Mehr Alleebäume

»Grüner Tunnel« statt Kahlschlag

Nach einem Plan der Landesregierung in Potsdam sollen Brandenburgs Landwirte künftig Mittel der EU-Agrarförderung abrufen können, wenn sie Land für Alleebäume zur Verfügung stellen. Bislang waren Flächen am Straßenrand von Prämien ausgeschlossen, weil sie nicht als landwirtschaftlich genutzte Grundstücke gelten.

Bestand schrumpft seit Jahren

Gegengesteuert werden soll damit einer Entwicklung, die schon seit einiger Zeit Besorgnis auslöst. Wegen ihres Alters oder einer Krankheit sind in den vergangenen Jahren an Brandenburgs Straßen mehr Alleebäume gefällt als neu gepflanzt worden.

Trotz dieses negativen Trends verfügt Brandenburg bundesweit immer noch über den größten Alleebaumbestand, mit dem allenfalls noch Mecklenburg-Vorpommern mithalten kann. An den insgesamt 8600 Kilometer langen Bundes- und Landesstraßen Brandenburgs sind derzeit außerorts noch 2344 Kilometer von Bäumen gesäumt. Allerdings gilt der Bestand, meist Gehölze wie Ahorn, Linde und Esche, in allen Landesteilen als stark überaltert. Im Schnitt beträgt der Lebenszyklus der Straßenbäume acht Jahrzehnte.

Viele der Bäume sind jedoch bereits in den 1930er-Jahren gepflanzt worden, ein Teil der Alleen stammt sogar noch aus der Zeit vor 1914. Lediglich in den 1990er Jahren wurden an Brandenburgs Alleen nochmals in nennenswertem Umfang Bäume nachgepflanzt.

Bereits 2006 hat der Landtag ein sogenanntes Alleenkonzept beschlossen, das helfen soll, die Straßenbepflanzungen als kulturhistorisches Landschaftselement zu erhalten. Mit dem neuen Vorstoß soll dem Vorhaben offenbar nachgeholfen werden.

Norman Hanert

Neue Aktionen »gegen Rechts«

Gleich zwei neue Aktionen „gegen Rechts“ wurden in Berlin auf den Weg gebracht. Elf Bücherläden in Neukölln wollen entsprechende Veranstaltungen durchführen und sogar eine „Stammtischkämpferinnen-Ausbildung“ anbieten. Für letztere sollen fachkundige Referenten des linksextremen „apabitz“-Archivs gewonnen werden. Das Motto lautet: „Wie können wir in Neukölln und darüber hinaus der AfD etwas entgegen setzen?“ Auch die von Steuergeldern der Allgemeinheit finanzierte Landeszentrale für politische Bildung will angesichts der neuesten Entwicklung nicht abseits stehen. Flüchtlinge, Politikverdrossenheit, Rechtspopulismus sollen verstärkt thematisiert werden. Vertreter der AfD sollen zu den Veranstaltungen nicht eingeladen werden. Die Landeszentrale will der AfD kein Podium geben. Thomas Gill, Chef der Zentrale, rechtfertigt die Ausgrenzung mit der Frage: „Zu welchen Themen kann die AfD wirklich etwas beitragen?“

H.L.

MELDUNGEN

Polen kündigt Rüstungsvertrag

Warschau – Die polnische Regierung hat ihre Verhandlungen mit dem französischen Rüstungskonzern Airbus Helicopters zum Kauf von 50 H225M-Caracal-Hubschraubern abgebrochen. Statt mit französischen Maschinen will sie ihren Militärbedarf künftig aus polnischer Produktion dekken, wie Ministerpräsidentin Beata Szydło bekräftigte. Airbus Helicopters drohte bereits mit einer Schadensersatzklage, und Vertreter der Nato-treuen früheren Regierungspartei Bürgerplattform bezeichneten die Entscheidung der derzeitigen Regierungspartei PiS als inkompetent sowie als „innenpolitisch konzern- und gewerkschaftsabhängig“. *T.W.W.*

Berg-Karabach benennt sich um

Stepanakert – Die international nicht anerkannte Kaukasusrepublik Berg-Karabach will künftig offiziell „Republik Arzach“ heißen. Mit diesem Schritt will sich die Region noch weiter von Aserbaidschan lösen, von dem es sich 1991 für unabhängig erklärt hat. Das zwischen Armenien und Aserbaidschan liegende Berg-Karabach gilt völkerrechtlich laut UN als Bestandteil von Aserbaidschan und besitzt keine diplomatischen Vertretungen in ausländischen Staaten. Der UN-Weltsicherheitsrat hatte die Unabhängigkeit der überwiegend von Armeniern bewohnten Region nicht anerkannt. In den frühen 90er Jahren schwelte ein bewaffneter Konflikt mit Aserbaidschan, der 1994 mit einem Waffenstillstand und weitgehender Autonomie von Berg-Karabach endete. Mit der Bezeichnung „Republik Arzach“, heizt man nun die Spannungen mit Baku wieder an, ist Arzach doch der armenische Begriff für die historische Region Berg-Karabach. *tws*

Balkan kehrt EU den Rücken

Präsidentschaftswahlen in Bulgarien und Moldau: Russlandfreundliche Kandidaten siegen

Beinahe unbeachtet von den westlichen Medien haben Bulgarien und Moldau ihre neuen Präsidenten gewählt. Mit der Wahl eines russlandfreundlichen Kandidaten deutet sich vor allem im EU-Land Bulgarien eine handfeste geopolitische Krise für die EU an.

Dass mit dem ehemaligen Luftwaffen-General Rumen Radew ein pro-russischer Kandidat das Rennen bei der bulgarischen Präsidentenwahl gemacht hat, wo doch die Kandidatin der bürgerlichen Regierungspartei Gerb, Zezka Zatschewa, als Favoritin galt, dürfte in Brüssel Besorgnis wecken. Der unabhängige, von den Sozialisten unterstützte Kandidat, erhielt 58 Prozent der Stimmen, Zatschewa unterlag mit etwa 38 Prozent. Zudem ist Radew ein Politikneuling, den bis zum Frühjahr noch niemand auf der Rechnung hatte.

Wie ist der Richtungswechsel in Bulgarien zu erklären? Es waren vor allem zwei Themen, die die Wahl bestimmten: Erstens die Unzufriedenheit mit der konservativen, prowestlichen Regierung und zweitens die Sanktionen gegen Russland. Vor allem bei der bulgarischen Landbevölkerung sorgten letztere für Verstimmung. Auf diesen Zug ist Radew aufgesprungen. Er kündigte einen Wandel an, indem er auf engere Beziehungen zu Russland und eine Aufhebung der Sanktionen ankündigte. Er betonte die historische Bindung zwischen den slawischen Völkern Bulgariens und Russlands.

Bulgarien ist das ärmste Land innerhalb der EU. Statt des versprochenen Wohlstands und der Demokratie überwiegt in den meisten Regionen bittere Armut. Seit dem EU-Beitritt 2007 haben viele junge Menschen das Land Richtung Westen verlassen, da sie zu Hause keine Perspektive sahen. In ländlichen Gebieten herrschen hohe Arbeitslosenzahlen (über zwölf Prozent) und Korruption. Wegen unerfüllter Kriterien wurde Bulgarien bislang nicht in den Schengen-Raum aufgenommen. Stattdessen unterwarf sich Bulgarien immer wieder Zwangsvorschriften aus Brüssel. Das Pipeline-Projekt South-Stream, das Bulgarien als Transitland für russisches Gas geopolitisches Gewicht verliehen hätte, musste auf Druck seitens der EU und der USA gestoppt werden. South-Stream war ein ehrgeiziges Pipeline-Vorhaben, bei dem russisches Gas über das Schwarze Meer bis ins bulgarische Warna und weiter nach West- und Südeuropa geliefert werden sollte. Auf diese Weise wollte Russland die als Transitland unzuverlässige Ukraine umgehen. Wegen der Russlandsanktionen musste Bulgarien die bereits begonnenen Arbeiten im Hafen Warna einstellen, und aus den erhofften 3000 Arbeitsplätzen, die entstehen sollten, wurde nichts.

Darüber hinaus musste Sofia zusehen, wie sein wichtigster Handelspartner Deutschland über die North-Stream-Pipeline russisches Gas selbst unter Umgehung der Ukraine bezieht. Als Reaktion darauf traf Russland mit der Türkei eine Vereinbarung über ein alternatives Schwarzmeer-Projekt. Über Turkish Stream soll russisches Gas über die Türkei nach Griechenland geliefert werden. Wie solche Perspektiven sich auf die bulgarische Bevölkerung ausgewirkt haben, mag sich jeder vorstellen.

Statt Wohlstand überwiegt vielerorts bittere Armut

Mit der Protestwahl haben die Bulgaren auch über die EU-Asylingspolitik abgestimmt. Radew kündigte wie bereits Ungarn und Tschechien, eine eigene Asylpolitik an. Der amtierende Regierungschef Bojko Borissow trat nach Radews Wahlsieg zurück. Radew forciert vorgezogene Parlamentswahlen, damit er seine Pläne umsetzen kann. Die EU-Führung wird sich sehr bald mit dem Richtungswechsel an ihrem Ostrand beschäftigen müssen, denn am 1. Januar 2018 wird der neue Staatschef Bulgariens den EU-Ratsvorsitz übernehmen.

Eine Richtungsänderung kündigt sich auch in Moldau, dem kleinen Staat zwischen Rumänien und der Ukraine, an. Hier, beim Nachbarn der krisengeschüttelten und vom Krieg zerrissenen Ukraine, zeigt sich das ganze Dilemma für die EU-Elite. Auch in Moldau siegte der Kandidat der Sozialisten. Der Ex-Wirtschaftsminister Igor Dodon (41) kritisiert die Hinwendung seines Landes zur EU und plädiert für eine strategische Partnerschaft mit Russland. Er erreichte 55,9 Prozent der Stimmen, seine Eu-freundliche Gegnerin Maia Sandu erreichte 44,1 Prozent.



Droht, den Westkurs Bulgariens zu beenden: Rumen Radew, der neue russlandfreundliche Präsident Bild: pa

Moldau ist wie die Ukraine zerrissen zwischen einer engeren Anbindung an die EU und einer Hinwendung zu Russland, zwischen Anhängern einer Vereinigung mit Rumänien und der abgespaltenen Region Transnistrien. Seit Juli 2014 gibt es ein Assoziierungsabkommen mit der EU, das Dodon nun aufkündigen könnte. Er zieht den Beitritt seines Landes zur Eurasischen Union unter russischer Führung vor. Zur Begründung gab er an, dass das bestehende Handelsabkommen mit der EU Moldau schwer geschadet habe, weil Russland seine Importe aus Moldau begrenzt hatte. Der Handel mit der EU entwickelte sich dagegen schlechter als angenommen. Deshalb will Dodon moldauische Agrarerzeugnisse auf den russischen Markt zurückbringen.

Wenn Moldau nun wie Bulgarien einen Richtungswechsel vollzieht, macht dies das Versagen der EU überdeutlich. Das Beispiel Ukraine zeigt, dass weder die EU noch die USA in der Lage sind, Konflikte auch nur ansatzweise zu lösen. Die Überheblichkeit der Eurokraten hat die immer noch bestehende wirtschaftliche Abhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken von Russland bislang völlig ausgeblendet. Eine echte Alternative hat die EU nicht geboten, stattdessen gewinnt die Bevormundung aus Brüssel die Oberhand. Die Hinwendung zu Russland erscheint ihnen vor diesem Hintergrund als einzige Alternative. Solange die Elite in Brüssel nicht bereit ist, sich der Realität zu stellen, könnten weitere Staaten sich von ihr abwenden. *M. Rosenthal-Kappi*

Vorentscheidung in Rakka

Seine Hauptstadt verteidigt der IS ungleich verbissener als Mossul

Die Offensive gegen den Islamischen Staat (IS) in der ehemaligen irakischen Millionenstadt Mossul geht mit allen befürchteten Begleiterscheinungen langsam und blutig voran. Von den USA aus der Luft unterstützt, erobern die irakischen Truppen im Osten und die kurdischen Peschmerga im Norden immer mehr Dörfer und sind bereits bis auf wenige Kilometer an Mossul herangerückt. Auch im Süden, wo die Front weiter von der Stadt entfernt ist, dringen irakische Sicherheitskräfte und Polizeieinheiten weiter vor. Aber je näher die Truppen der Stadt kommen desto stärker wird der Widerstand des Islamischen Staates. Er versucht Entlastungsangriffe an anderen Kampfschauplätzen, sei es im Hinterland des Feindes wie in Kirkuk oder weit entfernt in der mesopotamischen Wüste wie in Rutba an der jordanischen Grenze. Im Raum Mossul häufen sich die Meldungen über Gräueltaten.

US-Verteidigungsminister Ashton Carter hatte angekündigt, dass sich die Offensiven in Mossul und der IS-Hauptstadt Rakka „überlappen“ würden. Dem Islamischen Staat solle der Fluchtweg abgeschnitten werden. Am 6. November haben die kurdisch dominierten Demokratischen Kräfte Syriens (DKS) eine lange erwartete Offensive auf die IS-Hauptstadt begonnen. Unterstützt von Luftangriffen der US-geführten Militärkoalition werde man die „Hauptstadt des weltweiten Terrorismus“ zunächst isolieren und dann einnehmen, sagte eine DKS-Kommandeurin in der nordsyrischen Stadt Ain Issa, etwa 50 Kilometer nördlich von Rakka. An der Offensive sollen den Angaben zufolge 30000 Kämpfer beteiligt sein, die Mehrheit von ihnen seien aus Rakka geflohene arabische Zivilisten, die jedoch unter kurdischem Kommando kämpfen. Rakka als Hauptstadt des Kalifates wird sehr viel schwieriger zu erobern sein als Mossul, obwohl die Stadt mit 200000 Einwohnern sehr viel weniger Einwohner hat als Mossul, wo 1,5 Millionen Menschen leben. Von Rakka aus wurden auch die großen Angriffe der letzten Monate in Europa geplant und gelenkt, weil sich dort das Gros der westlichen Kämpfer befindet. Dass im Westen von Mossul auch nach fast vier Wochen Offensive immer noch eine Lücke in der Front klafft, durch die sich die IS-Kämpfer absetzen könnten, ist vielleicht so gewollt. Taktisch ist es sinnvoll, die IS-Kämpfer aus beiden Städten herauszulocken, aber nur, wenn man sie danach in der Wüste stoppt. Es muss verhindert werden, dass sich die Terroristen die Bärte abrasieren und in der Zivilbevölkerung der beiden Städte einnisten und dort Blutbäder anrichten. Immerhin ist der Islamische Staat einst in der irakischen Wüste entstanden und fühlt sich in dieser endlosen Einöde immer noch sehr sicher.

Damaskus und Moskau werden auch mitreden wollen

Um Rakka hatte der Islamische Staat viel länger gekämpft als um Mossul, das kampflos von der irakischen Armee geräumt worden war. In Rakka mussten die Dschihadisten nach dem Abzug der syrischen Armee auch noch die gemäßigten Assad-Rebellen besiegen und zuletzt die islamistischen „Brüder“ von der Al-Nusra-Front, bevor sie die Stadt Mitte 2013, ein Jahr vor Mossul, erobern konnten. Die Offensive auf Rakka wird noch mehr politische Komplikationen mit sich bringen als jene in Mossul. In Rakka werden die Russen und die Streitkräfte der Arabischen Republik Syrien auch mitreden wollen. *Bodo Bost*

Die »letzte Chance«

Nord- und Südzyprioten verhandeln über Wiedervereinigung

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die letzte Chance für eine Wiedervereinigung der seit 1974 geteilten Insel Zypern. Das behauptet zumindest der Präsident der nur von der Türkei anerkannten Türkischen Republik Nordzypern, Mustafa Akinci. Zwischen dem 7. und dem 11. November hat er sich mit dem Präsidenten der Republik Zypern, Nicos Anastasiades, in Genf getroffen, um die entscheidenden Verhandlungen zur Wiedervereinigung der Insel zu führen. 1974 hatte die türkische Armee den Nordteil der Insel nach einem Staatsstreich besetzt, der das Ziel hatte, Zypern mit Griechenland zu vereinen. Zehntausende von Menschen wurden damals vertrieben, und die Türkei hat 100000 neue Siedler illegal in den verlassenen griechischen Dörfern Nordzyperns angesiedelt.

Nach mehreren Monaten Verhandlungen, in denen weitgehend Übereinstimmung in den Fragen einer föderalen Ordnung und einer Machtteilung erzielt worden waren, berieten Akinci und Anastasiades, erstmals über die schwierigen Territorialfragen und die Rückgabe konfiszierten Besitzes. Der UN-Gesandte für Zypern, Espen Barth Eide, hatte das Genfer Treffen bereits vorher als Schlüsselmoment der gesamten Verhandlungen, die zu einer Wiedervereinigung der beiden Landeshälften führen sollen, bezeichnet.

Die großen Parteien der griechischen Zyprioten sind gegen eine Lösung. Sie haben vor allem Angst vor dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und dessen Eskapaden sowie den immensen Kosten einer Wiedervereinigung. Aber noch niemals in der jüngeren Geschichte Zyperns gab es Spitzenpolitiker wie Anastasiades und Akinci, die wirklich mit ganzem Herzen auf eine Lösung des Konfliktes hinarbeiten. Details ihrer bisherigen Gespräche wurden bislang noch nicht veröffentlicht, um zu verhindern, dass der Plan vor einer Volksabstimmung von den Medien auseinandergepflückt wird. Vier von sechs Verhandlungskapiteln scheinen abgeschlossen zu sein.

Angst im Süden vor Erdogan und Vereinigungskosten

Die griechischen Zyprer bestehen auf einer Revision des Unabhängigkeitsvertrages von 1960, in dem dessen Garantiemächten, Griechenland, die Türkei und die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien, weitreichende Interventionsmöglichkeiten eingeräumt wurden. Diesmal könnte Erdogan als Vertreter einer der Garantiemächte zustimmen, weil er sein Land zu einem führenden Umschlagplatz für Erdgas machen möchte. Die gewaltigen Erdgasreserven im östlichen Mittelmeer können ohne eine politische Lösung des Zypern-Konfliktes aber nicht ausgebeutet werden. Für eine Übereinkunft fordern die Griechen als territorialen Ausgleich die Rückgabe der Geisterstadt Varoscha am Rande von Famagusta, die bis 1974 die Touristenhochburg der Insel war, und die Rückgabe von Morphou im Nordwesten. Das ist viel weniger als ihnen nach der Bevölkerungszahl zustehen würde. Ein Kompromiss scheint möglich zu sein. Die türkische Garantiemacht soll durch Nato-Garantien abgelöst werden, auch wenn viele Zyperngriechen dem Nordatlantikpakt auch nicht trauen, weil sie ihn verantwortlich machen für die türkische Invasion von 1974. Die derzeit 40000 türkischen Besatzungssoldaten sind nicht die einzigen Nato-Truppen auf Zypern. Zwei britische Militärbasen auf griechischer Seite dienen dem Nordatlantikpakt als unsinkbarer Flugzeugträger im östlichen Mittelmeer, vor allem bei den jetzt häufigen Militärinterventionen im Nahen Osten. *B.B.*

Wer schneller unten ist, gewinnt

Rätseln über Donald Trumps Wirtschaftskurs: Entfacht der neue US-Präsident einen Abwertungswettlauf?

„Amerika zuerst!“ war eine der Kernbotschaften Donald Trumps im Wahlkampf. Als Präsident könnte Trump dieses Motto in einer sehr überraschenden Weise umsetzen. Doch noch rätseln die Experten über seinen wirtschaftspolitischen Kurs.

Nicht nur den Experten der Investmentbank Morgan Stanley gibt die künftige Wirtschaftspolitik des neugewählten US-Präsidenten noch immer Rätsel auf. Donald Trump habe sich während des Wahlkampfes darin als Meister erwiesen, sich zwischen radikalen und pragmatischen Ansätzen gleichzeitig verschiedene Optionen offenzuhalten, so die Einschätzung der Banker.

Tatsächlich war vieles im Wahlkampf nur vage formuliert, oft hat sich Trump in seinen Aussagen auch widersprochen. Inzwischen hat der Sieger des 8. November einen Aktionsplan für die ersten 100 Tage seiner Amtszeit vorgelegt. Geblieben ist der Eindruck, dass sich Trump für sein Wirtschaftskonzept Anregungen bei den verschiedensten ökonomischen Denkschulen geholt hat. Angekündigt hat er unter anderem eine Steuersenkung auf breiter Front für niedrige Einkommensschichten und Unternehmen, die an Ronald Reagans „deficit spending“ erinnert.

Dem klassischen Versuch einer Wirtschaftsankurbelung à la Keynes entspricht ein angekündigtes riesiges Bauprogramm. Rund eine Billion Dollar sollen innerhalb der nächsten zehn Jahre in die Erneuerung der Infrastruktur fließen.

Eine Kehrtwende zeichnet sich in der Handelspolitik ab. Trump hat angekündigt, das vor 22 Jahren abgeschlossene Nafta-Abkommen mit Kanada und Mexiko wieder aufzuschnüren. Nicht unterzeichnen will er zudem das bereits fertig verhandelte Transpazifik-Abkommen TPP, das noch von der Obama-Regierung mit Japan und zehn weiteren Ländern ausgehandelt wurde. China muss sich wiederum darauf gefasst machen, bald als unfairer Währungsmanipulator an den Pranger gestellt zu werden.

Ob solche Ankündigungen tatsächlich eins zu eins umgesetzt werden oder ob es sich nur um taktische Druckmittel handelt, bleibt abzuwarten. Trump hat sich in seinem Geschäftsleben den Ruf erworben, ein gewiefter Verhandlungsführer zu sein. Wird diese Handelspolitik allerdings auch nur ansatzweise umgesetzt, dann bedeutet dies eine Abkehr von der unter Obama verfolgten Freihandelspolitik.

Für viele Beobachter ist mit diesen Ideen ein Scheitern Trumps programmiert. „Die Zölle, die er Trump in starkem Kontrast stehen zu dem Trump, der es als Unternehmer immerhin zu einem Milliardenvermögen gebracht hat. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Deutung von Trumps Wirtschaftspolitik interessant, die der Ökonom Daniel Stelter vorgelegt hat.

Experte: Er wird versuchen, die Inflation anzuheizen

Stelter vermutet, dass Trump den Versuch einer radikalen „Reflation“ unternehmen wird: Ein ligimporten aus China und Mexiko wird ebenso zu höheren Preisen und Löhnen führen wie eine Begrenzung der Zuwanderung und die Abschiebung von Millionen (meist billigen) Arbeitskräften, die sich illegal in den USA aufhalten.

Das angekündigte Infrastrukturprogramm dürfte sich ebenfalls preistreibend auswirken. Laut Stelter führen „Helikopter-finanzierte Konjunkturprogramme zu höherem Wachstum“ und „vermutlich zu einer deutlichen Schwächung des US-Dollars, was wiederum Exporte fördert und Importe beschränkt“.

Mit Blick auf die Wirtschaftsgeschichte weist der Ökonom zu-

Einwenden lässt sich gegen das entworfenen Szenario vor allem ein Punkt: Im Wahlkampf hat Trump wiederholt die Präsidentin der US-Zentralbank FED, Janet Yellen, scharf angegriffen und von ihr eine Anhebung des Zinsniveaus gefordert. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass Trump damit erneut eine Probe seiner Verhandlungskunst geliefert hat: Mit der demonstrativen Forderung nach einer Zinserhöhung bleibt der US-Zentralbank eigentlich nur übrig, an niedrigen Zinsen festzuhalten, wenn sie glaubwürdig ihre Unabhängigkeit von der Politik demonstrieren will.

Als Immobilienunternehmer weiß Trump zudem aus eigener



Wachstum, Arbeitsplätze, Steuersenkung: Trump verspricht US-Arbeitern, wie hier auf einer Wahlkampfveranstaltung in Pennsylvania, eine bessere Zukunft Bild:: Imago

vorschlägt, und die Abschiebung von illegal eingewanderten Immigranten werden die US-Wirtschaft über kurz oder lang in die Rezession stürzen“, so die Einschätzung eines Volkswirts bei der Unicredit-Bank.

Irritierend ist, dass die Warnungen vor dem Wirtschaftspolitiker deutlicher Anstieg des Preisniveaus könnte dabei zu einer realen Entwertung der angehäuften Schuldenlast führen. Tatsächlich sind die nötigen Bausteine zur gezielten Inflationsanheizung im Wirtschaftskonzept Trumps fast vollständig vorhanden: Die Abschottung des US-Markts vor Bil-

dem darauf hin, dass bei einer derartigen Wirtschaftspolitik der Zeitfaktor eine große Rolle spielt: „Je protektionistischer ein Land war und je schneller es schaffte, die eigene Währung zu entwerten, desto größer war der Erfolg.“ Es handelt sich also um einen Abwertungswettlauf.

Erfahrung, welche Wirkung niedrige Zinsen entfalten können. Trump selbst hat sich in einem Gespräch mit dem Sender CNN selbst einmal als „König der Schulden“ bezeichnet, der von „Schulden wahrscheinlich mehr versteht als jeder andere“.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Russland steigt ins Fracking ein

Moskau – Seit die USA erstmals im Mai dieses Jahres das im Fracking-Verfahren gewonnene LNG-Flüssiggas nach Europa geliefert haben, sieht Russland seine Marktposition gefährdet, da das LNG-Gas den Vorteil hat, günstiger verkauft werden zu können als russisches Gas. Nun hat Russland angekündigt, selbst in die Fracking-Branche einsteigen zu wollen. Das russische Energieministerium legte einen Bericht für Forschungs- und Entwicklungsperspektiven der russischen Brennstoff- und Energiesektoren bis 2035 vor, aus dem hervorgeht, dass Moskau den weltweiten LNG-Markt nicht den USA oder Katar überlassen will. Die erste Produktionsanlage für LNG wird allerdings erst im Jahr 2020 in Betrieb gehen. *MRK*

Mercedes baut in Schlesien

Warschau – Der deutsche Autobauer Mercedes-Benz will ab dem kommenden Jahr sein erstes Werk auf polnischem Staatsgebiet errichten. Als Standort der neuen Motorenfabrik wurde das niederschlesische Jauer gewählt, wo bis zur geplanten Fertigstellung der Produktionsanlage im Jahre 2019 Investitionen von einer halben Milliarde Euro geplant sind. *T.W.W.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.038.501.019.343 €
Vorwoche: 2.038.422.848.468 €

Verschuldung pro Kopf:
24.805 €
Vorwoche: 24.804 €

(Dienstag, 15. November 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ruf nach Protektion

Stahlarbeiter fordern von Brüssel Schutz vor China

Rund 2000 Stahlarbeiter aus dem Bundesgebiet sind in der vergangenen Woche nach Brüssel gefahren, um beim europäischen Stahl-Aktionstag gegen Billig-Importe aus Asien und für den Erhalt von Arbeitsplätzen zu demonstrieren. Nicht nur die deutsche, sondern die gesamte europäische Stahlbranche beklagt seit Jahren, dass ihr Stahl wegen fehlender Einfuhrzölle der EU nicht wettbewerbsfähig sei.

Immerhin hat sich die Stimmung in den vergangenen Tagen etwas gebessert. Nach zwei Jahren mit rückläufiger Rohstahlproduktion scheint Besserung in Sicht. Derzeit blicke die Branche mit vorsichtigem Optimismus auf die Stahlkonjunktur 2017, sagte der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Hans Jürgen Kerkhoff. Hintergrund seien wieder steigende Bestellungen der deutschen Stahlverarbeiter, vor allem aus der Bauindustrie. Dennoch sei die Politik insbesondere auf europäischer Ebene weiterhin gefordert, die Rahmenbedingungen für den einheimischen Stahl positiver zu gestalten. „Die zarten positiven Signale für die Stahlkonjunktur ändern nichts an der dringenden Notwendigkeit, dass die Politik in Brüssel und Berlin den richtigen Rahmen für die Zukunft setzen muss“, sagte Kerkhoff. Vor allem die chinesische Politik der Überproduktion macht den europäischen Herstellern schwer zu schaffen.

Im Streit um die Billig-Stahlimporte sieht Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) nach seinem Besuch in China vor wenigen Wochen immerhin Anzeichen einer vorsichtigen Annäherung: „Natürlich werden wir das Angebot der chinesischen Regierung annehmen und auf allen Ebenen über eine Lösung verhandeln“, sagte Gabriel:

Wettbewerbsnachteile durch den EU-»Klimaschutz«

„Es ist aber zu früh für eine Entwarnung, es handelt sich um einen wirklich großen Konflikt.“

Im Dezember soll die EU die Wirtschaftsordnung Chinas als marktwirtschaftlich anerkennen. Deutsche Stahlhersteller hatten die Befürchtung geäußert, dies könne der Freifahrtschein für chinesische Staatsbetriebe sein, sich auf dem europäischen Markt breitzumachen. Die EU-Kommission will die europäische Industrie daher mit strengen Antidumpingregeln vor Billigeinfuhren schützen. Laut der „FAZ“ soll für die Verhängung von Strafzöllen künftig nicht mehr entscheidend sein, ob ein Land den Status einer Marktwirtschaft hat, sondern ob es Preise und Herstellungskosten durch staatliche Eingriffe verzerrt.

China hatte in der Vergangenheit eine riesige Stahlindustrie aufgebaut, um für den Aufbau seiner Wirtschaft möglichst unabhängig von Importen zu sein. Doch seit mehr als drei Jahren ist der Eigenbedarf rückläufig, und die chinesische Stahlindustrie produziert Überschüsse, welche die Regierung in Peking zu großen Teilen mit teils offenen, teils verdeckten Staatsbeihilfen auf den Weltmarkt drückt, womit sie vor allem die Konkurrenz in Europa in Schwierigkeiten bringt.

Der Vorstandsvorsitzende von Thyssenkrupp Heinrich Hiesinger, hat sich angesichts der Probleme der Schwerindustrie ausgesprochen und auch mögliche Fusionen angeregt. Denn nicht nur die Billig-Konkurrenz macht Probleme, auch die scharfen sogenannten Klimaschutzbestimmungen in der EU bereiten den Konzernen Probleme: „Die Marktlage bessert sich, aber wir müssen aufpassen, dass wir wettbewerbsfähig bleiben“, sagte Hiesinger. *Peter Entinger*

Schon wieder Holland

Neuer Ärger: Niederländer streben nach Referendum über Ceta

Wer geglaubt hatte, dass mit der mühsamen Einigung zwischen Kanada, der EU und der belgischen Region Wallonien das Handelsabkommen Ceta in trockenen Tüchern sei, könnte sich alsbald getäuscht sehen. Längst drohen neue Querschüsse aus der unmittelbaren Umgebung der aufsässigen Wallonen.

In den Niederlanden hat eine Initiative zur Abhaltung einer Volksabstimmung über Ceta gemeldet, dass sie bereits 200 000 Unterschriften gesammelt habe. Das wären zwei Drittel der nötigen 300 000 Unterschriften, die laut niederländischem Recht vorlegen muss, wer ein Referendum erzwingen will. Hinter der Initiative stehen verschiedene Gruppierungen, darunter die auch in Deutschland aktive Bewegung „Mehr Demokratie“.

Schon wieder die Niederländer! Das 16-Millionen-Volk entwickelt sich zum Horror für die Brüsseler EU-Führung. Käme das Referendum zustande und führte es zum Sieg der Ceta-Gegner, wäre es das dritte Mal, dass die Niederländer der EU bei einem schwerwiegenden Vorhaben in die Speichen gegriffen hätten.

So waren sie es, die zusammen mit den Franzosen 2005 das Projekt einer „EU-Verfassung“ zu Fall brachten. Damals gelang es den Eurokraten noch, ihr Ziel durch einen formalen Trick zu retten. Die „Verfassung“ wurde einfach umbenannt in „Lissabonner Vertrag“, der seitdem die Ordnung der EU anstelle einer regelrechten Verfassung bestimmt.

Beim zweiten Schlag aus Den Haag gelang ein solcher Kniff schon nicht mehr. Vergangenen April sprach sich in einer Volksabstimmung die Mehrheit der

Schon zweimal griffen die Holländer der EU in die Speichen

Niederländer gegen das geplante Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine aus. Vor allem die Euro-kritische Partei von Etablierten-Schreck Geert Wilders hatte gegen das Abkommen getrommelt, das eine Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine in politischer sowie in wirtschaftlicher und sogar militärischer Hinsicht vorsah.

Nach dem Nein aus Holland kann das Abkommen vorerst nur hinsichtlich engerer politischer Beziehungen umgesetzt werden, und auch das bloß vorläufig. Die Gegner stießen sich insbesondere am militärischen Komplex, von dem sie eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zu Russland befürchteten. Wirtschaftlich erschien ihnen die von Korruption zerfressene Ukraine als Fass ohne Boden.

Nun also auch noch Ceta: Hier stören die Streiter für ein Referendum vor allem die ihrer Meinung nach mangelnde Durchschaubarkeit des Vertragswerks und die geplanten Schiedsgerichte bei Handelsstreitigkeiten, in welchen die Kritiker eine Umgehung nationalen Rechts zugunsten von Konzern-Interessen sehen. Zudem verweisen sie auf die sehr enge Verflechtung Kanadas mit der US-Wirtschaft, die aus Ceta ein TTIP „durch die Hintertür“ mache.

Gestartet werden kann das Referendum erst, wenn das niederländische Parlament dem Abkommen zugestimmt hat. Dies wird allerdings nicht vor den Parlamentswahlen im März kommenden Jahres erwartet. Danach also könnte es ernst werden, denn alle 28 EU-Staaten und weitere zwölf Regionen müssen dem Abkommen zustimmen, damit es in Kraft tritt. Eine Niederlage wäre ein weiterer herber Schlag für die Führung der EU. *Hans Heckel*

Sie schleicht doch

Von Jan Heitmann

Mehr als zwei Jahre hatten die Künstler Martin Müller und Paul Ghandi ihre Bilderausstellung in der Flurgalerie Eisenbart im Magdeburger Haus der Heilberufe geplant. Nun kam überraschend die Absage. Der Stein des Anstoßes: Aktbilder. Dabei sollte man doch annehmen, dass der Anblick entblößter Körper Angehörige der Gesundheitsbranche kaum in Aufregung versetzen dürfte. Tut er auch nicht, dafür stößt er offensichtlich aus dem Morgenland zugewanderten Kulturbereicherern umso mehr übel.

Der Hausherr, die Kassenärztliche Vereinigung (KV), verweigert zwar jede öffentliche Stellungnahme zu der Sache, aber was hinter der Absage steckt, geht aus entlarvenden E-Mails der KV hervor, aus denen die „Magdeburger Volksstimme“ zitiert. Dort heißt es unter anderem: „Dies [die Lage der Galerie im Eingangsbereich, d. Red] bedingt, dass in viel höherem Maße als in einer reinen Galerie, welche von den Besuchern freiwillig aufgesucht wird, auf religiöse, ethische, moralische und andere Aspekte Rücksicht genommen werden muss.“ Das Haus werde von einer Vielzahl von Personen unterschiedlicher religiöser und ethnischer Herkunft aufgesucht und müsse daher einen für alle Besucher neutralen Eindruck hinterlassen.

Aber selbstverständlich hat diese vorauseilende Rücksichtnahme nichts mit der schleichenden Islamisierung unserer Gesellschaft zu tun.

Merkels Abweg

Von Hans Heckel

Für CDU-Chefin Angela Merkel endete das Gezerre um einen gemeinsamen Kandidaten der Großen Koalition für das Amt des Bundespräsidenten mit einer krachenden Niederlage. Entgegen allen guten Sitten hatte ihr SPD-Chef Sigmar Gabriel seinen Parteigenossen Frank-Walter Steinmeier einfach vor die Nase geknallt.

Verzweifelt versuchte die Spitze der Union danach, den drohenden Gesichtsverlust zu vermeiden. Doch es fand sich kein eigener Kandidat. Am Ende mussten Merkel und ihr CSU-Kollege Horst Seehofer nachgeben.

Das Schauspiel wirft ein grelles Licht auf den tristen Zustand, in den die Kanzlerin ihre CDU geführt hat. Merkel hat hoffnungsvolle Talente und unbequeme Köpfe jahrelang gezielt an den Rand gespielt. Das nützte innerhalb der Partei ihrer mittlerweile überragenden Machtstellung. Damit aber reduzierte sie die CDU zum Torso, was durch die jetzt offenbar gewordene dünne Personaldecke an die Oberfläche trat.

Gleichzeitig schliff Merkel das inhaltliche Profil ihrer Partei so rund, fügte sie dermaßen glatt in den linksgrünen Zeitgeist, dass eine neue Konkurrenz rechts von ihr, die AfD, entstehen konnte. Bei der Suche nach einem Nachfolger für Joachim Gauck setzte die CDU-Chefin mit Winfried Kretschmann zuletzt ausgerechnet auf einen Vertreter der Grünen. Auch das sagt viel darüber, wo die CDU mit Merkel gelandet ist.

Unglaubliche Einmischung

Von Jürgen Zauner

Unglaublich. Dies war das meistverwendete Wort auf der diesjährigen Herbsttagung der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen. Enttäuschung und Verärgerung stand allen ins Gesicht geschrieben, nachdem die Veranstaltung vorzeitig beendet werden musste.

Was war geschehen? Wie schon seit mehr als 20 Jahren hatte die Landesgruppe NRW zu ihrer halbjährlich stattfindenden Landeskultur- und Frauentagung nach Oberhausen eingeladen und dazu als Hauptredner den Historiker Dr. Stefan Scheil eingeladen. Scheil ist kein angepasster, „politisch-korrekter“ Historiker, sondern einer, der den Mut hat, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Bevorzugt befasst er sich mit Themen des Zweiten Weltkriegs. Und wer wüsste besser als die Ostpreußen, dass man damit auf „vermintes Gelände“ geraten kann? Jedenfalls wollte Scheil über „Polens Kampf um die Geschichte“ am Vorabend des Zweiten Weltkriegs referieren.

> Ein Historiker darf nicht reden, weil Verdi es so will

Wie immer wies die Landesgruppe vorab auf ihre Veranstaltung im Internet hin. Dies rief die Gewerkschaft Verdi auf den Plan. Henrike Eickholt, Verdi-Geschäftsführerin des Bezirks Mülheim-Oberhausen, bezeichnete Scheil in einer Presseerklärung als Geschichtsrevisionisten und sorgte dafür, dass die Landesgruppe NRW vor die Wahl gestellt wurde, entweder die Veranstaltung abzusagen oder auf ihren Hauptredner zu verzichten. Letzteres musste die Landesgruppe NRW notgedrungen tun; Sie lud Stefan Scheil aus.

Verärgert zeigten sich die Tagungsteilnehmer vor allem über die Art und Weise des Vorgehens der Verdi-Bezirksvorsitzenden Eickholt. Weder vorher noch nachher gab es ein klärendes Gespräch mit der Landesgruppe. Eickholt suchte nicht das Gespräch, die Diskussion, sondern übte Druck aus, um ihr Ziel durchzusetzen. Dies spricht jedwedem Demokratieverständnis Hohn. Wären es gewerkschaftliche Ziele, so hätte man hierfür womöglich Verständnis, doch eine derartige Einflussnahme außerhalb des Bereichs der Arbeitnehmerinteressen ist entschieden abzulehnen. Haben die Gewerkschaften nicht genug zu tun mit dem stattfindenden Strukturwandel in Bereich des Handels, der Industrie, der Dienstleistungen (Stichwort: Industrie 4.0)?

Die Tagung der Landesgruppe NRW ging zwar mit einem Missklang vorzeitig zu Ende, doch bestärkte sie den Vorstand um ihren Vorsitzenden in ihrer Haltung, auch zukünftig einzuladen, wen sie für richtig und angemessen hält. Wer auf dem Boden des Grundgesetzes steht, dürfe – auch wenn dessen Ansichten manchen nicht passen sollten – auch in Zukunft vor der Landesgruppe sprechen.



Die Interessen der Arbeitnehmen vertreten? Die Gewerkschaft Verdi spielt sich anscheinend lieber als Gesinnungspolizei für „politische Korrektheit“ auf

Bild: Imago

Gegenwind



Von einem Austausch kann keine Rede sein

Von Florian Stumfall

Islam“ heißt unter anderem auch „Unterwerfung“, und dass sie ihn so verstehen, haben bei ihrem gemeinsamen Besuch in Jerusalem der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz in Deutschland, Reinhard Kardinal Marx, und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, mehr als deutlich gezeigt. Bevor sie sich auf den Tempelberg begaben, entledigte sich jeder von ihnen auf Anweisung eines gewissen Scheichs Omar des Kreuzes, das sie ansonsten als Zeichen ihres Glaubens auf der Brust tragen.

Für derlei lässt sich natürlich sofort eine Ausrede finden, aber um die geht es nicht. Es geht darum, wie sich höchste geistliche und eben auch höchste politische Stellen das Zusammenleben von Christen und Mohammedanern vorstellen, und zwar in Europa, wo diese als Zuwanderer, anders als im Nahen Osten, nicht Bestandteil der geistigen Tradition ihrer Umgebung sind. Zwar wird von Schwarmgeistern ausführlich erzählt, wie groß und wichtig der Einfluss des Islam auf die geistige Entwicklung Europas gewesen sei, aber bei genauerem Hinsehen erweist sich das als überaus dünn.

Die Vorstellung von einem alles befruchtenden Islam geht hauptsächlich zurück auf den Arzt und Philosophen Averroes, der von 1126 bis 1198 in Spanien und dem heutigen Marokko gelebt hat. Er hat sich eingehend mit Aristoteles beschäftigt und zu jedem von dessen Werken einen Kommentar geschrieben. In der mittelalterlichen christlichen Scholastik wurde er deshalb der „Kommentator“ genannt, so wie Aristoteles selbst nur der „Philosoph“ hieß. Die philosophische Bedeutung des Averroes gründet also bei Aristoteles, nicht im Islam. Dieser lehnt die Werke des Averroes bis zum heutigen Tage bedingungslos ab. Von einem Austausch kann daher keine Rede sein.

Dabei waren die Beziehungen der Araber im Mittelalter zum antiken Griechenland und zu dem sehr lebendigen Byzanz eine der beiden geistigen Quellen, aus denen sich die islamische Bewegung nährte. Die andere Quelle war Persien, dem ein reiches Erbteil der Weisheit Indiens zugefallen war. Ob also Aristoteles, der Begriff „Musik“ oder die Kanalisation von Byzanz, oder aber auf der anderen Seite die Zahl Null, das Bauwesen oder die Spitzenleistungen der Medizin – all dies schöpfte die entstehende islamische Kultur aus zwei fremden Quellen.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Hier liegt auch die Antwort auf die oft gestellte Frage, wie es denn zu dem kulturellen Schwinden des Islam im europäischen Mittelalter gekommen sei. Dieses lag daran, dass die Lehre in ihrer unbedingten Dominanz die geistigen Kraftströme verschüttete, aus denen sie gelebt hatte. Man darf diesen Zusammenhang getrost extrapolieren: Erhielte je der Islam die Herrschaft über Europa, wäre dieses zurückgeworfen auf ein mäßig bedeutendes Anhängsel der eurasischen Landmasse.

Der Islam hat sich zwar als fähig erwiesen, methodische Fertigkeiten aufzunehmen und über eine beschränkte Epoche weiterzuentwickeln, so in der Mathematik oder Astronomie und anderen Wissenschaften, aber nicht, sich im philosophischen und damit theologischen Denken substantiell zu erweitern. Es gilt unveränderlich die Lehre, dass alles, was für die Menschheit wichtig ist, im Koran niedergeschrieben steht. Das engt nicht nur den abstrakten Horizont ein, sondern dämpft in der Folge auch das praktische Denken. Ein willkürliches Beispiel sind die Patentanmeldungen nach Daten der Weltbank für das Jahr 2014. Danach verzeichnete Saudi-Arabien 652 Einträge, Schweden 5132. Dabei hat Schweden nur ein Drittel der Einwohner Saudi-Arabiens.

Die Fixierung des Islam auf den Koran und die Ahadith, die Überlieferungen des Propheten, bestimmen auch das Rechtswesen, was mit einer erheblichen politischen Bedeutung einhergeht. Beide bilden miteinander die Scharia. Einschlägige Bestimmungen aus dem islamischen Strafrecht sind Allgemeingut: das Abhacken der Hand bei Diebstahl, Steinigung bei Ehebruch der Frau, Todesstrafe auf Abwendung vom Islam. Der Versuch einer Beschwichtigung dahingehend, dass dieses alles nicht im Koran stehe, führt nicht weiter. Denn die Ahadith sind ebenso bindend wie „das Buch“. So heißt es in einem Hadith nach Umar: „Wahrlich, der Gesandte Allahs, Allahs Segen und Friede auf ihm, bestrafte mit der Steinigung und nach ihm haben wir auch die Steinigung angewendet.“ Denn das Beispiel des Propheten verpflichtet zur Nachahmung, sei es im Strafrecht oder bei der Verbreitung des Glaubens mit den jeweils zu Gebote stehenden Mitteln.

Es liegt auf der Hand, dass allein schon wegen der Gerichtsbarkeit ein Miteinander der abendländisch-christlichen Tradition mit der mohammedanischen unmöglich ist. Wer von einer Konvergenz der beiden Kulturen und Mächte träumt, der träumt vergebens. Nicht nur das Beispiel des Averroes zeigt dies. Und dennoch hängen viele Hoffnungen an einer Europäisierung des Islam. Sogar der kundige Islamwissenschaftler Bassam Tibi, ein Syrer, der seit Jahrzehnten in Deutschland lebt, setzt darauf.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Es gehe, so schreibt Tibi, um eine Anpassung des Islam an die Demokratie, das Prinzip der Trennung von Glauben und Politik, an Pluralität, die Zivilgesellschaft und die Menschenrechte. Mag sein. Doch wenn der Islam sich an all das anpassen wollte, so hätte er sich selbst aufgelöst und wäre kein Islam mehr. Nichts zeigt das besser als der wohlfeilste Punkt, derjenige der Menschenrechte.

Diese seien, so die Eine-Welt-Illusionisten, wahrhaft global. Tatsächlich hat die Uno 1948 eine „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ formuliert, die indes von der islamischen Welt nicht anerkannt wird. Diese einigte sich im Jahr 1990 auf die „Kairoer Erklärung“, in der die Menschenrechte nach mohammedanischem Verständnis festgehalten sind. Dort ist im Artikel 2 die Rede vom Leben als einem Geschenk Gottes und „es ist verboten, einem anderen das Leben zu nehmen, außer wenn die Scharia es verlangt“. Es kann also der Fall eintreten, dass der Glaube die Tötung eines Menschen verlangt. In diesem Falle wäre das Recht auf Leben hinfällig. Dieser Artikel 2 zeigt exemplarisch die Konstruktion der gesamten Kairoer Erklärung: Sie stellt jedes Recht unter den Vorbehalt der Scharia, im Konfliktfall gilt diese und keine Menschenrechts-Deklaration.

Die Anpassung an westliche Gebräuche, die sich Bassam Tibi für einen Euro-Islam wünscht, müsste also recht umfangreich ausfallen. Dabei ist die Frage noch gar nicht angesprochen, aus welchem Motiv heraus die Jünger des Propheten eine solche Anpassung vornehmen, also von ihrem Glauben Abstriche machen sollten. Der Zustand Europas und auch des Christentums erscheint nicht so überzeugend, dass ein selbstbewusster und aggressiver Islam davor einknicken müsste. Und solange Moscheen gebaut werden, während Kirchen leer stehen, wird das auch nicht besser. Weder die traurige Szene auf dem Tempelberg zu Jerusalem noch die deutsche Bundeskanzlerin dürften den Strategen des Islam imponieren können.

Der Westen hat mit seiner globalen Anmaßung Schiffbruch erlitten. Sam Huntington schrieb in seinem vorzüglichen Werk „Kampf der Kulturen“: „Die Nichtwestler betrachten als westlich, was der Westen als universal betrachtet.“ Allein das Christentum hatte es verstanden, in alle Kulturen Eingang zu finden. Nun scheint es Opfer des politischen Einbruchs des Westens zu werden.

Monster-Fackel im Meer

Desaster abgewendet – Der Katastrophenfilm »Deepwater Horizon« setzt gekonnt auf Spannung und Realität

Am 22. April 2010 führte die Explosion auf der Bohrplattform „Deepwater Horizon" im Golf von Mexiko zur weltweit größten Ölkatastrophe. Sechs Jahre später rekonstruiert ein Kinofilm die dramatischen Ereignisse von damals, die elf Tote forderten.

Es sieht alles echt aus. Beim Hubschrauberanflug taucht in der blauen See eine künstliche Insel aus nacktem Stahl auf. Das spitz in den Himmel ragende Bohrgestänge wird sichtbar, danach ein Hubschrauberlandeplatz und schließlich auch der Namenszug „Deepwater Horizon". Doch die originale Bohrplattform, die diesen Namen trug, ist untergegangen, nachdem sie zwei Tage lang wie eine riesige Fackel gebrannt hatte. Was man im Kino sieht, ist reine Kulisse. Es handelt sich um einen im Verhältnis von 15 Prozent kleineren Nachbau, den die Produktionsdesigner in acht Monaten zusammenschweißten.

Klotzen, nicht kleckern, lautet die Devise bei dem Katastrophenfilm „Deepwater Horizon", der am 24. November in den Kinos sowohl für Spannung als auch für eine möglichst authentische Rekonstruktion des Unfallhergangs sorgen soll. So viel Realismus wie möglich wollte der auf Action spezialisierte Regisseur Peter Berg haben. Ein trickreiches Filmdesign am Computer wäre billiger, aber nicht so dramatisch gewesen.

Die Handlung ist praktisch ein Selbstläufer, da der Katastrophenhergang die Dramaturgie bestimmt. Die Hollywoodstars Mark Wahlberg und Kurt Russell („Die Klapperschlange"), um die sich die Handlung zentriert, geraten dabei zu Nebendarstellern eines nicht aufzuhaltenden Infernos. Der Film basiert dabei auf einen in der „New York Times" erschienenen Artikel, an dem die Pulitzer-Preisträger David Barstow und David S. Rhode beteiligt waren. Da kann man also von sorgfältiger Recherche ausgehen, auf die sich der Film stützen kann. Technische Schutzvorkehrungen, die bei dem Unfall versagt haben wie „Blowout-Preventer", „Negativtests" oder Zementisolierungen, lassen sich in einem Artikel gut beschreiben, im Film aber weniger. Und so wird der Chef Vidrine, der von dem Charakterschauspieler John Malkovich mit dem dämonischen Blick eines Schurken gespielt wird, zum Sündenbock erklärt.

Weil man hinter dem Zeitplan um 43 Tage zurückliegt, treibt Vidrine die Arbeiten an. Denn jeder Tag ohne Ölförderung kostet British Petroleum (BP) eine halbe Million Dollar. BP hat die Bohrplattform von einer Schweizer Firma nur geleast. „Deepwater Horizon" ist eigentlich eine schwimmende, nicht verankerte Insel, deren Schwerpunkt weit unter der Waserlinie liegt und die der Kapitän dank schwenkbaren Propellern auch bei rauer See exakt über einem bestimmten Punkt 1500 Meter über dem Meeresgrund fixieren kann. In weiteren 5500 Metern Tiefe wurde nach Öl gesucht. Die Förderung selbst sollte dann ein anderer Bohrturm übernehmen.

Doch dazu kam es nicht. Weil der Zement, mit dem man den Bohrkern vom umgebenden Gestein trennte, nicht abdichtete, strömte unter hohem Druck Gas durch die Leitung. Als es auf der Plattform austrat, kam es zu einer Kettenreaktion. Die Explosion tötete elf Menschen, 115 weitere Arbeiter konnten gerettet werden. Nachdem die Bohrinsel gesunken war, strömte noch drei Monate lang Öl aus der gebrochenen Leitung. Etwa alle acht Tage floss dabei die Menge eines großen Öltankers in den Golf. Erst am 16. Juli 2010 konnte BP am Meeresgrund das defekte Absperrventil – Blowout-Preventer oder kurz BOP genannt – mit Hilfe von Tauchrobotern, Entlastungsbohrungen und einem haushohen Stahltrichter verschließen.

Um die Folgen macht der Film einen Bogen. Die Feuersbrunst auf der Plattform steht im Vordergrund, und die ist ohne viel Effekthascherei geschickt in Szene gesetzt. Auch das übliche Heldenpathos, den Hollywood in ähnlichen Fällen breit aufträgt, hält sich in Grenzen. Wahlberg und Russell geben als Techniker ihr Bestes, um einen Blowout zu verhindern, stehen dem gewaltigen Inferno letztlich doch nur ohnmächtig gegenüber. Das immerhin macht dieses Kinospektakel zu einem der glaubwürdigsten Katastrophenfilme der letzten Jahre, womit ein filmisches Desaster abgewendet wurde. *Harald Tews*



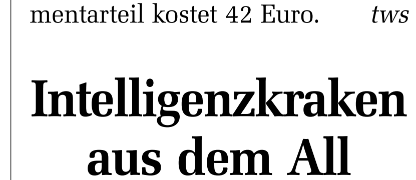
Bilder (2): Studiocanal

Das Unheil nimmt seinen Lauf: Erst schießen Ölschlamm und Gase aus dem Bohrloch (l.), dann brennt „Deepwater Horizon" lichterloh

MELDUNGEN

Werkausgabe von Lenz

Hamburg – Am 18. November erscheint bei Hoffmann und Campe mit „Es waren Habichte in der Luft" der erste Band der neuen Werkausgabe von Siegfried Lenz. Sein Debütroman bildet den Auftakt eines groß angelegten Editionsprojektes, das 2021 abgeschlossen sein soll. Pro Halbjahr sollen als lesefreundliche Studienausgaben zwei bis drei in Leinen gebundene Bände erscheinen. Der erste Band mit Kommentarteil kostet 42 Euro. *tws*



Intelligenzkraken aus dem All

Berlin – Unsere Kinos werden vom 24. November an von einer neuen unheimlichen Begegnung der dritten Art heimgesucht. Im Film „Arrival" sind es zwölf riesige Monolithen, die plötzlich in verschiedenen Erdteilen auftauchen und die sich als außerirdische Raumschiffe entpuppen. Eine Linguistin (Amy Adams) gelingt es sogar, Kontakt mit den krakenhaften Wesen im Innern aufzunehmen. Aber wollen sie Krieg oder Frieden? Das ist hier die Frage in diesem Hochglanz-Science-fiction, die am Ende in einem recht undurchsichtigen esoterischen Quirl zerfasert. *tws*

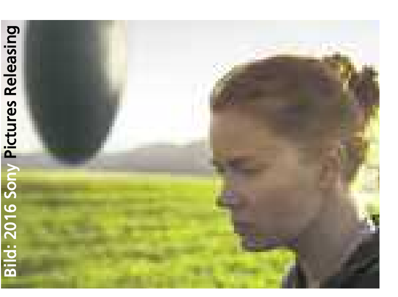


Bild: 2016 Sony Pictures Releasing

Erster Kontakt mit Raumschiff

Glasauge, sei wachsam!

Lauschen, spähen, verraten – Spionage im Dresdner Museum

Vor 60 Jahren wurde der Bundesnachrichtendienst (BND) gegründet. Sein Vorgänger war die Organisation Gehlen (Org). Die steht im Mittelpunkt einer spannenden Schau im Militärhistorischen Museum Dresden. Aufgeboten sind mehr als 600 Objekte und Dokumente. Viele stammen aus den Archiven des Bundesnachrichtendienstes.

Die Schau „Achtung Spione!" vergegenwärtigt uns die deutsche und die weltpolitische Lage der Jahre 1945 bis 1956. Aus dem jeweils erzählten Jahr wird ein geheimdienstliches Schlüsselereignis hervorgehoben. Etwa 1951 der Eintritt des erst 1961 als Doppelagent enttarnten Hans Felfes in die Org. Zudem werden Methoden des Spionierens offengelegt. Das im Koffer verstaute „Agentenfunkgerät SSTR-1" gehörte zur Erstausstattung der Org. Die mit Abhörwanze ausgerüstete Kuckucksuhr spionierte für den KGB. Dem unauffälligen Transport von Mikrofilmen diente ein Glasauge. Auch Panzer und Jagdflugzeuge werden gezeigt, behandelt die Schau doch die Frühphase des Kalten Krieges. Im damaligen Ost-West-Konflikt war es überlebenswichtig, die militärische Stärke und Gerätschaft der anderen Seite auszukundschaften.

Zum Auftakt trifft man auf eine Transportkiste der Wehrmacht. Sie enthielt Akten der von Reinhard Gehlen (1902–1979) geleiteten Generalstabsabteilung Fremde Heere Ost (FHO). Deren Aufgabe war die militärische Feindaufklärung an der Ostfront. Als Gehlen klar wurde, dass der Krieg gegen die Anti-Hitler-Koalition nicht zu gewinnen war, schaffte er Kopien der Unterlagen über die Sowjetarmee beiseite. Ende Mai 1945 diente er sich mit diesen Unterlagen und seinen wichtigsten FHO-Mitarbeitern der US-Armee als bester Kenner des sowjetischen Militärs an. Erster US-Auftrag war, Studien über den Aufbau und die Taktiken der Roten Armee zu erstellen.

Ab 1946 nahm die Organisation Gehlen im Auftrag der Amerikaner den Dienst der Nachrichtenbeschaffung aus der Sowjetischen Besatzungszone, ab 1949 der DDR auf. Anfangs vom US-Militärgeheimdienst geführt, wurde die Org, unter deren rund 1000 hauptamtlichen Mitarbeitern sich 119 ehemalige Generalstabsoffiziere der Wehrmacht befanden, 1949 dem zivilen US-Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) unterstellt.

Den Fotos nach zu urteilen ließ sich Gehlen oft mit Sonnenbrille und Hut Typ „Fedora" sehen. Was war er für ein Mensch? Ein CIA-Mitarbeiter beurteilte ihn als kalt und vorwärtsstrebend. Zu den gezeigten Gegenständen aus Gehlens persönlichem Besitz gehören ein seidener Morgenmantel, eine Maschinenpistole sowie die am 20. Dezember 1956 von Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer unterzeichnete Verbeamtungsurkunde. Das Kabinett hatte beschlossen, die aus amerikanischen Diensten entlassene Org zu übernehmen und unter dem Namen Bundesnachrichtendienst zu einer vom Kanzleramt kontrollierten und koordinierten Behörde zu machen. Gehlen stand dem BND bis 1968 als Präsident vor. *Veit-Mario Thiede*

Bis 29. November im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr, Olbrichtplatz 2, Dresden. Geöffnet täglich 10 bis 18 Uhr, montags bis 21 Uhr, mittwochs geschlossen. Eintritt: 5 Euro. Telefon (0351) 8232803, Internet: www.mhmbw.de. Der zweibändige Katalog aus dem Sandstein Verlag kostet im Museum 45 Euro, im Buchhandel 68 Euro



Bleihaltiges Spiel: Die MP im Geigenkoffer Bild: Thiede

Animalische Kraft

Bücher zum 100. Todestag von Jack London

Die Szene, als Raimund Harmstorf mit nur einer Hand eine rohe Kartoffel zerdrückt, hat sich in das kollektive Gedächtnis der deutschen TV-Nation eingenistet. 1971 war das, als sich der Schauspieler in der Abenteuerverfilmung „Der Seewolf" mit der animalischen Kraft des Titelhelden ein bleibendes Denkmal setzte. Zu verdanken hat er es an erster Stelle dem Schriftsteller Jack London. Der Autor von „Der Seewolf" und anderer berühmter Abenteuerromane wie „Ruf der Wildnis", „Wolfsblut" oder „Lockruf des Goldes" starb am 22. November 1916. Aus diesem Anlass sind einige Bücher erschienen, die genug Gründe liefern, sich wieder mit dem US-Autor zu beschäftigen.

In seiner Biografie „Jack London. Abenteuer des Lebens" (Lambert Schneider, 320 Seiten, 24,95 Euro) beweist der Amerikanist Alfred Hornung, dass nicht nur Londons Romane spannend sind, sondern dass auch sein Leben abenteuerlich war. Er hat sich noch den amerikanischen Traum verwirklichen können und den Aufstieg vom Zeitungsausträger und Tramp zum Millionär geschafft. Zwischenzeitlich war er Austernpirat vor San Francisco, Robbenjäger und glückloser Goldsucher am Klondike River, ehe sich der schriftstellerische Erfolg einstellte. Als Kriegsreporter berichtete er 1905 vom russisch-japanischen Krieg und geriet dabei in japanische Gefangenschaft. Er überlebte 1906 das große Erdbeben, das seine Geburtsstadt San Francisco heimsuchte, und unternahm mit seiner Jacht „Snark" eine Weltreise, die aber bereits in Australien endete, wo er sich von einer Krankheit erholen musste.

„Die Reise mit der Snark" heißt auch sein Abenteuerbericht, der jetzt in schöner Aufmachung und neu übersetzt beim Mare Verlag erschienen ist (352 Seiten, 28 Euro). Auf der Fahrt mit der „Snark" schrieb London zugleich an seinem Bildungsroman „Martin Eden", in dem London seinen marxistischen Ansichten eine ironische Brechung gibt. Den Roman gibt es jetzt neu übersetzt bei dtv (528 Seiten, 19,90 Euro).

Lange nach dem vermutlich durch Nierenversagen verursachten Tod des Alkoholikers erschien 1963 postum ein sechs Jahre später mit Curt Jürgens und Telly Savalas als „Mörder GmbH" verfilmter Agententhriller Londons. In neuer Übersetzung ist das Buch jetzt unter dem Titel „Mord auf Bestellung" bei Manesse erschienen (272 Seiten 24,95 Euro). Der Literaturkritiker Denis Scheck und der Schriftsteller Martin Walser stellen das Werk am 23. November um 19 Uhr im Münchener Gasteig vor. Und am 15. Dezember liest um 20 Uhr in der Berliner Autorenbuchhandlung, Else-Ury-Bogen 599-601, der Schauspieler Wanja Mues aus dem Werk. *H. Tews*

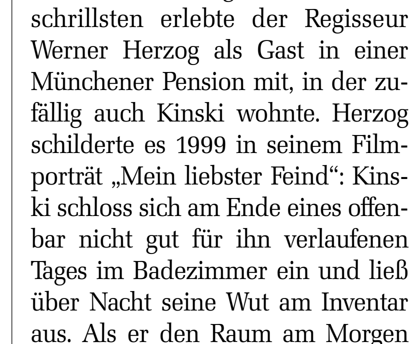


Bild: akg images/CF

Jack London

Ein Schreihals, der verstummte

Die Tobsuchtsanfälle von Klaus Kinski sind legendär. Einen der schrillsten erlebte der Regisseur Werner Herzog als Gast in einer Münchener Pension mit, in der zufällig auch Kinski wohnte. Herzog schilderte es 1999 in seinem Filmporträt „Mein liebster Feind": Kinski schloss sich am Ende eines offenbar nicht gut für ihn verlaufenen Tages im Badezimmer ein und ließ über Nacht seine Wut am Inventar aus. Als er den Raum am Morgen verließ, war alles geschreddert.

Von Südländern erwartet man solch ein heißblütiges Gemüt. Aber von einem Westpreußen? Der am 18. Oktober 1926 in Zoppot an der Danziger Bucht geborene Kinski war eine Ausnahmeerscheinung in jeder Hinsicht. Eine launenhaftere Filmdiva als ihn gab es im deutschen Kino wohl nie. Regisseur Herzog hat in seiner Filmdoku von 1999 ein Lied davon gesungen: Trotz aller zum Teil handgreiflicher Auseinandersetzungen mit Kinski war er sein Lieblingsschauspieler.

Unvergessen bleibt Kinskis Auftritt als Vampir „Nosferatu" (1979), wo seine langen gierigen Finger die Kehlen junger Frauen umschließen und er ihnen das Blut aussaugt, oder als Abenteuer in Herzogs im Amazonas-Gebiet spielenden Epen „Aguirre, der Zorn Gottes" (1972), „Fitzcarraldo" (1982) und „Cobra Verde" (1987). Häufig mussten die Dreharbeiten unterbrochen werden, weil Kinski seinen Regisseur Herzog so laut anschrie, dass es bis weit in den Urwald schallte.

Vor 25 Jahren sollte der Schreihals für immer verstummen. Am 23. November 1991 starb Kinski 65-jährig in seinem kalifornischen Wohnort an Herzversagen. *H. Tews*

Generationenwechsel in Krieg und Krise

Vor 100 Jahren starb der alte Kaiser Franz Joseph I. von Österreich, und sein junger Großneffe Karl I. übernahm die Nachfolger

Als vor 100 Jahren Karl I. Franz Joseph I. folgte wurde in Wien ebenso eine Generation übersprungen wie im Dreikaiserjahr beim Wechsel von Wilhelm I. zu Wilhelm II. Allerdings befand sich Österreich-Ungarn 1916 in einer ungleich kritischeren Situation als das Deutsche Reich 1888.

Der Sommer 1916 war für den 86-jährigen Kaiser und für die Donaumonarchie äußerst krisenhaft. Im Juni musste man die Südtirol-Offensive, die fast zum Durchbruch in die Po-Ebene geführt hätte, abbrechen. Gleichzeitig überrannte der russische General Alexej Brussilow zwei k. u. k. Armeen bei Luck und Brody in Galizien, erzielte einen Einbruch von 75 Kilometer Tiefe und fügte den Verteidigern einen Verlust von 475 000 Mann zu. Obendrein stand die Front am Isonzo unter schwerem Druck. Generalstabschef Franz Conrad von Hötzendorf, der die Russen unterschätzt hatte, musste höchst widerstrebend nach Berlin reisen, um Waffenhilfe zu erbitten. Dem Chef der Obersten Heeresleitung, Erich von Falkenhayn, kam diese Entwicklung äußerst ungelegen, da er eben den Schlussangriff auf Verdun plante. Als Rumänien Ende August den Mittelmächten den Krieg erklärte, war ein neuer Krisenherd entstanden. Die Rückschläge an der Front hatten erhebliche Auswirkungen auf das Armeegefüge und das Innere der Donaumonarchie. Immer mehr tschechische Verbände liefen über oder gaben sich gefangen. Conrad, der von vielen Seiten angefeindet wurde und immer mehr in die Abhängigkeit von Berlin geriet, hatte nur mehr im greisen Kaiser eine Stütze.

Franz Joseph I. litt an einer chronischen Bronchitis, die sich mit Beginn des Herbstes verschlechterte. Dazu kam ein weiterer schwerer Schlag, nämlich die Ermordung von Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh am 21. Oktober durch den jungen Revolutionär Friedrich Adler. Der Kaiser verlor im Ermordeten einen getreuen Verfechter seiner Politik. Nun brachen unterdrückte Streitigkeiten auf, etwa die Forderung nach Einberufung des Parlaments oder der Konflikt mit dem ungarischen Ministerpräsidenten István Tisza Graf von Borosjen und Szeged, der auf die Interessen Ungarns pochte.



Der Kaiser mit seinem Großneffen und Nachfolger: Franz Joseph I. und der spätere Karl I. Bild: CF

Der Ruf nach einer starken Hand wurde laut, und das Armeeoberkommando forderte Sondervollmachten, um endlich die Ernährungskrise zu beheben. Allerdings stand es zu diesem Zeitpunkt schon vor seiner Entmachtung. Der Nachfolger des Ermordeten befand sich in einer Zwickmühle. Die Reichsreform blieb in der Schwebe. Während die tschechischen Abgeordneten die Einberufung des Parlaments forderten, lehnten dies die konservativen Kräfte ab. Die Nationalitätenfrage blieb ungelöst.

In dieser höchst angespannten Lage verschlechterte sich der Gesundheitszustand des Kaisers dramatisch. Er verlor an Gewicht und wog zuletzt nur mehr 56 Kilogramm. Dennoch hielt er an seinen täglichen Gewohnheiten fest und stand nach wie vor sehr früh auf, um seiner Tätigkeit nachzugehen. Aus seiner Bronchitis hatte sich eine schwere Lungenentzündung entwickelt. Der 21. November wurde zu seinem letzten Arbeitstag. Um 9 Uhr abends starb die Verkörperung des altösterreichischen Bürokraten. Mit dem Kaiser, mit 68 Regierungsjahren der längst dienende Monarch seiner Epoche, ging auch eine Ära zu Ende. Viele Beobachter hätten es begrüßt, wenn Franz Joseph vor seinem Tode abgedankt hätte, da sie einen Führungswechsel wünschten zu einem tatkräftigen Jüngeren, der sich den kommenden Herausforderungen gewachsen zeigt.

Der Tod des Kaisers führte zu Turbulenzen, obwohl die Thronfolge längst geregelt war. Nach der Ermordung von Erzherzog Franz Ferdinand im Juni 1914 hatte dessen Neffe, Erzherzog Karl, seine Stelle eingenommen. Dieser hatte seine Positionen bereits abgesteckt. Er zeigte großen Tatendrang, wollte die Armeeführung entmachten, die Ernährungskrise beheben und drängte auf Frieden. Dies entsprang nicht nur einer Friedensliebe, sondern war auch der militärischen Schwäche geschuldet, an der Österreich-Ungarn litt. Mit diesem Drängen auf einen schnellen Frieden stand er aber im Gegensatz zum Deutschen Reich, in dem seit dem August 1916 Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff die dritte Oberste Heeresleitung (OHL) bildeten. Nun galt Durchhalten als oberstes Gebot.

> Dem Tod des langjährigen Kaisers Franz Joseph I. folgte das Ende der alten Habsburgermonarchie, die er verkörperte

Kaiser Karl fühlte sich vom Bündnispartner eingeengt, noch dazu, da er keinerlei Sympathien für „die Preußen“ empfand. Er stand stark unter dem Einfluss seiner Frau Zita von Bourbon-Parma, einer machtbewussten Persönlichkeit, der es vor allem um den Thronerhalt ging. Karl fällte seine Entschlüsse oft spontan und überhastet. Er entschied nach persönlichen Eindrücken, ohne lange zu überlegen. Als sichtbares Zeichen seines Regierungsstils verlegte er seine Residenz von Schönbrunn nach Laxenburg, dem kaiserlichen Jagdschloss. Er fuhr ins Armeehauptquartier und an die einzelnen Fronten, um sich persönlich zu informieren. Verluste wollte er möglichst vermeiden, was ihn bei der Truppe beliebt machte, aber bei manchen Generälen Unverständnis auslöste.

Sein Schicksal war, dass er mit einem Monstrum zu kämpfen hatte, nämlich mit einem Problemstau, an den sich niemand herangewagt hatte. Nun wollte er zu viel auf einmal erreichen: eine Reichsreform, nämlich den Ausgleich mit den slawischen Nationalitäten, die Beseitigung der Dominanz, die von der Militärführung des Deutschen Reiches ausging, und einen baldigen Friedensschluss. Er übernahm persönlich den Oberbefehl über die Armee und löste Conrad als Generalstabschef ab.

Karl wollte die Monarchie möglichst unbeschadet aus dem Krieg führen, und so griff er den Vorschlag seiner Ehefrau auf, über ihre Brüder, die Prinzen Sixtus und Xavier von Bourbon-Parma, die als Offiziere in der belgischen Armee dienten, Geheimkontakte zu den Alliierten anzubahnen. Er ließ im Frühjahr 1917 durch Sixtus einen Brief überbringen, in dem er den Anspruch Frankreichs auf Elsass-Lothringen anerkannte und versprach, in diesem Sinne auf die Regierung des Deutschen Reiches einzuwirken. Damit erhielten die Alliierten eine Handhabe, einen Keil zwischen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich zu treiben, wobei der Gedanke eines Separatfriedens auftauchte.

Als Karls Brief publik wurde, dementierte der Kaiser öffentlich, in seiner Korrespondenz Zugeständnisse bezüglich Elsass-Lothringen angeboten zu haben, und sein Außenminister leugnete, den Brief zu kennen, und ließ damit sein Handeln als einen mit der Regierung nicht abgestimmten Alleingang erscheinen. Als Folge dieser sogenannten Sixtusaffäre bekam Karls Reputation einen unheilbaren Schlag. Die Zweifel Berlins an seiner Bündnistreue konnten nur mit großer Mühe beschwichtigt werden, wogegen die Alliierten jedes Vertrauen in die Donaumonarchie als diskreten Verhandlungspartner verloren hatten. *Heinz Magenheimer*

Die gigantische Schwester der »Titanic«

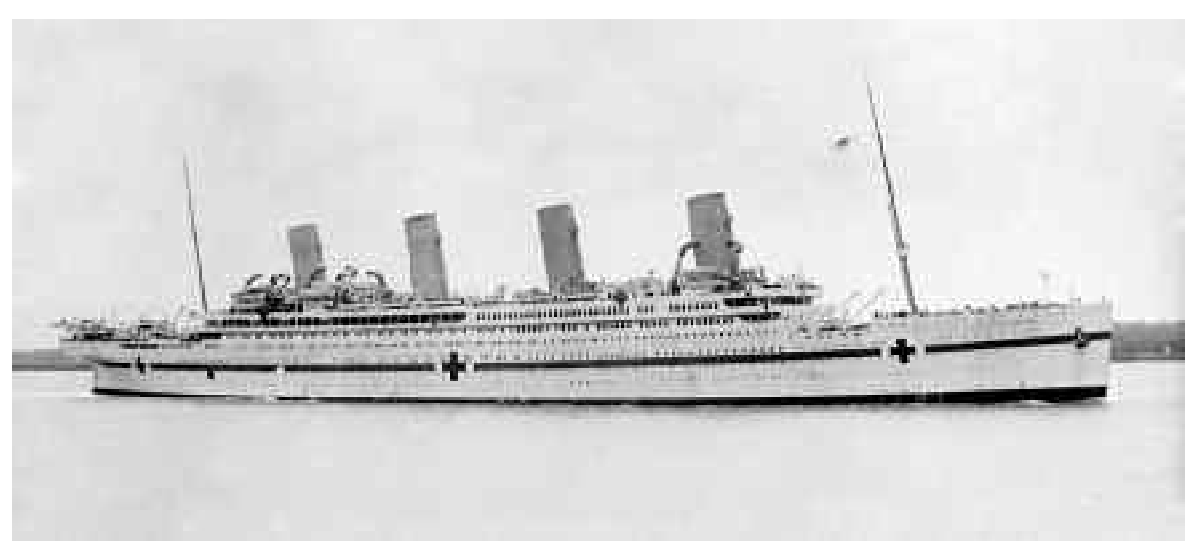
Menschliches Versagen führte vor 100 Jahren zum schnellen Ende des britischen Lazarettschiffes »Britannic«

Das berühmteste Passagierschiff der Welt ist zweifellos die „Titanic“. Ihr Untergang bereits auf der Jungfernfahrt gehört sicherlich nicht nur wegen der vielen Opfer zur kollektiven Erinnerung der Europäer, sondern auch deshalb, weil er in einem so tragischen Gegensatz zu dem Fortschrittsglauben und dem Selbstvertrauen der Europäer vor dem Ersten Weltkrieg steht, wie er in der Pracht und Größe des britischen Luxusliners zum Ausdruck kam. Noch prächtiger und größer indes sollte das jüngere Schwesterschiff der „Titanic“ werden. Diese Gigantomanie spricht für die Wahrheit des Gerüchtes, dass dieses gigantische Schiff „Gigantic“ heißen sollte. Es lief jedoch am 26. Februar 1914 unter dem Namen „Britannic“ in der Belfaster Schiffswerft Harland & Wolff vom Stapel.

Auffallend ist der große zeitliche Abstand zu den Stapelläufen der beiden Schwesterschiffe „Olympic“ und „Titanic“ 1910 und 1911. Die Ursache ist, dass in dieses letzte Schiff der „Olympic“-Klasse bereits Erfahrungen mit den beiden älteren Schwesterschiffen einfließen sollten, was denn auch geschah. Dieses war umso mehr geboten, nachdem der Untergang der „Titanic“ einige Sicherheitsdefizite aufgezeigt hatte. Deshalb ist die „Britannic“ nicht nur prächtiger und größer als die „Titanic“, sondern auch sicherer konzipiert. Beispielsweise erhielt die „Britannic“ im Bereich der Kessel- und Maschinenräume eine doppelte Außenhaut, wichtige Schottwende wurden bis zum B-Deck erhöht, und die Zahl der Rettungsbootsplätze wurde kräftig aufgestockt, sodass nun für jeden an Bord ein Platz zur Verfügung stand.

Bereits wenige Monate nach dem Stapellauf am 26. Februar 1914 brach der Erste Weltkrieg aus, und das Schiff wurde nie seiner ursprünglichen Bestimmung gemäß genutzt. Am 23. Dezember 1915 wurde die „Britannic“ als Lazarettschiff in Dienst gestellt. Sie galt als das bestausgestattete Hospitalschiff auf dem Weltmeeren.

Vor 100 Jahren, am 21. November 1916, war das schwimmende Lazarett auf dem Weg zu dem griechischen Hafen Mudros. Im Kanal zwischen den Inseln Kea und Makrónissos wurde es am Morgen um 8.12 Uhr Opfer einer schweren Unterwasserexplosion. Zur britischen Gräuelpropaganda hätte es gepasst, wenn die Ursache ein deutsches U-Boot-Torpedo gewesen wäre, aber es war wohl eine deutsche Seemine.



War nie als Passagierschiff im zivilen Einsatz: Das Lazarettschiff „Britannic“ Bild: Allan Green/CF

Zur Katastrophe wurde die Explosion durch eine Reihe von Fehlern auf Seiten der britischen Besatzung. Zum Zeitpunkt des Unglücks war gerade Schichtwechsel, und deshalb waren der Bequemlichkeit halber die Wasserschutztüren geöffnet. Ebenfalls verboten war, dass zum Lüften Bullaugen offen standen. Die Idee des Kapitäns, das angeschlagene Schiff in seichtere Gefilde zu führen, um es auf Grund zu setzen, war im Prinzip nicht schlecht, doch wurde infolge des Manövers zusätzliches Wasser durch das durch die Explosion in den Rumpf gerissene Loch in den Schiffskörper gedrückt. So sank die „Britannic“ trotz aller Sicherheitseinrichtungen innerhalb von nur 58 Minuten. Doch war die Zahl der Menschen, die zu Schaden kamen, trotzdem ungleich niedriger als bei der „Titanic“-Katastrophe. Es gab 30 Tote und 40 Verletzte. Auch hierbei spielte wieder menschliches Versagen eine maßgebliche Rolle. Wiederum unerlaubt waren bei noch laufenden Maschinen zwei Rettungsboote zu Wasser gelassen worden, die dann von den rotierenden Schrauben zerschlagen wurden.

Die ungleich niedrigere Zahl an Opfern ist sicherlich ein Grund, warum der Untergang der „Britannic“ trotz ihrer Größe ungleich unbekannter ist als jener der „Titanic“. Der andere ist zweifellos die traurige Tatsache, dass Schiffsuntergänge und das damit einhergehende menschliche Leid in Kriegszeiten schon fast als normal empfunden werden. *Manuel Ruoff*

Ein Schornstein wurde ihm zum Verhängnis

Vor 75 Jahren starb der erfolgreiche Jagdflieger Werner Mölders als Passagier bei einer Flugreise

Vor 75 Jahren starb der aus der preußischen Rheinprovinz stammende Ausnahmepilot Werner Mölders bei einem Flugzeugabsturz. Das Fliegerass hatte im Verlaufe von 400 Kampfeinsätzen 14 rotspanische, 68 westalliierte und 33 sowjetische Maschinen abgeschossen. Mölders wurde später auch in der Bundeswehr als Musterbeispiel soldatischer Pflichterfüllung geehrt, bis Verteidigungsminister Peter Struck dieser Tradition ein Ende setzte.

Der Inspekteur der Jagdflieger Werner Mölders erhielt im Herbst 1941 den Auftrag, den Jagdschutz der zum Angriff auf die Krim angetretenen Verbände vom Boden aus zu führen. Deshalb erreichte der Befehl, nach Berlin zu kommen, um beim Staatsbegräbnis für den am 17. November 1941 freiwillig aus dem Leben geschiedenen Generalluftzeugmeister Ernst Udet (siehe *PAZ* Nummer 45) die Ehrenwache zu halten, den gerade erst 28-Jährigen auf der Halbinsel. Der Routineflug in die Heimat vom 22. November 1941, bei dem nicht er, sondern Oberleutnant Georg Kolbe am Steuer saß, sollte Mölders das Leben kosten. Kurz vor dem geplanten Tankstopp in Breslau-Schöngarten versagten beide Motoren der Kuriermaschine vom Typ Heinkel He 111. Beim Versuch der Notlandung in Gandau zerschellte die Maschine, weil ein Fabrikschornstein im Wege stand.

Nach Mölders' Tod verbreiteten die Alliierten das Gerücht, der praktizierende Katholik sei gezielt von der deutschen Flak abgeschossen oder von der SS verschleppt und ermordet worden, weil er Kritik an Adolf Hitlers Kirchenpolitik geübt habe. In diesem Zusammenhang fälschte Sefton Delmer vom britischen Geheimdienst „Secret Intelligence Service“ sogar einen nach viel Distanz zum Nationalsozialismus klingenden Brief des Toten an einen vom SIS erfundenen Kirchenoberen in Stettin namens Johst, der dann im Dritten Reich in Umlauf gebracht wurde. Ungeachtet dessen erhielt das Jagdgeschwader 51 im Dezember 1941 den Beinamen „Mölders“ verliehen.

Desgleichen ließ es sich auch die Bundesrepublik nicht nehmen, den Wehrmachtpiloten zu ehren – und zwar gleich mehrfach: zum Ersten durch die Taufe des Zerstörers D 186 auf „Mölders“ im April 1968, zum Zweiten mit der Umbenennung der Luftwaffenkaserne in Visselhövede in „Werner-Mölders-Kaserne“ im November 1972 und zum Dritten mit der Verleihung des Traditionsnamens „Mölders“ an das Jagdgeschwader 74 in Neuburg an der Donau im November 1973. Dies erregte den Widerspruch linker Kreise, die am 24. April 1998 einen wichtigen Sieg erzielten, als der Bundestag auf Antrag der PDS beschloss, die Bundesregierung solle „dafür Sorge tragen, dass Mitgliedern der Legion Condor in Deutschland nicht weiter ehrendes Gedenken z. B. in Form von Kasernenbenennungen bei der Bundeswehr zuteil wird“. Damit kam die SED-Nachfolgepartei durch, weil während der entscheidenden Abstimmung zahlreiche Parlamentarier der CDU/CSU und FDP fehlten.

Gegen militärische Gegner konnte er sich erfolgreich verteidigen, aber Bundesminister Peter Struck war er hilflos ausgeliefert

Zuerst wurde die Umsetzung des Beschlusses immer wieder hinausgezögert, soweit er Mölders betraf. Deshalb stieß die PDS-Fraktion mehrfach nach, wobei ihr der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) assistierte. Daraufhin erhielt schließlich das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr in



Im Kreise von Luftwaffenkameraden: Werner Mölders (links) Bild: Bundesarchiv, Bild 183-1992-0401-509 / CC-BY-SA 3.0

Potsdam den Auftrag, ein Gutachten über Mölders zu erstellen. In dieser am 30. Juni 2004 vorgelegten Stellungnahme schrieb der Historiker und Oberstleutnant der Luftwaffe Wolfgang Schmidt, das Fliegeridol habe „stets im Sinne der Kriegführungspolitik des NS-Regimes gehandelt und eine systemkonforme Haltung an den Tag gelegt“. Dies nahm Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) im Januar 2005 zum Anlass, die Umbenennung der Kaserne in Visselhövede und des heutigen Taktischen Luftwaffengeschwaders 74 anzuweisen und durchzusetzen. Proteste hiergegen, darunter von Horst Seehofer (CSU) und diversen hochrangigen Offizieren der Bundeswehr, blieben allesamt erfolglos.

Oberst Werner Mölders gehörte zu den höchstdekorierten Piloten der Luftwaffe des Dritten Reiches. So erhielt er unter anderem das Spanienkreuz der Legion Condor in Gold mit Schwertern und Brillanten, die Frontflugspange für Jäger und das Flugzeugführerabzeichen in Gold mit Brillanten sowie – als erster Soldat der Wehrmacht überhaupt – das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten. Dabei galt der am 18. März 1913 in Gelsenkirchen geborene Mölders zunächst gar nicht als flugtauglich: Nachdem der junge Pionieroffizieranwärter beim Drehstuhltest mit Übelkeit und Krämpfen reagiert hatte, rieten die Ärzte davon ab, ihn zu den Fliegern zu versetzen. Dem folgte 1934 ein zweiter Anlauf, der aufgrund von Mölders' Willensstärke zum Erfolg führte.

Als dann 1936 Freiwillige für die Legion Condor gesucht wurden, die General Francisco Franco während des Spanischen Bürgerkrieges unterstützte, gehörte Oberleutnant Mölders zu den ersten, die sich meldeten. Jedoch verzögerten organisatorische Probleme seine Entsendung bis zum April 1938. Anschließend freilich holte der Messerschmidt-Pilot in schneller Folge 14 feindliche Maschinen vom Himmel. Außerdem perfektionierte er während des Spanien-Einsatzes die revolutionäre Flugfigur „Vierfingerschwarm“, die wegen ihrer Vorteile bald in sämtliche Luftstreitkräfte Einzug hielt.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs diente Mölders im Jagdgeschwader 53 „Pik As“ und erzielte dort weitere 20 Luftsiege, bevor er selbst am 5. Juni 1940 beim Abfangen feindlicher Bomber von Sous-Lieutenant René Pommier-Layragues abgeschossen wurde und in französische Kriegsgefangenschaft geriet. Nach der Kapitulation der Franzosen avancierte der nunmehrige Major Mölders zum Kommodore des Jagdgeschwaders 51 und nahm in dieser Eigenschaft an der verlustreichen Luftschlacht um England teil. Die ging zwar verloren, bescherte Mölders aber weitere Erfolge, darunter die Ausschaltung des britischen Fliegerasses Tony Lovell. Andererseits erlitt er bei einem Luftkampf mit Adolph Malan Verletzungen durch herumfliegende Splitter und musste an der französischen Kanalküste notlanden.

Im Juni 1941 gehörte Mölders' Geschwader zur Luftflotte 2, die gegen die Sowjetunion antrat. An der Ostfront gelang dem Meister seines Fachs am 15. Juli 1941 als weltweit erstem Piloten der 100. Abschuss einer gegnerischen Maschine. Dem folgte die Verleihung der damals höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung sowie die Beförderung zum Oberst – allerdings kombiniert mit striktem Feindflugverbot: Mölders sollte sich nicht länger in Gefahr begeben, sondern seine Erfahrungen an den Nachwuchs weiterreichen.

Und das tat er dann auch in der Dienststellung eines Inspekteurs und Generals der Jagdflieger. Als solcher unternahm der gerade erst 28-Jährige im Herbst 1941 diverse Inspektionsreisen durch das besetzte Südrussland, auch auf die Krim, wo ihn der tödliche Befehl erreichte. *Wolfgang Kaufmann*

Der Preuße, der den Dschungel erforschte

Als Geograf trug Siegfried Passarge wesentlich zur Landeskunde Afrikas bei

Bemühungen um die Erforschung der Erde gehören ohne Zweifel zu den erregendsten Vorgängen der Geschichte. Materielle Beweggründe wie wissenschaftliche Ziele waren die Ursachen, ganz gleich, ob es sich im Zeitalter der Entdekkungen um die Neue Welt oder in der Alten um Indien oder den Fernen Osten handelte. In späteren Jahrhunderten bemühte man sich, die weißen Flecken auf den Landkarten des zentralen Asien und Afrika zu beseitigen. Zu den bedeutenden Afrikaforschern gehörte Siegfried Passarge, geboren am 29. November 1866 in Königsberg, wo er auch das Friedrichskollegium besuchte.

Schon als Obertertianer stand für ihn fest, dass er Geograf werden würde. Die von ihm gründlichst betriebene Afrikalektüre wie seine Exkursionen im Samland zum Training der körperlichen Leistungsfähigkeit für spätere Afrikareisen standen nicht im Lehrplan des Schülers. Sein geografisches Studium begann er 1886 in Berlin. Die Wahl dieses Studienortes war nicht zufällig. Hier wirkte als berühmtester Lehrer der Geografie Ferdinand Freiherr von Richthofen. Durch seine Chinaforschungen war er weithin bekannt. Zu seinen Schülern gehörte auch Erich von Drygalski.

Wenn Passarge bereits im zweiten Semester nach Jena übersiedelte, bedeutete das keineswegs ein Abreißen der Fäden zu Richthofen. In Jena hatte er Gelegenheit, die „Afrikaner“ Eduard Pechuel-Lösche, Richard Semon und Johannes Walther zu hören. Letzterer wirkte besonders auf Passarges Afrikastudien ein. In den Jahren 1888 bis 1892 studierte er, ebenfalls in Jena, Medizin. 1892 bestand er das medizinische Staatsexamen, genügte danach seiner Militärpflicht und wurde 1893 als Unterarzt entlassen.

Als Geograf, Geologe und Mediziner erregte er die Aufmerksamkeit des Deutschen Kamerun-Komitees. Man fragte an, ob er an einer Expedition in das Hinterland von Kamerun teilnehmen wolle. Nach dieser Kamerun-Bereisung, die in jeder Hinsicht positiv verlief, arbeitete Passarge als Volontärarzt im Krankenhaus



Vor 150 Jahren geboren: Siegfried Passarge Bild: *PAZ*-Archiv

Berlin-Friedrichshain. Im Jahre 1895 machten ihm englische Kreise das Angebot, das bis dahin recht unbekannte Ngamiland geologisch zu untersuchen, auch Gold- und Diamantenvorkommen zu prüfen. Er nahm das Anerbieten an, besichtigte die Gold- und Diamantenfelder bei Kimberley und Johannesburg, durchforschte über zwei Jahre hin die nördliche Kalahari, erkrankte auch an Typhus und Malaria und stellte fest, dass in dem Untersuchungsgebiet mit Gold- und Diamantenfunden nicht zu rechnen sei. Umso bedeutender waren die wissenschaftlichen Ergebnisse bei der Lösung zahlreicher Probleme. Er erkannte unter vielem anderen die Tiere als morphologisch wirkende Kräfte. So führte er die ein bis zwei Zentimeter dicke Sandhaut auf den grauen Kalaharisanden auf die den Boden durchwühlende Tätigkeit der Ameisen und Termiten zurück.

Gleichzeitig gewann er Einblick in die Kolonialmethoden und in die Entwicklung der Kolonien durch die europäischen Mächte. Ein Vortrag in Koblenz 1900 führte zu einem Skandal. Er deckte zweifelhafte Machenschaften von Unternehmungen auf, die durch Börsen- und Landspekulationen Wege der Ausbeutung beschreiten wollten, aber nicht die Entwicklung der Kolonien förderten.

Im Sommer 1903 habilitierte sich Siegfried Passarge mit der Kalahari-Arbeit bei Richthofen in Berlin. Bereits im Jahre 1905 wurde er Nachfolger des bedeutenden schlesischen Geografen Joseph Partsch auf dem Lehrstuhl für Geografie an der Breslauer Universität und 1908 ging er von Breslau an das Kolonialinstitut in Hamburg. Hier lehrte und forschte er bis 1936. Im Ersten Weltkrieg war er als Geologe und Arzt in Flandern tätig.

Die Ergebnisse seiner landschaftskundlichen Betrachtungen finden sich in zahlreichen umfangreichen Werken. Bis zu seinem Tode ist er rastlos tätig gewesen. Er starb am 26. Juni 1958 in Bremen. *PAZ*

Pendant zu Allerseelen

Im tiefen Herbst mit seinem nasskalten Wetter und den schon recht kurzen Tagen liegt – bevor es mit dem ersten Advent und der Vorfreude auf Weihnachten mental wieder aufwärts geht – der neben dem Volkstrauertag wohl traurigste Tag des Jahres: der Totensonntag. Während der dem Totensonntag vorgeschaltete und im Gegensatz zu diesem anfänglich exklusiv der Kriegstoten gewidmete Volkstrauertag ein Kind des 20. Jahrhundert ist, wurde am letzten Sonntag des Kirchenjahres bereits im 19. Jahrhundert der Toten gedacht. 200 Jahre ist es jetzt her, dass der preußische König Friedrich Wilhelm III. durch Kabinettsorder vom 24. April und Verordnung vom 25. November 1816 den letzten Sonntag des Kirchenjahres für die evangelische Kirche in den preußischen Gebieten zum „allgemeinen Kirchenfest zur Erinnerung an die Verstorbenen“ bestimmte.

Damit hatten die Protestanten nun ein Pendant zum Allerseelentag der Katholiken, und andere evangelische Landeskirchen übernahmen denn auch den Totensonntag von Preußen. Was den Zeitpunkt der Entscheidung Friedrich Wilhelms III. angeht, liegt die Vermutung nahe, dass mit dem Totensonntag auf die Befreiungskriege reagiert wurde wie gut ein Jahrhundert später mit dem Volkstrauertag auf den Ersten Weltkrieg. *M.R.*

Vom Übel erlöst

Zu: Merkels Verachtung (Nr. 43)

Da drängt sich in Württemberg die Erinnerung an eine um 1720 einschlägig foppige, staatsleitende Dame aus dem heutigen Mecklenburg-Vorpommern auf. Um 1700 befahl „das Mensch“, wie die für ihr Benehmen berüchtigte Gräfin Wilhelmine von Grävenitz von den Untertanen genannt wurde, sie kirchenseits ins Gebet aufzunehmen. Prälat Osiander versicherte ihr, das geschehe bereits jeden Sonntag in der siebten Bitte des Vaterunsers („und erlöse uns von dem Übel“). Die Gräfin ging in Berlin in die Ewigkeit ein.

Hans G. Lindenmeyer, Remshalden

Kaiserliche Zufriedenheit über Wever

Zu: Preußen trifft Byzanz (Nr. 44)

Zu dem interessanten Artikel über die Kirchbauten Friedrich Wilhelms IV. von Sacrow und Potsdam möchte ich ein kleines persönliches Anliegen beitragen: Mein Großvater Friedrich Wilhelm Fritz Wever ist Königlich preußischer Regierungs- und Baurat gewesen, wirkte lange Jahre in Berlin, Göttingen, Potsdam, Düsseldorf.

Sein Name war vielleicht nicht so erhaben wie die Namen von Stüber, Perseus oder Rauch. Doch beauftragte der Kaiser und König von Preußen Wilhelm II. den Baumeister Wever, ein königliches Jagd-Domizil am Sacrower See bei Potsdam zu schaffen. Der Kaiser unterschrieb Wevers Planungsentwürfe mit „Sehr gut, Wilhelm II.“. Dieses damals sogenannte „Piqueurgehöft“ wurde 1905 fertiggestellt. Heute heißt das Anwesen „Jägerhof“, das nach der politischen Wende renoviert und in einen guten, gepflegten Zustand versetzt wurde, was neuere Fotos erweisen.

Ich bin in Bartenstein/Ostpreußen geboren, habe aber meinen Großvater weder gekannt noch je etwas über ihn erfahren. Erst sehr spät im Alter bin ich dazu gekommen, über dessen Lebenslauf zu recherchieren, um dann schließlich mit großer Freude seine Biografie zu schreiben.

Baumeister Wevers größte Projekte waren: Der Bau der Lazaruskirche im Osten Berlins, Ecke Romintener und Cadinerstraße. Der Bau begann 1905, war beendet 1907, „Dom des Ostens“ genannt, sowie die Christuskirche in Straach bei Wittenberg, diverse Universitätsbauten und der Umbau der Sternwarte in Göttingen sowie auch die noch heute bestehenden großen Parkanlagen in Düsseldorf.

Eberhard Wever, Hamburg

Flug vor Luftwaffe

Zu: Der weltweit erste Jagdflieger kam aus Preußen (Nr. 43)

Der Autor beschreibt die Jagdflieger-Laufbahn von Oswald Boelcke. Nun möchte ich darauf aufmerksam machen, dass es zu der Zeit noch keine Luftwaffe gab. Die Fliegerabteilungen gehörten zum Heer. Eine kaiserliche Armee hat es auch nie gegeben. Das deutsche Heer bestand aus der preußischen, der bayerischen, der württembergischen und sächsischen Armee. Im Kriegsfall lag die Leitung beim preußischen Generalstab.

Klaus Brinkmann, Herten-Westerholt

Undankbarer Gast

Zu: Per Luftbrücke zu uns (Nr. 44)

Das LKA hat kürzlich einen Tatverdächtigen im Berlin festgenommen. Er steht in Verdacht, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein. Der nach eigenen Angaben 27-jährige Syrer wurde in einer Wohnung in Berlin/Schöneberg gefasst und genießt unser Gastrecht, mit allem was dazu gehört, seit 2015.

Aber: „Keine Terroristen unter den Flüchtlingen“, so hat man uns vor zwölf Monaten vollmundig versprochen. Speziell die Syrer wurden als hochqualifizierte Facharbeiter und Akademiker mit den edelsten Absichten dargestellt. Der oben genannte Verdächtige ist im Strom der „Flüchtlinge“ hier eingedrungen, erhielt wie alle herzlich Willkommenen unser weltbekanntes Gastrecht mit allem, was dazu gehört. Als Dank droht nun Gefahr. Wie lange soll das noch weitergehen?

Irgendwann wird es leider richtig knallen. Wir haben im Rahmen der Willkommenskultur ohne ordentliche Prüfung der Personalien Personen ins Land gelassen, die nicht nur unsere Kassen leeren, sondern auch die innere Sicherheit enorm gefährden. Es ist ein großes Armutszeugnis, dass keiner weiß, wer alles ins gelobte Land gekommen ist.

Was passiert, wenn dieser verblendete, verführte, sich in psychologischer Behandlung befindliche, ansonsten nie auffällig gewesene und nicht vorbestrafte „Flüchtling“ auch Suizid verübt – zum Leidwesen besorgter Politiker und Gutmenschen?

Die Verantwortlichen in unserem Land ziehen ihre Politik gnadenlos durch mit den Worten: „Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind uns willkommen, sie sind eine Bereicherung für uns alle“. Diesbezüglich muss man an die jungen Zuwanderer aus den Maghreb-Staaten und auch an die sogenannten Großfamilien denken, die sich doch so „freundlich“ benehmen und unser Gastrecht völlig missbrauchen.

Der Herr aus Syrien ist als hoch gefährlich eingestuft. Ganz sicher ist dies nicht der letzte hoch gefährliche „Schutzsuchende“, der uns so schamlos mit seiner Gefährlichkeit ausnutzt. Es grenzt an ein Wunder, dass noch nichts Schlimmeres in Deutschland passiert ist.

Johann Eggers, Jützbüttel

Bernstein-Brei

Zu: Gescheiterter Rettungsversuch (Nr. 41) und zum Leserbrief: Bernstein ist gutes Brennmaterial (Nr. 44)

Immer wenn ich die *PAZ* lese, fällt mir ein Leserbrief ein, der vor 25 bis 30 Jahren im *Ostpreußenblatt* gedruckt wurde. Damals las ich ebenfalls über den Verbleib des Bernsteinzimmers.

Vor der Bombardierung des Schlosses lag das Bernsteinzimmer in Teilen in einem Keller des Grundstücks. Betreut wurde alles von meinem Vater. Die Verfasserin des Leserbriefs war die Tochter des Verwalters und arbeitete als Stenotypistin im gleichen Büro. Nachdem das Schloss in Trümmern lag, gingen beide in den Keller und sahen, dass aller Bernstein geschmolzen und zu einer breiigen Masse geworden war.

Ich habe bisher diese Version als die richtige angesehen. Denn schließlich müssen beide Königsberger die einzigen Augenzeugen gewesen sein.

Elisabeth Krahn, Celle



Agent Provocateur zur See: Der US-Zerstörer „Maddox“ ließ sich beim Tonkin-Zwischenfall von kleinen nordvietnamesischen Torpedobooten provozieren, damit die USA einen Grund hatten, militärisch in den Vietnamkrieg einzugreifen Bild: CF

Die Lügenmanöver der USA haben eine Vergangenheit

Zu: Der vergessene Krieg (Nr. 43)

Die Vermutung, dass beim Jemen-Krieg kürzlich im Golf von Oman überhaupt keine Raketen auf den US-amerikanischen Zerstörer „USS Mason“ abgefeuert wurden – wie von den US-Militärs behauptet –, ist nicht ganz unberechtigt. Eine vergleichbare Situation gab es schon einmal während des Vietnam-Kriegs 1964. Damals kämpfte Nordvietnam gegen Südvietnam, letzteres unterstützt durch die USA.

Die USA hatten eine völkerrechtswidrige Seeblockade gegen Nordvietnam errichtet. Als die Nordvietnamesen die Anwesenheit des US-Zerstörers „Maddox“ im Golf von Tonkin feststellten, entsandten sie am 2. August 1964 drei Schnellboote. Als sich die Schnellboote dem Schiff auf weniger als sechs Seemeilen genähert hatten, eröffnete die „Maddox“ das Feuer. Ein Schnellboot wurde getroffen. Es gab vier Tote. Die Boote feuerten daraufhin Torpedos, die fehlgingen. Um weiteren Vorfällen aus dem Weg zu gehen, verließ der Zerstörer das Seegebiet, erhielt aber den Befehl, in den Golf zurückzukehren.

Am 4. August 1964 meldete der US-Verteidigungsminister McNamara Präsident Johnson, die „Maddox“ sei erneut mit Torpedos angegriffen worden. Diesen Vorfall nahmen die USA zum Anlass, mit Bombenangriffen auf Nordvietnam direkt in den Krieg einzugreifen. In einer Sitzung vor dem UN-Sicherheitsrat am 5. August 1964 rechtfertigten die USA ihre Entscheidung mit der Erklärung, sie seien von Nordvietnam angegriffen worden und hätten damit ein Recht auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta. Doch diesen Angriff hat es nie gegeben. Das belegen mehr als 140 Dokumente zum Tonkin-Zwischenfall, die von der NSA 2005 freigegeben wurden.

Diese beiden Fälle zeigen, dass das Vorgehen der USA Methode hat. Wer sich umfassend informieren möchte, dem sei das jetzt erschienene Buch von Daniele Ganser „Illegale Kriege – Wie die Nato-Länder die Uno sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien“ empfohlen.

Rolf Bürgel, Darmstadt

Das Land befindet sich in einem Zustand der politischen Starre und Hilflosigkeit

Zu: Stillstand, Abwanderung Mittelmaß (Nr. 39)

Wieder gab es eine unqualifizierte Aussage gegen die Deutschen in den neuen Bundesländern. Das Aufbegehren der Bürger ist ein Hilfeschrei an die Politik, welche unwillig und unfähig ist, endlich einmal hart durchzugreifen gegenüber kriminellen Asylanten. Die Mitbürger in den neuen Bundesländern sind nicht daran schuld, wenn Aufträge aus aller Welt für die deutsche Industrie einbrechen. Diesen Popanz der Ausländerfeindlichkeit versucht man aktuell unter der Bevölkerung zu verbreiten.

Wann endlich werden Vertreter der Politik und Wirtschaft begreifen, dass alles Übel begonnen hat mit der katastrophalen Asylpolitik der derzeitigen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Warum alles aus dem Ruder läuft in Deutschland, hängt auch mit dem Zukunftsprogramm der neuen Weltordnung – der Agenda 2021 und Agenda 2013 zusammen. Hier handelt es sich nicht um eine sogenannte Verschwörungstheorie, sondern um das politisch korrekte Zukunftsprogramm der Welt.

Die Welt soll nach diesem Ansinnen in einen einzigen grenzenlosen Markt umgewandelt werden, wo alle Kulturen, Religionen, Sprachen, Sitten und Gebräuche gleichgeschaltet werden sollen. Um diesen hirnrissigen Zustand zu erreichen, werden die Bürger – vor allem der westlichen Welt – mit neuen Systemen konfrontiert, welche eine fortschreitende und totale Veränderung des Lebensstils zur Folge haben werden.

Hilfeschrei der Bürger wird nicht erhört

Die Sprache der neuen Obrigkeit ist unüberhörbar, Nationen, Regierungen oder Grenzen sind unwichtig. Man will eine Art Gleichschaltung aller Länder der Erde erreichen. Pro Jahr sollen in Europa 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufgenommen werden. Mit diesem Ansinnen ist niemandem erlaubt, weder Regierungen noch Institutionen, die Flüchtlingsströme zu behindern. Landesgrenzen sollen verschwinden, nationale Werte und Gebräuche sowie traditionelle Religionen sollen abgeschafft werden. Zu diesem globalen Irrsinn sind die Geburtshelfer dieses Vorhabens der überzeugten Meinung, nur die USA seien dazu berufen, der Welt globale Spielregeln auch für die neue Weltwirtschaftsordnung vorzulegen oder – krasser ausgedrückt – zu diktieren. Die derzeit ausufernde Asylpolitik von Kanzlerin Merkel ist geradezu ein Paradebeispiel für dieses Zukunftskonzept, was man nur als Vernichtung aller Nationen der Welt bezeichnen kann.

Die aktuelle Asylschwemme ist ein Milliardengeschäft für die Sozialverbände, Betreuer, Dolmetscher, Miet-Haie und Pharmakonzerne. Dabei erfährt man, dass ein Asylbewerber den Steuerzahler rund 3500 Euro pro Monat kostet. Bei fast einer Million Asylbewerbern allein im Jahr 2015 sind das monatlich 3,5 Milliarden Euro und somit pro Jahr 42 Milliarden Euro. Im Gegenzug soll das Kindergeld um zwei Euro monatlich erhöht werden.

Der Höhepunkt der „Geldverschwendung“ an Hartz-IV-Empfänger soll eine Erhöhung von fünf Euro pro Monat sein. Wenn man sich hier die Relation vor Augen führt, fragt man sich, ob die dafür Verantwortlichen in der Politik noch klar bei Verstand sein können. Man gewinnt den Eindruck, unsere Volksvertreter leben in einem anderen Universum und haben jegliches Maß an Gerechtigkeit und sozialer Verantwortung abgelegt – und dies zugunsten der Asylsuchenden und Zuwanderer.

Vor diesem Hintergrund wundert man sich in der Politik über das Erstarken von Pegida und der AfD. Derartige Blauäugigkeit seitens der Politik grenzt ja schon an krankhafte Realitätsstörung. Politisches Desinteresse und Unwissenheit der Bevölkerung wird von der Politik ausgenutzt, und entsprechend sind auch die vernichtenden politischen Entscheidungen gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Realitätsstörung der Politiker

Fazit: Der Ausspruch eines US-Präsidenten stimmt, der einst sagte, dass der Hergang in der Politik nicht ein rein zufälliger, sondern ein Resultat bestimmter Menschen sei. Wo diese Gruppen von Menschen sitzen, dürfte ja jedem bekannt sein. In diesem Zusammenhang passt die Äußerung des US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski, welcher sagte: „Deutschland ist ein amerikanisches Protektorat und ein tributpflichtiger Vasallenstaat.“

Die aktuelle Gouverneurin dieses Vasallenstaates ist Bundeskanzlerin Merkel. Im Internet kann jeder lesen, dass fast täglich deutsche Frauen von Asylanten und Zuwanderern auf brutale Art und Weise vergewaltigt werden. Diese Tatsachen werden unter den Tisch gekehrt und gezielt verharmlost. Sogar eine 90-jährige Seniorin sowie Kleinkinder in Salzburg und München wurden von arabischen Flüchtlingen vergewaltigt. Dies ist nur ein Auszug von übelsten Vergewaltigungen großen Ausmaßes.

Aber, die Politik schaut bislang nur zu und befindet sich in einer Art Starre der Hilflosigkeit. Bürger, welche auf das politische Chaos hinweisen, werden diffamiert und beleidigt. Wenn in punkto Recht und Ordnung in diesem Land nicht sofort energisch durchgegriffen wird, sehe ich Deutschland am Abgrund und Niedergang.

Wolfgang Rohde, Sigmaringen

Keine gute Instanz

Zu: Deutschland: Das Schlachtfeld Europas (43)

Eva Herman lobt die Ausführungen von Václav Klaus zu den Maßnahmen der EU und besonders zu der unkontrollierten Einwanderung unzähliger Fremder. Wenn man auch diese Kritik ohne Vorbehalt bejahen kann, sollte man doch niemals vergessen, dass Klaus sich ohne Wenn und Aber zu den völkerrechtswidrigen Benesch-Dekreten bekannt hat. Er ist deshalb als moralische Instanz besonders für Deutsche und für Vertriebene nicht geeignet.

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt am Main

Leserbriefe bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 18. November 2016

Nachwuchs für den Volkstanz

Mit mehr Schwung in Masuren – LO veranstaltete zum fünften Mal eine Tanzwerkstatt im südostpreußischen Heilsberg

Zum fünften Mal organisierte Edyta Gładkowska, die Vertreterin der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, eine Tanzwerkstatt für Kinder und Jugendliche der Deutschen Minderheit imn südlichen Ostpreußen. Vom 4. bis 6. November war das Hotel Górecki in Heilsberg Zentrum der ostpreußischen Volkstänze.

Zur fünften Volkstanzwerkstatt der Landsmannschaft Ostpreußen waren insgesamt 50 Kinder und Jugendliche mit ihren Betreuern gekommen. „Wir haben die erste integrative Einheit am Freitagabend genutzt, um die Tänzerinnen und Tänzer in zwei Altersgruppen zu teilen. Dadurch war ein gezielteres Arbeiten möglich“, erklärt Edyta Gładkowska. Die älteren Teilnehmer trainierten mit Bartosz Andrulewicz, dem Choreographen der Volkstanzgruppe „Perla Warmii“ (Perle des Ermlands) aus Heilsberg, im unteren Saal des Hotels Górecki, die jüngeren im oberen mit Paweł Sadowski von derselben Gruppe, der bereits vor einem Jahr eine Gruppe geleitet hatte. Während bei den Jüngeren Tanzspiele sowie Wissen zu und erste Erfahrungen mit ermländischen Volkstänzen auf dem Programm standen, arbeiteten die Älteren mit Akkordeonbegleitung zu masurischen Weisen. „Die Tänze aus Masuren sind grundsätzlich ähnlich wie die ermländischen, denn sie sind eine Familie, aber sie sind anstrengender, weil die Schritte mehr gesprungen werden, es ist mehr Schwung dabei“, erklärt Bartosz Andrulewicz, „vielleicht haben die wohlhabenden Ermländer die Tänze aber auch nur gesetzter interpretiert als die etwas ärmeren Masuren“. Dieser Unterschied habe sich auch auf die Tanzkapellen ausgewirkt, so der Choreograph, eine „große“ Instrumentierung wie im Ermland war in Masuren seltener anzutreffen und die Musiker waren eher Amateure. Dieses Hintergrundwissen wurde den jungen Menschen ebenso mitgegeben wie typische Schrittfolgen, bekannte Tänze und Erläuterungen zu den regionalen Trachten.



Sie fanden viel Spaß an den Tanzfolgen: Teilnehmer der fünften Tanzwerkstatt Bild: E.G.

Zwei Grundlagen waren wichtig bei der Werkstatt: Disziplin während der Trainingszeit, um die Zeit intensiv zu nutzen, und Freude am Tanzen. Disziplin waren die meisten der Teilnehmer aus dem Training bei der Gruppe „Saga“, der Gesellschaft der Deutschen Minderheit in Bartenstein, und der Gruppe „Mała Warmia“ (Kleines Ermland) bei der Schule in Groß Lemkendorf [Lamkowo] gewohnt, und die Freude brachten sie alle mit, von den Jüngsten, Siebenjährigen, bis zum Studenten. Selbst in den Pausen fanden sie noch Energie für Wiederholungen. Denn sie wollten so viele Impulse wie möglich aus diesen Übungen mit anderen Trainern in ihren tänzerischen Alltag mitnehmen und dort umsetzen. „Es ist positiv für uns, wenn die Teilnehmer so eifrig dabei sind“, sagt Paweł Sadowski, „das erleichtert die Arbeit. Wir müssen sie nur beim Thema halten.“

Die Betreuer der Gruppen freuen sich gerade über die jüngeren Teilnehmer. „Es ist schön, dass diese Kinder hier sind – darunter viele Jungen. Wenn wir ihnen hier Spaß bieten, haben wir wieder guten Nachwuchs“, sagt Danuta Niewegłowska, die Leiterin von „Saga“. Ihre Tochter Dorota Cieklinska, die die Gruppe trainiert, ergänzt: „Dann brauchen wir aber einige neue Westen für die Jungen. Die alten sind ihnen zu groß.“ Über die Kontakte der Bartensteiner Handarbeitsgruppe bei der Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen ist dank Helga Ständecke bereits der Stoff dafür vor Ort, es fehlt nur noch das Geld für das Nähen – laut Dorota Cieklinska umgerechnet etwa 25 Euro pro Stück.

Die Werkstatt war dagegen für die Teilnehmer bis auf die in Eigenregie zu organisierende Anfahrt nach Heilsberg kostenfrei. Die finanziellen Mittel dafür hatte die Landsmannschaft Ostpreußen zur Verfügung gestellt.

Uwe Hahnkamp

Treuespende für Ostpreußen

Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser
der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und des *Ostpreußenblattes*,

was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir überwiegend mit Hilfe Ihrer Spenden. Wie in den Jahren zuvor folgten Sie im vergangenen Jahr zahlreich dem Treuespendeaufruf und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer vielschichtigen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen.
Bitte unterstützen Sie auch 2016 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen.
Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Der satzungsgemäße Auftrag zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft Ostpreußen mit Hilfe der Treuespende durchgeführt hat, mit Leben erfüllt.

Die kulturelle Breitenarbeit der Landsmannschaft Ostpreußen war seit Jahrzehnten aufs Engste mit dem Ostheim in Bad Pyrmont verbunden. Zum 31.12.2015 musste der Betrieb des Hauses eingestellt werden. Gleichwohl ist es dank der Treuespende gelungen, die vielfältigen Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen ohne Abstriche fortzuführen. Dies belegt die Liste der Veranstaltungen, die in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt und an anderen Orten durchgeführt wurden. Beispielhaft seien das Seminar „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostpreußen und ihre Aufnahme im Westen“ (15.–17. April), das Ostpreußische Musikwochenende (13.–16. Mai), das historische Seminar „Stationen der ostpreußischen Geschichte“ (2.–4. September), die Werkwoche „Textile Volkskunst in Ostpreußen“ (10.–16. Oktober), das „Deutsch-Russische Forum“ (21.–23. Oktober) oder das kulturhistorische Seminar „Deutschland und seine Nachbarn“ (11.–14. November) genannt. Diese thematisch unterschiedlich ausgerichteten Veranstaltungen haben eines gemeinsam: Sie tragen dazu bei, das Wissen um Ostpreußen auch nachwachsenden Generationen näher zu bringen. Nur so können wir verhindern, dass Ostpreußen eines Tages zu einem weißen Fleck auf der Landkarte wird. Schon heute ist bei unwissenden oder bisweilen böswilligen Zeitgenossen die Meinung zu hören, als hätten die Gebiete östlich von Oder und Neiße nur wenige Jahre während des Zweiten Weltkrieges zu Deutschland gehört. Dieser Geschichtsklitterung gilt es entschlossen entgegenzutreten.

Am 18. Juni fand das Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein statt. Die Chöre und Tanzgruppen der deutschen Vereine lockten über 1000 Besucher auf das Gelände des Amphitheaters zu Füßen der Allensteiner Burg, darunter auch zahlreiche Touristen und polnische Gäste, die häufig erstmals von der Existenz einer lebendigen deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen erfuhren. Hervorzuheben ist, dass zahlreiche Jugendgruppen das Programm des Sommerfestes bereicherten, darunter unter anderem zwei Tanzgruppen im Alter zwischen fünf und zehn Jahren.

Bereits zum vierten Mal traf sich vom 24. bis 26. Juni in Sensburg die Jugend der deutschen Volksgruppe zur ostpreußischen Sommerolympiade. An der von Edyta Gładkowska, Leiterin des Verbindungsbüros der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, organisierten Veranstaltung nahmen rund 90 Jugendliche aus den deutschen Vereinen in Allenstein, Bartenstein, Braunsberg, Heilsberg, Landsberg, Ortelsburg, Osterode, Rastenburg und Sensburg teil. Die Veranstaltung wurde von der Landsmannschaft Ostpreußen und dem polnischen Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung finanziell unterstützt. Zweifelsohne ein Beleg, dass die Landsmannschaft im südlichen Ostpreußen ein akzeptierter Partner ist. Auch dank der finanziellen Hilfe der Treuespende sind wir im Normalisierungsprozess mit unseren östlichen Nachbarn ein gutes Stück vorangekommen, und zwar nicht trotz der Vertriebenen, sondern wegen der Vertriebenen.

Königsberg

Ostpreußen
helfen
Ostpreußen

Mit dem Ableben der Erlebnisgeneration schwindet auch das Wissen um Ostpreußen. Viele Menschen sind über den herausragenden Beitrag des Landes für die deutsche und europäische Geschichte nur unzureichend oder gar nicht informiert. Aus diesem Grund unterstützt die Treuespende Einrichtungen wie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg oder das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, die mit ihren Projekten und Ausstellungen auch Menschen außerhalb des Vertriebenenbereiches ansprechen.
Das von der Landsmannschaft Ostpreußen betriebene Bildarchiv Ostpreußen wächst stetig weiter und nähert sich der 100 000-Grenze. Rund 14 000 Bilder sind in den letzten zwölf Monaten hinzugekommen. Aktuell stehen 93 000 Bilder den Nutzern zur Verfügung. Damit handelt es sich um das weltweit größte frei zugängliche Bildarchiv für Ostpreußen. Dies belegt auch die Zahl der jährlichen Zugriffe, die sich auf 550 000 (Vorjahreswert 445 000) gesteigert hat.

Zentrale Veranstaltung im Jahr 2017 ist das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen am 13. Mai in Neuss. Die Besucher erwartet ein abwechslungsreiches und interessantes Programm mit einem Querschnitt durch das ostpreußische Kulturschaffen.

So unterschiedlich die mit Hilfe der Treuespende durchgeführten Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen auch sind, eines haben Sie gemeinsam: Sie tragen dazu bei, das Wissen um Ostpreußen in der Öffentlichkeit wachzuhalten.

Um dies alles fortführen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe und Ihre Spende – aus Treue zu Ostpreußen!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den
beiliegenden Zahlungsvordruck
oder geben Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.
Das Spendenkonto bei der HSH Nordbank lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Konto-Nr.: 113 647 000 – BLZ 210 500 00
IBAN: DE16 2105 0000 0113 6470 00 – BIC: HSHNDEHH

Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

dass unsere Familie ein Netzwerk besonderer Art ist, bekommen wir immer wieder zu spüren. Und so schalte ich noch einmal auf **Bernd Brandes** zurück, über dessen Hilfsaktion für die noch heute in Litauen lebenden ehemaligen Wolfskinder wir in der letzten Folge berichteten, denn sein Brief enthält noch diesen Nachsatz: „Übrigens haben wir intensiv das Memelland durchfahren und einige alte deutsche Friedhöfe aufgesucht, auch die Backsteinkirche in Plaschken. Darüber habe ich dem aufmerksamen *PAZ*-Leser **Bernd Dauskardt** ausführlich berichtet." So erhält Herr Dauskardt für seine unermüdlichen Nachforschungen auch von Leserseite Dank und Anerkennung, nicht nur *von* uns – aber *für* uns hat er wieder einen kleinen Bericht geschrieben, der zu diesen stillen Novembertagen passt, die dem Gedenken an die Toten gewidmet sind. Und diesmal lässt er nicht nur Steine und Kreuze sprechen, sondern auch Menschen, die diese pflegen, und es sind Landsleute, wie wir seinem Brief entnehmen:

„Ich habe hier im Memelland bis etwa 50 Friedhöfe aufgesucht, die zum Teil erhalten und sogar gut gepflegt sind. Gräber und Steinkreuze, die aus der Zeit vor über 100 Jahren stammen, sind keine Seltenheit. Auf der letzten Reise haben mich zwei Landsleute begleitet: **Erika Rademacher** und **Irmgard Gerullis**. Sie kommen aus den Kirchspielen Kinten und Plaschken. Beide hoch betagt verkörpern sie das alte Ostpreußen. Erika Rademacher stammt aus einer alten Salzburger Familie. Sie betreuen jeweils die alten deutschen Friedhöfe in ihren Kirchspielen. Niemand der heute in Deutschland lebenden Nachfahren hat sich bisher dafür erkenntlich gezeigt, die beiden Frauen machen es für einen Gotteslohn. Gemeinsam besuchten wir auch den Friedhof in Schwenzeln bei Kinten und finden in dieser wunderbar gepflegten Ruhestätte ein einziges Blumenmeer vor."



Zwei Memelländerinnen pflegen die Gräber auf dem alten deutschen Friedhof in Schwenzeln

Bild: privat

Man sieht es an der von Bernd Dauskardt gemachten Aufnahme einer mit weißer Calla geschmückten Grabstätte, einem Mädchengrab, wie die Inschrift beweist: „Hier ruht in Gott unsere liebe Tochter **Martha Schmellnus**, *23.7.1900. †11.10.1917." Fast 100 Jahre alt ist dieses gepflegte Grab, aber die weiße Steinplatte darunter weist auf ein weiteres, noch viel älteres Frauengrab hin, dessen Jahreszahlen nicht mehr zu entziffern sind, dafür der Name: **Greta Rosa Urban**. Der helle Stein glänzt, so sorgsam wurde er gereinigt, man könnte glauben, er sei erst vor Kurzem gesetzt worden. Dieser Bildbericht von Bernd Dauskardt beweist wieder einmal, dass die Vergangenheit noch immer abrufbar ist, wenn es Menschen gibt, die sie vor dem Vergessen bewahren werden.

Vielleicht vermag das auch ein Brief, der zwar nicht vor 100 Jahren geschrieben wurde, aber immerhin über 70 Jahre alt ist, wie der Poststempel vom 17. Oktober 1941 beweist. Ein Feldpostbrief, während des Krieges von einem Unteroffizier der deutschen Wehrmacht verfasst, der sich allerdings zu jener Zeit nicht an der Front, sondern auf einer Aufbauschule in Gotha befand. Gefunden wurde er jetzt in der Republik Polen, als Kopie zugesandt bekam ihn Frau **Brigitte Freiwald** in Gelting, die diesen nun uns überlässt, um vielleicht die ehemalige Empfängerin oder den Schreiber des Briefes zu finden. Warum sie uns die Sache übergibt, erklärt sie in ihrem beiliegenden Schreiben:

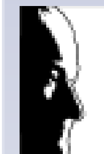
„Bereits seit einem halben Jahr besitze ich diesen Brief als Kopie und ein Foto, beides wurde mir aus Polen zugeschickt. Ich wusste lange noch nicht, ob ich es Ihnen überhaupt schicken sollte. Brief und Foto wurden dort beim Umzug gefunden. Leider kann ich die alte Schrift nicht lesen, ich weiß auch nicht, ob das Foto dazu gehört. Einfach liegen lassen oder wegwerfen möchte man es nicht. Aber wo jetzt wieder die Zeit der Trauer von vielen Menschen ist, dachte ich mir, ich schicke es einfach an die Ostpreußische Familie und mache vielleicht damit doch noch jemandem eine Freude, wenn sich Angehörige finden sollten. Es ist ja schon sehr viel Zeit vergangen, es gibt immer weniger Zeitzeugen, aber das ‚vielleicht doch' gilt auch heute und stärkt die Hoffnung. Habe das ‚Wunder' und das Bemühen vieler lieber Leserinnen und Leser auch erfahren."

Vor allem hat dieses Bemühen Frau Freiwald geholfen, sich mit der Ungewissheit über das Schicksal ihres seit 1944 verschollenen Vaters **Paul Eichmann** abzufinden, denn hier konnten unsere Leserinnen und Leser ihr nicht helfen. „Zaubern kann auch die Ostpreußische Familie nicht", resümiert Brigitte Freiwald und beendet ihr Schreiben mit einem bemerkenswerten Satz: „Was bleibt, dieser ganz dünne Faden, der ist so stark, zerreißt einfach nicht!" Wie viel Wahrheit liegt in diesen Worten, die auch für unsere nun bald vier Jahrzehnte dauernde Familienarbeit stehen könnten, denn der Faden, der unser Netzwerk zusammenhält, ist zwar dünner geworden, aber reißfest geblieben.

Nun aber zu dem Brief, der Frau Freiwald als Kopie übermittelt wurde. Aus Polen, wie sie schreibt, aber sie nennt oder kennt keine Absenderadresse. Da das beiliegende Foto eines Wehrmachtsangehörigen 1943 in Posen aufgenommen wurde, ist anzunehmen, dass der Brief auch dort in einem alten Haus gefunden wurde. Das ist aber auch die einzige erkennbare Verbindung zum deutschen Osten, denn der Brief wurde von dem Unteroffizier **Hans Frenzel** geschrieben, der sich zu jener Zeit in der Aufbauschule des Reservelazaretts Gotha befand. Adressiert ist er an Fräulein **Inge Handke** (**Hanske**?) in Münster i/W. Zürsbergerweg 23. Ob die Namen richtig wiedergegeben sind, kann ich nicht feststellen. Zwar sind Umschlag und Briefinhalt gut erhalten, aber die Schrift des Absenders ist in der mir vorliegenden „Kopie von der Kopie" nur schwer lesbar. Das liegt nicht daran, dass der Brief in deutscher Schrift verfasst ist – die beherrsche ich selber noch einwandfrei –, sondern an der flüchtigen Schreibweise des Absenders, die sich vor allem in der fehlenden Interpunktion bemerkbar macht. Was schon beim ersten Durchlesen ersichtlich ist: Es handelt sich um einen Brief, der eine liebevolle Verbindung des Absenders zu der Empfängerin erkennen lässt, der aber auch Rätsel aufgibt. So gebraucht der Schreiber zärtliche Kosenamen, redet sie aber auch mit „liebe Mutti" an, nennt sich selber „Dein Dich liebender Papi". Die Frau aus Münster muss den Unteroffizier in Gotha besucht haben, denn er weist gleich zu Beginn seines Briefes darauf hin:

„Nun bist Du kaum von hier weg, da machst Du mir schon wieder so viel Freude. So danke ich Dir recht innig für Deinen lieben Brief, den ich heute Mittag erhielt. Ich habe mich ja so gefreut. Vor allem bin ich jetzt wieder ganz ruhig, weiß ich doch, dass du ganz gesund zu Hause angekommen bist. Wie schwer wird es für Dich bei Deiner Ankunft in Münster gewesen sein."

Aber der Schreiber macht der Empfängerin Mut mit der Vorfreude auf den nächsten Urlaub und denkt auch schon an eine gemeinsame Zukunft in Friedenszeiten: „Einmal hört ja auch dieser Krieg auf ..." Er dauerte dann noch dreieinhalb Jahre, eine damals kaum vorstellbare Zeitspanne. Das macht einen besonders nachdenklich, wenn man den Brief aus der Hand legt und sich fragt, was wohl aus dieser Glück verheißenden Verbindung geworden ist. Aber wir wollen nicht zu sehr in die Intimsphäre der hier namentlich Genannten eingreifen, auch wenn inzwischen fast ein Dreivierteljahrhundert vergangen ist. Es würde zu viel Persönliches preisgegeben, wenn wir die betreffenden Passsagen aus dem Feldpostbrief veröffentlichen. Die Hoffnung von Frau Freiwald ist, dass sich vielleicht noch jemand an die Namen erinnert und der Brief vielleicht wieder zu den Genannten oder deren Familien zurückfindet. Rätselhaft ist, wie er in das heute zur Republik Polen gehörende Gebiet gekommen ist, wo er jetzt gefunden wurde. Inge H. wohnte in Münster, die Heimatadresse von Hans Frenzel wird nirgends genannt, Gotha dürfte ja nur ein zeitweiliger Aufenthaltsort gewesen sein, der vermutlich seiner Genesung diente. Anhaltspunkte hierfür sind aber aus dem Brief nicht ersichtlich.



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Das ebenfalls von den polnischen Findern an Frau Freiwald übersandte Foto hat mit diesem Brief aber nichts zu tun. Es wurde erst sehr viel später im März 1943 aufgenommen und zeigt einen jungen Wehrmachtsangehörigen. Damit das Porträtfoto nicht in Verbindung zu dem Feldpostbrief gebracht werden kann, werden wir es erst in einer der nächsten Folgen veröffentlichen. (Brigitte Freiwald, Ostlandstraße 1 in 24395 Gelting, Telefon 04643/2464.)

Aber nicht alle Zuschriften, die uns in diesen grauen Novembertagen erreichten, enthalten Schicksalsfragen, sondern einige befassen sich auch mit leichterer Kost, und da – im wahrsten Sinne des Wortes – mit der „Blutgerichtsschnitte", einem mir unbekannten Königsberger Gericht, nach dem wir in Folge 44 gefragt hatten. Die Bezeichnung verführt dazu, sie mit dem berühmten Königsberger Weinlokal in Verbindung zu bringen, aber Zweifel waren doch angesagt – zu Recht, wie wir jetzt dieser Zuschrift unseres immer aufmerksamen Lesers **Peter Perry** aus Neustadt am Rübenberge entnehmen können:

„Die Blutgerichtsschnitte muss nichts mit unserem schönen Königsberger Traditionslokal in den Schlossgewölben zu tun haben. Das Preußische Wörterbuch führt im Band 1 ‚Blutgericht' als ein in Königsberg so bezeichnetes Gericht aus Roter Bete auf. Leider wird es nicht näher beschrieben, aber die Vokabel ist ein Zitat aus dem Vorgänger-Wörterbuch von **Walter Ziesemer**. Dieser Ausdruck war also offensichtlich schon länger bekannt. Wie man sich die ‚Schnitte' nun vorzustellen hat – als ein geschnitzeltes Stück Bete für einen Salat oder als eine Variante unseres beliebten Betenbartsch – darüber kann nun spekuliert werden, bis sich jemand meldet, der sich tatsächlich an die echte Blutgerichtsschnitte erinnert!"

Und darauf hoffen wir nun dank der Brücke, die Peter Perrey mit diesem Hinweis gebaut hat.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Die Rückkehr der Martinshörnchen

Das Martinsfest stellt in Posen mittlerweile die Feierlichkeiten zum polnischen Tag der Unabhängigkeit in den Schatten

Seit 125 Jahren werden in Posen zum Martinsfest Martinshörnchen gebacken. Die mit weißem Mohn gefüllten Lekkereien sind ein Symbol des Teilens. Der Legende nach hat sich die einem Hufeisen nachempfundene Backware der Posener Konditormeister Joseph Melzer im November 1891 einfallen lassen. Er habe sich durch eine Predigt zum St. Martinstag am 11. November inspirieren lassen. Wie der Tagespatron Bischof Martin von Tours habe er mit seinen Mitmenschen teilen wollen. Melzers Konzept, am Martinstag Martinshörnchen zu verteilen, hielt sich bis Kriegsende. Danach beendeten die kommunistischen Machthaber die deutsche Tradition nicht nur in Großpolen. Erst nach der politischen „Wende" grub die Kultureinrichtung Schloss-Kulturzentrum (Centrum Kultury Zamek) die Martinstradition wieder aus.

Seitdem wird in Posen das Martinsfest mit den dazugehörigen Martinshörnchen wieder groß gefeiert. Tausende Posener kommen zum Martinszug, an dessen Spitze Sankt Martin hoch zu Ross durch die Sankt-Martin-Straße (ul. Swiety Marcin) reitet. Allein dieses Jahr wurden am 11. November 600 Tonnen Martinshörnchen gebacken.

2009 wurde das Martinshörnchen mit dem EU-Zertifikat als geschütztes Warenzeichen registriert und zum Posener Wahrzeichen erhoben. Fast täglich wird über den Posener Martinstag nun in den Medien der Republik berichtet, allerdings gepriesen als „urpolnische Tradition". Den Berichterstattern fehlt dabei die Reflexion, dass das Martinsfest sich ausschließlich in ehemals preußischen Gebieten gehalten hat und da vornehmlich dort, wo – wie in Masuren oder Oberschlesien – Bevölkerungsteile verblieben waren, welche die Tradition nach der sogenannten Wende von 1989/90 wieder aufgreifen konnten. Vielleicht sollten die Warschauer Medienleute einmal das Posener Museum des Martinshörnchens im Zentrum der Stadt besuchen. Beim Hörnchenbacken klärt Ideengeber Szymon Walter, der stolz auf seine Bamberger Abstammung ist, über seine fränkischen Vorfahren und die preußische Vergangenheit der Stadt auf.



Seit 125 Jahren werden in Posen zum Martinsfest die mit weißem Mohn gefüllten Leckereien, die ein Symbol des Teilens sind, verteilt: Martinshörnchen

Bild: Radomil/CF

So sehr sich auch die Nationalkonservativen anstrengen, Sankt Martin stellt in Posen mittlerweile die Feierlichkeiten zum Tag der Unabhängigkeit in den Schatten. So stellten bei den Feierlichkeiten am 11. November auf dem Platz der Freiheit (Plac Wolnosci) das Militär und Offizielle den Hauptteil der Versammelten. „Der moderne Patriotismus sollte auf traditionellen Werten fußen, darunter auf christlichen Werten, die die stolze Geschichte Europas ausmachen", zitiert „Glos Wielkopolski" (Stimme Großpolens) den Woiwoden von Großpolen, Zbigniew Hoffmann. Dem Ruf der Tradition folgen die Posner gerne, denn sie feiern den Martinstag von Jahr zu Jahr prächtiger. *Chris W. Wagner*



ZUM 104. GEBURTSTAG

Busch, Olga, geb. **Pfeffer**, aus Lyck, am 23. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Buttkewitz, Kurt, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 18. November
Mett, Elsbeth, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 20. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Katzenski, Erna, geb. **Labusch**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. November
Thöne, Elfriede, geb. **Zibner**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 18. November
Völklein, Margarte, geb. **Gliemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 32, am 24. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Borchardt, Frieda, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gotz, Kurt, aus Ebenrode, am 18. November
Krämer, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. November
Littwin, Fritz, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 22. November
Schmitt, Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. November
Tuttas, Anna, geb. **Chmielewski**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 21. November
Viehöfer, Ursula, geb. **Leber**, aus Königsberg, Deutsch Ordensring 84, am 22. November
Wiechert, Hilda, geb. **Helwing**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 19. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Ehmke, Erna, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 20. November
Haak, Elly, geb. **Germuhl**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. November
Hardt, Waltraut, geb. **Willumeit-Schwark**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. November
Krüger, Gertrud, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 22. November
Tessen, Lilly, aus Adlersdorf, Kreis Treuburg, am 23. November
Thieme, Ilse, aus Wehlau, am 18. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Feige, Margarte, geb. **Groß**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 23. November
Kaiser, Elfriede, geb. **Pogorzelski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. November
Küttner, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 20. November
Lasogga, Ruth, aus Rastenburg, am 23. November
Roggon, Robert, aus Treuburg, am 21. November
Rossmannek, Fritz, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 24. November
Tausendfreund, Max-Manfred, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 19. November
Waschik, Willy, aus Richtwalde, Kreis Johannisburg, am 19. November
Weckwerth, Eva-Maria, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. November
Winterberg, Martha, geb. **Venohr**, aus Cojehnen, Kreis Samland, am 19. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Borgelt, Magdalene, geb. **Jannowitz**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 22. November
Eichel, Elfriede, aus Lyck, am 18. November
Ewert, Edith, geb. **Krüger**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 20. November
Falkenhaus, Gerhard, aus Lötzen, am 18. November
Galpin, Edith, geb. **Gurklies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 23. November
Heumann, Günther, aus Neidenburg, am 22. November
Hüttenbach, Dr. Horst, aus Waldkeim, Kreis Preußisch Eylau, am 23. November
Kumutat, Käte, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 21. November
Müller, Traute, geb. **Dommick**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November
Niesgodda, Ernst, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 18. November
Rogowski, Ernst, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 24. November

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

2016
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg.
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Neuss
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Roos, Elisabeth, geb. **Jäger**, aus Medenau, Kreis Samland, am 23. November
Schoen, Gerhard, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, am 20. November
Sokolowski, Edith, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Heidenreich, Margarete, aus Lyck, am 21. November
Kopania, Elfriede, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 21. November
Schmidt, Siegfried, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 18. November
Schumann, Anneliese, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 21. November
Seinwill, Fritz, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 21. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Begett, Alfred, aus Kirpehnen, Kreis Samland, am 21. November
Benger, Emil, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 23. November
Bierbass, Christa-Maria, geb. **Ellinger**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. November
Frambach, Margarete, geb. **Baumgardt**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 23. November
Fuchs, Dorothea, geb. **Beroleit**, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 22. November
Gornik, Edeltraud, geb. **Kaiser**, aus Wehlau, am 22. November
Gudat, Eva, geb. **Hennig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November
Juckel, Herbert, aus Ragnit, Kreis Tilsit, am 18. November
Kalinski, Elly, geb. **Rohmann**, Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. November
Kuzio, Elisabeth, geb. **Buyny**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 21. November
Ramminger, Hildegard, geb. **Chmielewski**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 20. November
Schmidt, Dr. Peter, aus Ortelsburg, am 23. November
Schmiedel, Erika Elise, geb. **Albrecht**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 22. November
Schneider, Herta, geb. **Kania**, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 21. November
Schneider, Erna, geb. **Jendreyzik**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 20. November
Vester, Waltraud, geb. **Annus**, aus Lykusen, Kreis Neidenburg, am 21. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Fehlau, Heinz F., aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 20. November
Fritzsche, Gertrud, geb. **Gulf**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 21. November
Fröhlich, Lotte, geb. **Mosdzien**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 19. November
Hantel, Gerd, aus Glandau, Kreis Preußisch Eylau, am 24. November
Jedamus, Edith, geb. **Kumler**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 22. November
Kupschies, Lieselotte, geb. **Lusch**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 21. November
Notter, Lucia Ursula, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 19. November
Rilka, Gertrud, geb. **Brosowski**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. November
Wagner, Bruno, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 23. November

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 19. November, 20.15 Uhr, N-TV: Die Wolfsschanze – Hitlers geheimes Hauptquartier.
Montag, 21. November, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 100 Jahren: Der österreichische Kaiser Franz Joseph I. gestorben.
Montag, 21. November, 20.15 Uhr, HR: Wunderschön! (76): Danzig und die polnische Ostsee.
Dienstag, 22. November, 20.15 Uhr, Tele 5: Die Nibelungen – Der Fluch des Drachen. Fernsehfilm., USA/D/I/GB 2004.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

ZUM 80. GEBURTSTAG

Draeger, Ruth, geb. **Sandig**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 21. November
Fey, Doris, geb. **Ruchatz**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 22. November
Gritzka, Winfried, aus Ebenrode, am 24. November
Grust, Hans Joachim, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 19. November
Hetterle, Ruth, geb. **Potschka**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 20. November
Lewerenz, Armin, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 7. November
Lokowandt, Erwin, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 24. November
Maseizik, Max, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 23. November
Nobars, Herbert, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 22. November
Puchert, Siegfried, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 24. November
Rehbein, Dietmar, aus Eibenau, am 20. November
Rückwardt, Hermine, geb. **Lasarzik**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 18. November
Scheffler-Löwenstein, Christa, geb. **Scheffler**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. November
Schenk, Gerhard, aus Wehlau, am 19. November
Schwarz, Inge, geb. **Froese**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 20. November
Stößel, Margret, geb. **Clausen**, aus Soldau und Kownatken, Kreis Neidenburg, am 23. November
Wanke, Winfried, aus Warnicken, Kreis Samland, am 20. November
Westphal, Siegfried, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 23. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Frohnert, Axel, aus Wehlau, am 18. November
Katzmann, Wolfgang, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 18. November
Kensy, Artur, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 20. November
Laser, Hans-Joachim, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. November
Orzessek, Edith, geb. **Gabelmann**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 19. November
Rothkamm, Dietrich, aus Freiort, Kreis Lötzen, am 23. November
Symann, Wolfgang, aus Treuburg, am 24. November
Truschewitzki, Irene, geb. **Brien**, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 20. November
van Dorsten, Roswitha-Ellen, geb. **Baginski**, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 23. November
Wagner, Dieter Klaus, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 22. November

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Bericht über das Heimatkreistreffen

Der erweiterte Vorstand hatte schon in den Vortagen einiges an Arbeit geleistet: Um gerüstet zu sein, wenn in einigen Jahren die Heimatstube in einen kleineren Raum im neu zu bauenden Archiv umzieht, traf man sich mit einem Fachmann für Digitalisierung und mit Frau Dr. Hartmann, die als erfahrene Museumspädagogin sehr hilfreiche Ratschläge geben konnte. Es gilt, sich auf eine sehr veränderte Situation vorzubereiten.

Am Freitagnachmittag tagte der alte und neue Erweiterte Vorstand. In geheimer Wahl wurde Christian von der Groeben wieder zum ersten und Hans-Gerhard Steinke zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Per Akklamation erfolgten die übrigen Wahlen. Sie ergaben die Besetzung durch die bisherigen Mitglieder. Für die neuen Mitglieder des Erweiterten Vorstands eröffnet sich ein weites Feld der Betätigung. Der wiedergewählte Vorsitzende nannte einige wichtige Programmpunkte für die nächste Zeit: Geplant ist ein Treffen im württembergischen Bartenstein am 20. Mai 2017 anlässlich der 65. Wiederkehr der Namenspartnerschaft, und als Termin für das nächste Heimatkreistreffen in Nienburg, vorgezogen in den August, der 26. August 2017.

Dann kam der Tag des Heimattreffens. Es wurde ein sehr schön gefüllter Tag! Die Fahnen mit den Wappen der vier Städte des Kreises Bartenstein flatterten im warmen Sonnenschein vor dem „Hotel zur Krone“ und begrüßten die Ankommenden, die den Saal bald bis auf den letzten Platz füllten.

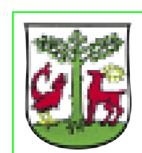
Zuvor hatten sich Heimatfreunde schon an den Gedenksteinen bei den berufsbildenden Schulen versammelt, um der Toten zu gedenken. Rosemarie Krieger sprach Worte des Gedenkens. In der Heimatstube zeigte Manfred Eckert den Interessierten, was die Kreisgemeinschaft an Erinnerungsstücken erhalten hat.

Kurz vor dem Mittagessen begrüßte der wiedergewählte Vorsitzende die Gäste, die den Saal bereits fast vollständig gefüllt hatten. Ein besonderer Gruß ging an die „Neuen“ in dieser Runde, die mit erfreulich großer Anzahl vertreten waren. So führen doch die gemeinsamen Reisen in die Heimat immer wieder dazu, diese neu geknüpften Bande zu festigen. Dank daher auch an Karlheinz Hupfer, der den Ausfall der angekündigten HKG-Reise wegen zu geringer Teilnehmerzahl nicht hinnahm und dann doch noch Mitte Juni eine alternative erfolgreiche Reise mit zirka 20 Teilnehmern durchführte. Auf die ausführlichen Gespräche am Vortag zur Zukunft der Heimatstube – voraussichtlich in zirka vier Jahren Umzug mit dem Stadtarchiv in neue Räume in der Innenstadt – wurde hingewiesen und dann das Ergebnis der Vorstandswahl vom Vortag vorgestellt. Zu den zurückliegenden Aktivitäten zählten die Teilnahme am Kommunalpolitischen Kongress in Allenstein im Oktober letzten Jahres von Christian v. d. Groeben und Hans-Gerhard Steinke (natürlich auf eigene Kosten), dann im Juni dieses Jahres die private Fahrt des Vorsitzenden mit Missionar Marian Schwark, bei der er unter anderem auch die Bruderhilfe der LO auf der polnischen und russischen Seite verteilte.

Mit großer Erwartung wurden einige der Vorexemplare des umfangreichen Bildbandes von Hans-Gerhard Steinke über Bartenstein studiert und herumgereicht; vom Vorsitzenden wurde sein leider noch bescheidenes Projekt „Güter über 200 Hektar im Kreis Bartenstein“ in einem Bildordner vorgestellt und an Interessenten als CD verteilt. Er hofft immer noch auf verwertbare Ergänzungen an Bildern und Inventarbeschreibungen.

Der Nienburger Bürgermeister Henning Onkes gab uns die Ehre und natürlich auch der Vorsitzende des Freundeskreises Nienburg/Bartoszyce Dr. Ralf Weghöft, um über deren aktuelle Zusammenarbeit zu berichten. Der Bürgermeister versicherte, dass die Stadt ihren Verpflichtungen aus dem Partnerschaftsvertrag weiter gern nachkommen werde. Der Freundeskreis hat es sich zur Aufgabe gemacht, der Partnerschaft der Rathäuser die Partnerschaft der Personen zur Seite zu stellen, deshalb fördert er die Begegnungen vor allem junger Menschen in vielfältigen Aktivitäten. Manfred Eckert zeigte seinen Film über eine Ostpreußenreise 2007 und den Film „Das war Königsberg“. Für viele kam dann nach vielen Begegnungen und Gesprächen die Zeit des Aufbruchs, andere saßen an dem lauen Abend noch lange zusammen und ließen diesen prall gefüllten Tag nachklingen.

Auf ein frohes Wiedersehen also in Bartenstein/Württemberg am 20. Mai und in Nienburg am 26. August!



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Kreisgruppe Mühlheim/Ruhr

Freitag, 25. November, 14.30 bis 16.30 Uhr, Hotel Handelshof, Friedrichstraße 15–19, 45468 Mülheim/Ruhr: Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Braunsberg lädt zu einem vor-adventlichen Nachmittag der Mühlheimer Gruppe ein. Anmeldungen bitte bei Manuela Begett, Telefon (02306) 21236.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Darmstadt: Sonnabend, 3. Dezember, 11 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26 I, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Weihnachtsfeier.

Heimatgruppe Köln: Mittwoch, 7. Dezember, Restaurant „Em Kappeseng“, Aachener Straße 1332: Weihnachtsfeier. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Goldenes Ehrenzeichen

Bei der jüngsten Tagung der Ostpreußischen Landesvertretung in Wuppertal (siehe PAZ 46, Seite 20) war es ein besonders erfreulicher Programmpunkt: Aus der Hand von Stephan Grigat erhielt Gisela Broschei das Goldene Ehrenzeichen. Hier die Laudatio:

Gisela Broschei wurde am 5. März 1931 in Pronitten im Kreis Labiau geboren. Sie wuchs in Groß-Ottenhagen, Kreis Königsberg-Land, auf, wo sie seit 1937 die Volksschule besuchte, bevor sie 1941 auf das Gymnasium in Königsberg wechselte.

Nach der Flucht landete die Familie auf verschiedenen Wegen zunächst in Süderholm bei Heide in Schleswig-Holstein. Von dort siedelte sie 1950 nach Emmendingen im Breisgau um, wo Gisela Broschei das Abitur bestand und anschließend an der Universität in Freiburg (Breisgau) ihr Jurastudium begann, das sie in Marburg fortsetzte und dort erfolgreich abschloss. Nach dem Referendariat war sie zunächst in leitenden Positionen bei den Stadtwerken in Offenbach und seit 1967 in Mönchengladbach tätig. Nach ihrer Pensionierung ist sie dort als Rechtsanwältin niedergelassen.

Schon als Studentin nahm Gisela Broschei an Veranstaltungen der Ostpreußischen Studentenschaft teil und blieb auch während ihrer beruflichen Tätigkeiten der Landsmannschaft Ostpreußen stets eng verbunden. Sie widmete sich zunächst vor allem der Arbeit in der Ortsgemeinschaft Groß-Ottenhagen. Dank ihres Einsatzes treffen sich noch heute die ehemaligen Einwohner Groß-Ottenhagens jährlich in Celle zum Gedankenaustausch, zu Exkursionen und zum geselligen Beisammensein.

Intensiviert wurde ihr Einsatz für die Heimat, als sie nach ihrer Pensionierung in die Heimatkreisgemeinschaft Königsberg-Land eintrat, bei der sie beim Kreistreffen im September 2003 in den Kreisausschuss gewählt wurde, der sie dann am 15. November 2003 zur Kreisvertreterin wählte.

Ihre Arbeit als Kreisvertreterin führte bereits nach kurzer Zeit zu einer deutlichen Wiederbelebung der Kreisgemeinschaft Königsberg-Land. Ihre gelebte Treue zu Ostpreußen und deren Umsetzung in die praktische Arbeit einer Heimatkreisgemeinschaft unter ihrer Leitung hat entscheidend dazu beigetragen, auch nach mehr als 65 Jahren nach der Vertreibung aus der Heimat die Erinnerung an die Heimat Ostpreußen aufrechtzuerhalten.

Zu ihren ersten Aufgaben als Kreisvertreterin gehörte es, die Ausstellungsstücke der zunächst in Räumen des Landkreises Minden-Lübbecke untergebrachten Heimatstube in die neuen Räume im Preußen-Museum in Minden zu organisieren. Diese Ausstellungsräume trugen von da ab den Namen „Samland-Museum“.

Besonderes Augenmerk legt Frau Broschei auf die regelmäßige Durchführung der im Zwei-Jahres-Rhythmus stattfindenden Kreistreffen der Kreisgemeinschaft, die stets von vielen Landsleuten des Heimatkreises Königsberg-Land gern besucht werden.

Gisela Broschei schreibt regelmäßig Berichte über Aktivitäten der Kreisgemeinschaft im Samländischen Heimatbrief „Unser schönes Samland“. Besonders hervorzuheben ist die von Frau Broschei als verantwortliche Redakteurin im Jahr 2005 herausgegebene Festschrift „55 Jahre Kreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) e.V. und 50 Jahre Patenschaft mit dem Kreis Minden-Lübbecke“, in der Gisela Broschei selbst in zahlreichen Abhandlungen nicht nur über die Entwicklung und Aktivitäten der Heimatkreisgemeinschaft und die Patenschaft berichtet, sondern insbesondere auch eine ausführliche Beschreibung über die Entwicklung Ostpreußens von der Entstehung bis zum Ende des Krieges 1945 und des Landkreises Königsberg in dieser Zeit veröffentlicht.

Schließlich ist zu würdigen, dass Frau Broschei als Kreisvertreterin immer engen Kontakt zur Verwaltung des Patenkreises Minden-Lübbecke und im Besonderen zum Preußen-Museum in Minden gehalten hat, so dass in den 13 Jahren seit ihrem Amtsantritt als Kreisvertreterin viele Veranstaltungen im Preußen-Museum in Minden stattfinden konnten. Leider konnte auch sie es nicht verhindern, dass die Geschäftsstelle der Heimatkreisgemeinschaft und das Samland-Museum ihren idealen Standort im Preußen-Museum im Jahre 2015 verloren haben, weil die Verantwortung für das Preußen-Museum vom Kreis Minden-Lübbecke an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Münster übergegangen war.

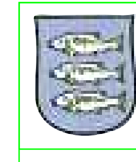
Insbesondere die Räumung des Samland-Museums war nicht nur für die Kreisvertreterin Gisela Broschei schmerzlich, da die seit Jahren sorgsam und liebevoll zusammengetragenen Ausstellungsstücke nun auf das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen (Akten und Dokumente) und das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg (Exponate) verteilt werden mussten.

In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Gisela Broschei das Goldene Ehrenzeichen.

Wolfgang Knitter



Königsberg-Land: Gisela Broschei, hier beim Deutsch-Russischen Forum in Königsberg, erhielt das Goldene Ehrenzeichen Bild: MRK



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

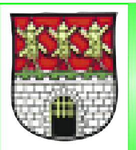
Veranstaltung im Heimatmuseum

Sonnabend, 19. November, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung) – letzter allgemeiner Öffnungs- und Veranstaltungstag in der Museumssaison 2016. Ab 10 Uhr ist geöffnet und es besteht die Möglichkeit, die Sonderausstellung der Gemälde Reinhard Bergmanns zur Thematik „Burgen des Deutschen Ordens“ zu betrachten und – die Werke zu kaufen. Der in Weißenfels ansässige Kunstmaler hat gegenüber der Kreisgemeinschaft eine großzügige Festlegung getroffen: Von einem jeden verkauften Werk würden 30 Prozent des Verkaufserlöses der Kreisgemeinschaft zugute kommen. Das weckt Hoffnungen. – Um 15.30 Uhr beginnt als letzte Veranstaltung dieses Jahres der Vortrag der vielseitigen Künstlerin Elena Steinke unter dem Titel „Zwischen zwei Welten“. Sie spricht über ihren künstlerischen Lebensweg von Königsberg [Kaliningrad] nach Nordfriesland. Sie wird anhand von Beispielen Schwerpunkte ihres künstlerischen Schaffens, vor allem der letzten eineinhalb Jahrzehnte, vorstellen. Für Fragen aller Art steht sie im Anschluss zur Verfügung. – Eintritt frei.



Foto: Norbert Schattauer

Schlossberg (v.l.): Joachim Loewe, stellvertrender Kreisvertreter, Ursula Gehm und Kreisvertreter Michael Gründling bei der Ehrung in der Heimatstube in Winsen



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Goldenes Ehrenzeichen

In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres unermüdlichen Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen wurde Ursula Gehm in der Heimatstube in Winsen das Goldene Ehrenzeichen verliehen. Hier die Laudatio:

Ursula Gehm wurde am 2. Dezember 1939 in der ostpreußischen Kreisstadt Schloßberg als älteste Tochter von Helmut und Christel Geisendorf geboren. Sowohl ihr Vater als auch ihre Mutter kamen in Pillkallen/Schloßberg zur Welt.

Die Kinderzeit von Ursula Gehm in der ostpreußischen Heimat war nur kurz. Die Eltern haben sie später intensiv an ihrer Erinnerung teilhaben lassen. Es wurde von zu Hause erzählt und Fotos und Dokumente betrachtet. Zusammen mit den Eltern und anderen Interessierten hat Ursula Gehm Ostpreußen, insbesondere Schloßberg, besucht – auch zu einer Zeit, als dies nur unter sehr schwierigen Bedingungen möglich war. Gerne lässt sie ihre Zuhörer bei Zusammenkünften an

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

ihrem Wissensschatz teilnehmen und berichtet in Vorträgen vor Ostpreußen und an Ostpreußen interessierten Besuchern von diesen Reisen und Erlebnissen.

Nach dem Abitur besuchte Ursula Gehm eine Fachschule des Schuhhandels in Pirmasens und schloss sie 1960 als „Schuhhandelskaufmann“ ab. Sie heiratete 1961 und bekam zwei Kinder, Regina und Markus. Ab 1982 war Ursula Gehm beim Landratsamt Schwäbisch Hall im Archiv tätig.

In der Kreisgemeinschaft Schloßberg arbeitet Ursula Gehm seit 1988 mit. Sie ist Kreistagsmitglied und Mitglied im Kreisausschuss. Als der Wunsch an sie herangetragen wurde, Sprecherin der Schülergemeinschaft Schoßberg zu werden, übernahm sie dieses Amt am 2. Juni 1989 von Hans Günter Segendorf.

Am 21. Mai 1966 übernahm das Winsener Gymnasium die Patenschaft für die Friedrich-Wilhelm-Oberschule (FWO) in Schloßberg, heute Dobrowolsk, und feiert in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen. Dass diese Patenschaft über einen so langen Zeitraum mit Leben gefüllt wird – daran hat auch Ursula Gehm seit mehr als 25 Jahren einen großen Anteil.

Im Jahre 1982 wurde im Winsener Gymnasium ein „Traditionsraum“ eingerichtet, dessen Ausgestaltung und Pflege Ursula Gehm sehr am Herzen liegen. Ein Ort, der an die Heimat erinnert, der Lehrern, Schülern und Besuchern zugänglich ist, und in dem in Vitrinen Zeugnisse, Hefte, alte Bücher, Fotos und anderes ausgestellt werden. Fotos dokumentieren die Verleihung der Alberte an die jeweiligen Abitur-Jahrgänge. Eigens zur Abiturfeier reist Ursula Gehm von ihrem Wohnort Schwäbisch Hall nach Winsen, um persönlich dabei zu sein und den Abiturienten die Alberten anzuheften. 1987 wurde vor dem Winsener Gymnasium ein Gedenkstein gesetzt und eine Eiche gepflanzt.

Sichtbar für das Bestehen der Patenschaft wurde am 9. November 2013 in einem kleinen Festakt von dem damaligen Schulleiter, Oberstudienrat Reinhard Haun, im Beisein der Sprecherin der Schülergemeinschaft FWO Schloßberg, des Kreisvertreters der Kreisgemeinschaft Schloßberg und anderer Honoratioren am Eingang des Winsener Gymnasiums eine Patenschule-Tafel mit folgendem Text angebracht: „Patenschule seit 1966 der Schülergemeinschaft Friedrich-Wilhelm-Oberschule Schloßberg/ Ostpreußen“.

Der nicht abgerissene Kontakt und gute Beziehungen zur russischen Leitung und Lehrern der früheren Friedrich-Wilhelm-Oberschule in Schloßberg, dem heutigen Dobrowolsk, die heute als Mittelschule genutzt wird, ist zu einem nicht unbeträchtlichen Teil den verbindlichen Bemühungen und persönlichen Besuchen von Ursula Gehm zu danken.

Für die Schülergemeinschaft und an Ostpreußen Interessierte gibt Ursula Gehm jeweils zum Jahresende einen zirka 150 Seiten umfassenden „Schülerbrief“ heraus, der über besondere Ereignisse der Schulzeit und des vergangenen Jahres informiert.

Ursula Gehm leitet die Schülergemeinschaft der Friedrich-Wilhelm Oberschule mit einem großen persönlichen Einsatz. Ihr Organisationstalent und der herzliche Umgang mit den „Ehemaligen“ zeigen sich bei den von ihr organisierten Schülertreffen in Winsen (Luhe) und nahezu täglich, wenn sie in ihrem „Ostpreußenzimmer“ in Schwäbisch Hall brieflich und telefonisch Kontakt hält. Es ist ihr unermüdliches Bestreben, die Ostpreußen zu motivieren und durch ihr Wirken und Wissen dazu beizutragen, dass die Heimat nicht vergessen wird. Mit der von ihr ehrenamtlich geleisteten Arbeit und der Verbundenheit und Treue zur ostpreußischen Heimat soll auch ihr kulturelles Engagement erwähnt werden.

Ursula Gehm übernahm 1991 das Amt der 1. Vorsitzenden der Kreisgruppe Schwäbisch Hall der Landsmannschaft Ost-Westpreußen und Pommern sowie 2003 nach dem Tod ihres Mannes Dr. Herbert Gehm das Amt der Kulturreferentin der Landesgruppe Baden-Württemberg der LO.

Das Ehrenzeichen in Silber der Landsmannschaft Ostpreußen wurde ihr im Jahre 2009 verliehen. In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres unermüdlichen Einsatzes für Ostpreußen und seine Menschen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Ursula Gehm das Goldene Ehrenzeichen.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen

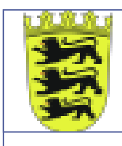


Bund Junges Ostpreussen

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 23. November, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Stuttgart, Schloßstraße 92: Vortrag: „Von Suleyken bis Bollerup – fiktive Dorfgeschichten aus Masuren und Dänemark“ von Siegfried Lenz. Referentin: Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft. Es erwartet Sie ein interessanter und heiterer Vortrag, Die Lenz Erzählungen sind Gourmet-Häppchen der Erzählkunst und des Humors – eines Humors, der nicht kritisches Denken fordert, sondern die Lachmuskeln reizt. Der Eintritt ist frei,

Buchen – Montag, 21. November, 14 Uhr, Rathaus, Heinstedt: Bastelnachmittag. – Sonntag, 27. November, 14 Uhr, Festhalle, Buchen-Hainstadt: Weihnachtsfeier mit festlichem Programm. Mit dabei die Musikkapelle Buchen.

Ludwigsburg – Montag, 21. November, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Metzingen – Wir wollen die Erinnerung wachhalten – Dies ist die oberste Aufgabe seit dem 65-jährigen Bestehen der Landsmannschaft.

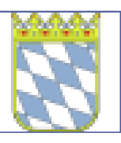
Der Vorsitzende Heinz Scheffler und der Vorstand freuten sich, als sich der große Raum im Restaurant Bohn schnell mit den Gästen füllte, die an den herbstlich geschmückten Tischen Platz nahmen. Einige hatten auch einen weiteren Weg nach Metzingen nicht gescheut. Scheffler wies bei seiner Begrüßung darauf hin, dass Heimat einen vielschichtigen Begriff umfasst. Vor allem bei älteren Menschen ist er aber immer mit der Kindheit und Jugend verbunden. Dorthin, wo man geboren wurde, wie man die ersten und jüngeren Lebensjahre verlebte, richtet sich die Erinnerung. Über das Leid von Flucht und Vertreibung bei Kriegsende wurde nicht gesprochen.

Scheffler erinnerte an die Erntedankfeste in der Heimat. Er wies darauf hin, „wir müssen, und das ist jetzt notwendiger denn je, die Erinnerung an das Vergangene aufrechterhalten und für die Zukunft bewahren. Wenn wir in unserer Gemeinschaft, die wir in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Schlesien daheim waren, nicht mehr darüber sprechen, dann wird niemand mehr die Kultur, Orte und Landschaften kennen, die bis zum verlorenen Krieg 1945 Deutschland waren“

Scheffler erinnerte daran, dass das Erntedankfest zu dem wohl größten Fest gehörte, das von der ganzen Bevölkerung gefeiert wurde. War doch in der „Kornkammer Deutschlands“ bei der Ernte Hochbetrieb. Alle, die arbeiten konnten, wurden gebraucht und alle waren auf den Beinen. Zu ernten waren riesige Felder, die so weit waren, dass ihre Enden am Horizont verschwanden. Nach Ende der Ernte stand die letzte Fuhre Getreide startbereit für den Umzug durch das Dorf auf dem Hof. Alle Familien nahmen an dem Fest teil. Nach den Erntesorgen kamen jetzt die Erntefreuden. Die Erntekrone war ein Kunstwerk. Sie wurde mit Blumen, Äpfeln, Mandeln, Rosinen und Bonbons verziert, sowie mit bunten Bändern und Flittergold durchflochten. Nach der feierlichen Überreichung an den Bauern, Verwalter eines Gutes oder Schlossherrn bekam die Erntekrone einen Ehrenplatz. Zum Erntedankfest wurden die Kirchen geschmückt mit allem, was der Herrgott wachsen ließ.

Nach dem Rückblick wurde gefeiert. Dazu gehörte natürlich wieder ein Essen, das die Erinnerungen stützte. Denn es bleibt der damals empfundene Geschmack, es bleiben die Gerüche. War es viele Jahre die Grützwurst, so gab es diesmal wieder Königsberger Klopse. Gute Gespräche, eine reichhaltige Tombola und „ein Tänzchen“ bei der musikalischen Unterhaltung mit dem Akkordeon führten zu einem gemütlichen Abend.

Stuttgart – Mittwoch, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat: Adventsfeier der Frauengruppe mit Grabbelsack. Die LM Westpreußen und Gäste sind herzlich eingeladen.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 25. November, 19 Uhr, Hotel Gasthof Krone, Saal, Gunzenhausen: Heimatliches Essen „Königsberger Klopse“. Anschließend findet eine Lesung aus neuen Werken

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

von Arno Surminski mit Marie-Luise Rossius statt.

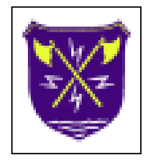
Landshut – Dienstag, 6. Dezember, 15 Uhr: Besuch im Café Kreuzer am Regierungsplatz mit anschließendem Bummel über den Christkindlmarkt in der Freyung.

Nürnberg – Sonnabend, 19. und Sonntag, 20. November: Bunter Herbstmarkt im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen im Schloss. (20 Minuten zu Fuß vom Bahnhof), 10 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. – Sonntag, 27. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, Ende der U1 gegenüber: Wir feiern Advent.

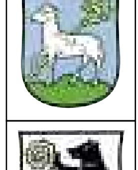


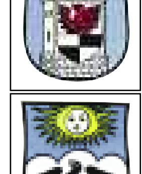
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



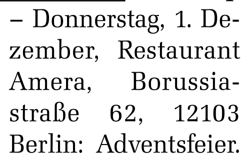
Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.





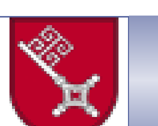
Heilsberg, Rößel – Mittwoch, 30. November, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Die Gruppe trifft sich zum adventlichen Beisammensein. Anfragen bei Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.





Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 1. Dezember, Restaurant Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Adventsfeier. Weitere Informationen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354, oder Gertrud Eilsberger, Telefon (03987) 208082.





BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Der traditionelle „Ostdeutsche Markt der Bremer Landsmannschaften“ im Einkaufszentrum „Berliner Freiheit“ in Bremen-Vahr findet in diesem Jahr vom 21. bis 23. November ganztags bis zum Ladenschluss als Markt der Ost- und Westpreußen mit Büchern (neu und antiquarisch), Karten, Marzipan, und Spirituosen statt. Es wird auch eine Auswahl an Produkten anderer Vertreibungsgebiete, zum Beispiel Weine aus Siebenbürgen, angeboten.

Auf den dortigen Stellwänden werden zugleich Ausstellungstafeln mit Informationen über das Leben und die in Bremen geschaffenen Bauten des aus Ostpreußen gebürtigen Architekten Jacob Ephraim Polzin, geb. 1778 in Labiau, Ostpreußen, gestorben 18. Januar 1851 in Bremen, gezeigt. Er war einer der in Bremen meist beauftragten Baumeister seiner Zeit, der vor allem den im Zuge der Niederlegung der Stadtbefestigung freigewordenen Raum rund um die Altstadt mit seinem Baustil bereicherte. Das Meiste davon wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört, doch das Teehaus in der Marcusallee und die Kirche in Bremen-Vegesack künden noch heute von seinem Wirken.

– 90. Stiftungsfest –

Bremerhaven – „Im Jahre 1926 sprach ein kleiner Kreis von 13 beherzten Männern, die in Liebe und Treue zu ihrer angestammten Heimat Ostpreußen standen, viele der infolge der Auswirkungen des Ersten Weltkriegs in Bremerhaven und Umgebung gebliebenen Ost- und Westpreußen zwecks Gründung eines Heimatvereins an. Die Resonanz war groß, und am 13. Oktober 1926 kam es dann zur Gründung des „Vereins heimattreuer Ostpreußen“. Zum Leiter wurde Gustav Knuth gewählt.“ So schrieb die derzeitige Bremerhavener 2. Vorsitzende Barbara Sandmann damals in ihrer Chronik „65 Jahre Landsmannschaft Ost- u. Westpreußen und W. W.“, (wobei die Abkürzung „W. W.“ für Weichsel /Warthe“ steht). Und dieses Datum wurde 90 Jahre später zum Anlass genommen, um sich zu einer Feierstunde im Barlachhaus einzufinden. 90 Jahre landsmannschaftliches Zusammenleben, das ist ein Jubiläum, das wohl nicht so häufig in Deutschland vorkommt.

Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul konnte 60 Personen begrüßen, Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft, Offizielle der Seestadt Bremerhaven und Vertreter anderer ostdeutscher Landsmannschaften aus Bremerhaven, Bremen und Bremen Nord. Der Ostpreußen-Landesvorsitzende Helmut Gutzeit überbrachte Grüße des ehemaligen Sprechers Wilhelm von Gottberg und beschwor in seinem Grußwort „Ostpreußen lebt in der Erinnerung weiter!“.

Aus Hamburg war Herbert Tennigkeit gekommen, Spezialist für das Erzählen ostpreußischer Gedichte und Geschichten, der in mehreren Teilen in seiner ausdrucksvollen Art zu sprechen von der Heimat erzählte, der Landschaft und ihren Menschen. Aus dem großen Schatz des ostpreußischen Literaten Arno Surminski las er einige zum Teil anrührende Geschichten. Tennigkeit und Gutzeit erzählten sogar als Duo einige Anekdoten aus Ostpreußen.

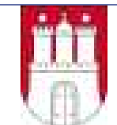
Der Akkordeonspieler Wilhelm Roes aus Bad Bederkesa, Vorstandsmitglied der Pommerschen Landsmannschaft in Bremerhaven, unterhielt die Gäste mit Volksmusik. Dazu wurde auch gesungen: natürlich das Ostpreußenlied, Ännchen von Tharau und das Westpreußenlied.

Zum Mittagessen gab es eine „Hadelner Hochzeitssuppe“ mit Mettbällchen und Eierstich, eine norddeutsche Spezialität, außerdem am Nachmittag natürlich Kaffee und Kuchen – neben dem geistigen Wohl wurde das leibliche auch nicht vergessen.

Als krönenden Abschluss seiner teils besinnlichen, teils fröhlichen, aber immer begeisternden Beiträge konnte die Veranstaltung nicht ohne Tennigkeits „Flohche“ in ostpreußischer Mundart beendet werden. Das Publikum applaudierte begeistert und dankbar, dass es die Geschichte von dem „Floh, dem Kret“, der so gute Dienste leistete, hören durfte.

Beim Auseinandergehen versprachen sich alle, noch recht lange zusammenzuhalten, auch wenn es alters- und gesundheitsbedingt schwieriger werden wird. Als Ziel ist der 95. Geburtstag angepeilt. Hoffen wir, dass wir alle den Oktober des Jahres 2021 in Gesundheit und geistiger Frische erleben dürfen. *Barbara Sandmann*



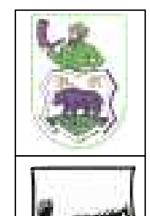


HAMBURG

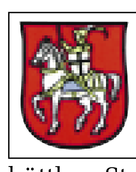
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 10. Dezember: „Es ist für uns eine Zeit gekommen, sie bringt uns eine große Freud“. Diese Freude wollen wir mit Ihnen zusammen in unserer Vorweihnachtsfeier teilen. Achtung: Wir haben einen neuen Veranstaltungsort: Business & More Hotel, Frohmestraße 110. Einlass 13 Uhr, Beginn 14 Uhr, Ende zirka 17 Uhr. Für Kaffee und Kuchen satt ist gesorgt. Es erwartet Sie der Chor „Abendklang“ unter der Leitung von Lilia Berschin mit einem vorweih-nachtlichen Programm. Mit Weihnachtsliedern und Erzählungen von kleinen Geschichten werden wir den Nachmittag gestalten. Der Veranstaltungsort ist wie folgt zu erreichen: Aus Richtng Innenstadt mit dem Bus Linie 5 in Richtung Burgwedel bis Haltestelle „Sellhopsweg-Albertinenhaus“ oder mit der U2 bis Niendorf-Markt. Von dort mit dem Bus Linie 5 bis Haltestellt „Sellhopsweg-Albertinenhaus“. Parkplätze befinden sich hinter dem Hotel. Rückfragen bei Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



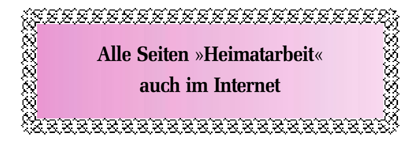
Osterode – Sonnabend, 26. November, 14 Uhr, Restaurant Ribling (ehemals Krohn), Fuhlsbüttler Straße 757: Wir laden herzlich zu unserer Weihnachtsfeier ein. Das Restaurant befindet sich direkt am Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel sowie Liedern und Erzählungen zur bevorstehenden Adventszeit. Über geneigte Beteiligung freuen sich Marie-Louise und Günter Stanke.

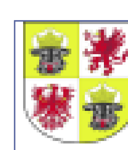


Elchniederung – Dienstag, 29. November, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Bürgerhaus Niendorf e.V., Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Treffen der Gruppe im Advent zu einem besinnlichen und fröhlichen Nachmittag mit Geschichten, Liedern und Julklapp. Bitte ein Päckchen mitbringen, damit keiner leer ausgeht. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.

ORTSGRUPPEN

Frauengruppe Bergedorf – Freitag, 25. November, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harderskamp 1: Gemeinsames Treffen zum Katharinentag inklusive Thorner Katharinen und der historischen Geschichte dazu.

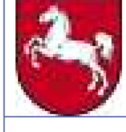




MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Die diesjährige Adventsfeier des Bundes der Vertriebenen findet am Sonntag, 27. November, von 11 bis 16 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam (Baustraße/Nähe Markt) statt. Eingeladen sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen, aber auch Pommern, Neumärker, Schelsier und Sudetendeutsche. Angehörige und Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen. Auf dem Programm stehen die Jahreshauptversammlung mit Rückblick 2016, Kassenbericht und die Vorhaben für 2017. An die Adventsandacht schließt sich das feierliche Gedenken an die verstorbenen Landsleute des Jahres 2016 an. Vorbereitet sind ein gemeinsames Mittagessen, eine weihnachtliche Kaffeetafel und ein schönes Angebot an Bärenfang und Heimatbüchern. Ein Ohrenschmaus wird das Advents-Konzert mit dem 1. Pommerschen Blasorchester Wolgast und dem Shanty-Chor Karlshagen. Am 27. November ist im Volkshaus letzte Gelegenheit, Weihnachtspäckchen für Ostpreußen zu spenden. Diese sollen einige Tage später mit der Fähre ins Memelland gebracht werden.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Mittwoch, 23. November, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee: Bericht über eine Fahrt mit dem „Zarengold“ auf der Strecke der Transsibirischen Eisenbahn von Moskau bis zum Baikalsee in Ostsibirien.

Rinteln – Donnerstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Adventsfeier mit gemeinsamem Kaffeetrinken. Pfarrer Wolfram Wiemer (Exten / Hohenrode) hält die Andacht und Professor Heinz Schürmann (Bielefeld) einen bebilderten Vortrag zum Thema „Die Weisen aus dem Morgenland“. Ein Flötenkreis begleitet uns beim Singen der Adventslieder. – Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. Wegen der Vorbereitungen wird um Anmeldung beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat bis zum 5. Dezember gebeten: Telefon (0 57 51) 53 86 oder über rebuschat@web.de

Deutsches Kulturforum östliches Europa: 24. November, 18.30 Uhr, Museum Friedland, Bahnhofstraße 2, 37133 Friedland: „Die Heimat meiner Eltern“. Thementag zu Krieg und Vertreibung, Eintritt 5 Euro. Anmeldung bis 21. November unter Telefon (0550) 48056203. *EB*



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonntag, 27. November, 15 Uhr, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld: Advents-Heimatnachmittag. Freuen Sie sich auf eine besinnliche und schöne Vorweihnachtsfeier, die in der bewährten Weise durchgeführt wird. Beteiligt sind der Posaunenchor aus Schloss Neuhaus und Pastor i.R. Falk wird eine kurze Andacht halten. Anschließend kann bei Kaffee und Kuchen geschabbert werden. – Donnerstag, 1. Dezember, 15 Uhr, Geschäftsstelle, 2. Stock, Wilhelmstraße 1b, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt – Montag, 5. Dezember, 15 Uhr, Geschäftsstelle: Treffen der Frauengruppe.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Freitag, 18. November, 18 Uhr, GHH: Andreas-Gryphius-Preisverleihung. – Montag, 21. November, 19 Uhr, Jüdische Gemeinde, Leo-Baeck-Saal, Zietenstraße 50; Düsseldorf: Vortrag über Rabbiner Leo Baeck, gehalten von Pater Elias H. Füllenbach. Anmeldung bis zum 15. November bei Dr. Katja Schlenker, Telefon (0211) 16991-23 oder E-Mail: schlenker@g-h-h.de – Mittwoch, 23. November, 16 Uhr, GHH: Ausstellungseröffnung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“ (bis 16. Dezember). – Donnerstag, 24. November, GHH: Film „Wind in meinem Haar“. – Freitag, 25. November, 18 Uhr, GHH: Theateraufführung „Nachtigall, o Nachtigall“. – Sonnabend, 26. November, 15 Uhr, GHH, Raum 312: Weihnachtsfeier der Sudeten. Sonnabend, 26. November, 15 Uhr, GHH, Konferenzraum: Weihnachtsfeier der Schlesier. – Donnerstag, 1. Dezember, 17.30 Uhr, GHH: Eröffnung der Ottfried Preußler-Ausstellung „Von Räubern, Hexen und Gespenstern“. Die Ausstellung widmet sich dem Leben und dem Werk des aus der böhmischen Stadt Reichenberg (heute Liberec) stammenden Autors. – Donnerstag, 1. Dezember, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Sonntag, 4. Dezember, 10 Uhr, GHH: Weihnachtsmarkt. – Dienstag, 6. Dezember, Weihnachtslesung von Hajo Buch zu „Ottfried Preußler und Co“.

Essen – Freitag, 18. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Vortrag von Lutz Pippow zum Thema „Denkmäler als Manifestation nationaler Selbstbilder im Spiegel der Geschichte“.

Gelsenkirchen – Montag, 21. November, 14. 30 Uhr, Landgrafenschule, Eingang Märkische Straße: Treffen der Ostpreußen.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Neuss – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Sonntag 27. November, Einlass 14 Uhr,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Beginn 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36.: Adventsfeier mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang. Aufgetischt werden Kaffee und Kuchen sowie ostpreußische Spezialitäten.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 3. Dezember, 14.30 Uhr, Dülkener Hof, Lange Straße 54: Weihnachtsfeier bei Kerzenschein. Für reichlich Kaffee und Kuchen wird ein Unkostenbetrag von sechs Euro pro Gedeck erbeten. Für ein geistliches Wort konnten wir wiederum dankenswerterweise Otfried Schaffelke gewinnen. Wie immer sind Gäste gerne gesehen und jederzeit herzlich in unserer Mitte willkommen.

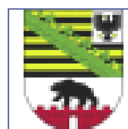
Witten – Montag, 21. November, 14 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreisgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Königsberger-Klopse-Essen mit einem Film über die Rominter Heide.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum Kartenspielen. – Sonnabend, 26. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Adventsfeier. Wir bitten um Gaben für die Tombola.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 25. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Beisammensein zur Vorweihnachtszeit.

Magdeburg – Dienstag, 22. November, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 25. November, 15 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Mittwoch, 7. Dezember, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé Flensburg: Kaffeetafel mit Gesang, Geschichten und Gedichten aus der Heimat.

Mölln – Sonnabend, 26. November, 14 Uhr: Mitgliederversammlung im Rahmen einer Adventsfeier mit der Möllner Ballettschule.

Neumünster – Sonnabend, 3. Dezember, 15 Uhr: Bei Kerzenschein und Tannenduft wollen wir unsere langjährigen Mitglieder ehren und in vorweihnachtlicher Stimmung den Nachmittag gemeinsam verbringen. Anmelden bitte bis zum 25. November unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Sonnabend, 3. Dezember, 15 Uhr: Adventsfeier und Jahresabschluss. Es wird eine Andacht geben und es werden traditionelle Weihnachtslieder angestimmt.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 24. November, 14 Uhr: Seniorenbegegnung. – Sonnabend, 26. November, 15 Uhr, Gemeindesaal in der Kirche im Jahnweg: Ostdeutsche Adventsfeier. Hierzu möchten wir Sie herzlich einladen. Es wirken mit: Der Chor „Singkreis Ostholstein“, der Posaunenchor der evangelisch-lutherischen Kirche Schönwalde. Besinnliche Worte zum Advent spricht der Pastor. Der Kostenbeitrag für Kaffee/Tee und Kuchen beträgt zehn Euro. Um Anmeldung unter Telefon (04528) 495 oder (04528) 9901 wird gebeten.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Goldap und Heiligenbeil halfen mit

Eine aufwendige Ausstellung in Berlin spürt verschwundenen deutschen Orten nach

Früher waren es Stätten blühenden Lebens. Tiefverwurzelt in ihren Heimatorten waren die deutschen Bewohner. Heute sind diese Städte, Dörfer, Schlösser, Kirchen und Fabriken nur noch auf alten Landkarten oder zeitgenössischen Fotografien präsent. Blühendes Leben findet dort allenfalls auf den Straßen der Erinnerung statt. „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“, heißt eine Ausstellung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ (ZgV), die sich mit diesem Thema auseinandersetzt. Am 8. November wurde sie im Berliner Kronprinzenpalais eröffnet. Der Andrang war groß. Auch viele junge Leute lockten die Orte, die es nicht bis in die Gegenwart geschafft haben.

Ein Herzensanliegen von Erika Steinbach

Die Ausstellung soll ihrem Untergang in einer historischen Spurensuche exemplarisch nachspüren. Ein weiterer Augenmerk liegt auf den aktuellen Bemühungen, noch vorhandene Bauwerke und Kulturdenkmäler zu retten oder sogar neu aufzubauen. Die ZgV-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach wies in ihrer Begrüßungsrede darauf hin, dass die Ursachen des Verschwindens mit dem Verschwinden der Menschen, mit Flucht und Vertreibung zusammenflössen. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges hätten viele Betroffene die Bezugspunkte in der Heimat nur noch mit Mühe entdecken können. Manche auch gar nicht mehr. Dieses erneute traumatische Ereignis hätten viele, so Erika Steinbach, als eine Art zweite Vertreibung erlebt. Sie lobte daher auch die grenzüberschreitenden Initiativen, die darauf ausgerichtet sind, solche verschwundenen Orte dem Vergessen zu entreißen. Auch daher sei ihr die Ausstellung ein Herzensanliegen gewesen.

Fazit nach dem Besuch: »Wunderbar«

Einen ersten Rundgang nutzte die ZgV-Vorsitzende nicht nur für einen Dank an den Ausstellungsmacher, den Historiker Wilfried Rogasch, sondern auch an die Vertriebenen, die ihre Bild- und Dokumentenarchive für die Recherche geöffnet hatten. Dazu zählen auch die ostpreußischen Heimatkreise Goldap und Heiligenbeil. Annelies Trucewitz vom „Patenschaftsmuseum Goldap in Stade bei Hamburg war persönlich anwesend. Zwei Jahre hatten die Vorarbeiten beginnend mit einer ersten Mailanfrage gedauert, erzählt sie. Faszinierend sei es zu sehen, was aus der anfänglichen Idee jetzt geworden ist. Ihr Fazit nach zweimaligem Besuch: „Eine wunderbare Ausstellung“.

Bis zum 8. Januar 2017 wird „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ von Montag bis Mittwoch zwischen 10 und 18 Uhr und von Donnerstag bis Sonntag zwischen 12 und 20 Uhr im Kronprinzenpalais für Besucher geöffnet sein. Die Eintrittspreise betragen fünf Euro, ermäßigt zwei Euro. Nach vorheriger Absprache können Führungen organisiert werden. Später wird die Ausstellung auch in anderen Städten gezeigt werden. *PAZ*



Das Kronprinzenpalais in Berlin: Bis zum 8. Januar wird die Ausstellung dort zu sehen sein Bild: Gerhard Trucewitz



Gäste, Macher und Initiatoren bei der Eröffnung (v.l.): Gundula Bavendamm, Direktorin der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, der Bundestagsabgeordnete Philipp Lengsfeld, Milan Horáček, BdV-Präsidiumsmitglied, der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung Hans-Gert Pöttering, Ausstellungskurator Wilfried Rogasch, die ZgV-Vorsitzende Erika Steinbach, der ehemalige Staatsminister Bernd Neumann und der Bundestagsabgeordnete Klaus Brähmig Bild: ZgV

Kreuzworträtsel

berühmter Rechtsvertreter · Sportstätte (Pferde) · Präsident des britischen Unterhauses · vermögend · Längsrinne, Rille · Zusammenzählung · echt; ehrlich · Sammlung von Schriftstücken · Vorname Hemingways · Schalltechniker · Antrieb, Verlockung · altrömische Mondgöttin · Zimmerwinkel · symbolkräftiges Schmuckstück · nordamerik. Pelztierjäger · englischer Seeheld (Francis) · Stock zum Stützen · Berufsvereinigung, Zunft · Glauben schenken; ehelich verbinden · salopp: Minuspunkte · Oberhaupt in arab. Ländern · gezahntes Werkzeug · belustigen, erheitern · veraltet: Thailänder · elegant; gewitzt (engl.) · ein Marder · Trinkgefäß · Burg in der Eifel · zeitliche Länge · chinesische Frucht · Stofffärbeverfahren · ein Balte · Name Christi · musterhaft, vollkommen · Stadt in Indien · Energieform · Korankapitel · altertümlich · ein Erdteil · giftiges Halbmetall · Körperkraft · von Bäumen gesäumte Straße · unterwürfig, devot · Pflanzenteil · britischer Sagenkönig · Sittenlehre · Schöpfer des Sherlock Holmes · mexikanischer Indianer · Teil eines Wasservogelgeleges · Gesichtsfarbe · männlicher Hund · unmenschlich · Ruhepause · Vergeltung · rechter Nebenfluss der Donau · Präsident der USA (Ronald) · eine der Nordfriesischen Inseln · kalte ital. Würzpaste · Zusammengehörigkeitsgefühl · Fest-, Lobgesang · törichter Mensch · Künstler in Zirkus und Varieté · sehr kleiner Körper, Partikel · stehendes Binnengewässer · saure Flüssigkeit zum Würzen · früherer türkischer Titel · außer Dienst stellen (Schiff) · Krieger, Held · im Jahre (lateinisch) · Roman von Anet · Strom in Ostasien · student. Organisation (Abk.) · Gebärde · spanische Weinstadt · russische Monarchin · fressen (Wild) · fächerförmige Flussmündung · kontra, anti · feinkörnig · erfrischendes Getränk (Kzw.) · tadelnswerte Unwissenheit · Schiffsvorderteil · Zeitmesser · europ. Kultur-TV-Kanal · Ringel-, Saugwurm · Zufluchtsort (griech.) · ugs.: amerikanischer Soldat · Öko-Landwirt · verhängnisvolles Geschehen · übertrieben, äußerst · asiatische Raubkatze · Wort der Ablehnung · Fluss durch Florenz

PAZ16_46

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

G M E
WELPE TRUG
ME SCHERE
MISSIONAR
ENGE SOLE

Mittelworträtsel: 1. Pinguin, 2. Gedanken, 3. Schalen, 4. Blueten, 5. Pfoertner, 6. national, 7. Gebuehren – Galerie

Magisch: 1. Rufname, 2. Angebot, 3. empoert

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

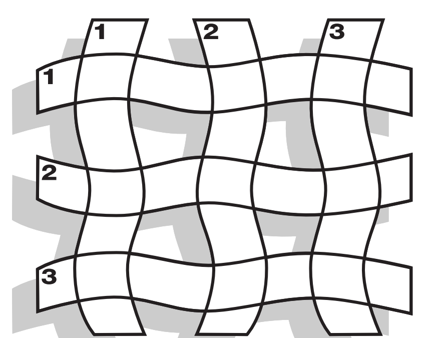
EEGMM · EILN · EEMSS · EHOST · ENOR · ALRU · EEGR · GRTU · EELPW · CEEHRS · AIIMNORSS · EEGN · ELOS

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für den obersten Rang im Theater.

1	KAISER		KUEKEN
2	GRUND		GUT
3	APFEL		WILD
4	STIL		MEER
5	NACHT		LOGE
6	INTER		BANK
7	KONTO		SATZ

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Teil der Personalien
2 Warenauswahl; Offerte
3 entrüstet

Die fünf Ziele der Landsmannschaft

Zu besprechen waren wichtige und aktuelle Themen bei der Herbsttagung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Die eintägige Herbsttagung der Landesgruppe NRW in Oberhausen erwies sich als zu kurz. Dabei hatten die Ostpreußen durchaus nicht schlecht organisiert, vielmehr zeigte es sich aber, wie viele aktuelle Themen und Probleme anstanden. Der Sprecher Stephan Grigat war zu Gast und hatte sich viel Zeit für seine Landsleute genommen. Nach einem lebhaften und ergiebigen Austausch in der Vorstandssitzung trug er auf der Tagung am folgenden Tag den Teilnehmern eine Bilanz der letzten fünf Jahre vor. Fünf Ziele habe sich die Landsmannschaft Ostpreußen gesetzt:

1. das deutsche Kulturerbe Ostpreußens zu wahren und im Gedächtnis aller zu verankern,
2. vorhandene Gedächtnislücken zu schließen,
3. den Bestand der deutschen Volksgruppen in Ostpreußen zu sichern,
4. den Zusammenhalt der Ostpreußen in der Bundesrepublik zu stärken,
5. Ostpreußen als eine besonders lebenswerte Region in Europa zu fördern.

Die Pflege des ostpreußischen Kulturerbes, so Grigat, sei auf Dauer angelegt. Es gebe die Ostpreußische Kulturstiftung, das Landesmuseum in Lüneburg und das Kulturzentrum Ellingen, das, tragend für die Grundlagenarbeit, den kulturellen Austausch mit den Nachbarn pflege. So konnte die LO mit dem Kulturzentrum Ellingen in Ostpreußen in mehreren Städten zweisprachige Ausstellungen durchführen, unter anderem in Allenstein, Goldap, Tilsit. Das Landesmuseum in Lüneburg ist noch im Umbau begriffen, aber 2017 wird die Ausstellung eröffnet.

Gedächtnislücken, so der Sprecher, gebe es nach wie vor, auch bedingt durch die sehr schwache Kenntnis über die früheren deutschen Ostgebiete im Westen. Die ungelöste Eigentumsfrage stellt Juristen vor immer neue Aufgaben, die Aufhebung der Benesch-Dekrete ist noch nicht erfolgt, Verbrechen gegen die Menschlichkeit von Seiten der Siegermächte sind immer noch tabuisiert. Als großen Erfolg wertete Grigat natürlich die Entschädigung der deutschen Zwangsarbeiter, die nun möglich geworden ist. Er legte zudem den Landsleuten nahe, den Weltflüchtlingstag am 20. Juni zu einem deutschen Vertriebenengedenktag zu machen und sich entsprechend in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Einen sehr positiven, zukunftsorientierten Blick richtete der Sprecher auf „Ostpreußen als lebenswerte Region in Europa“. Die EU und die Globalisierung hätten es möglich gemacht, in Großstädten des heutigen Polens

Bildungszentrum in Ostpreußen geplant

oder des Baltikums zu studieren, zu arbeiten und zu leben. Für die Jugend sei das bereits Normalität geworden. Die LO plane die Einrichtung eines Bildungszentrums im polnischen Bereich, in dem, ähnlich wie früher in Bad Pyrmont, die ostpreußische Geschichte und Kultur grenzüberschreitend gepflegt werden könnten.

Verständlicherweise nutzten die Landsleute den Besuch des Sprechers zu Fragen und zur Darlegung ihrer Anliegen. Da er geduldig auf alles einging, geriet der Hauptreferent des Tages, Oberstudiendirektor Peter Börner, danach in Zeitdruck. Er hatte allerdings auch ein gigantisches Gebiet vorbereitet. „Die Deutschen und ihr Nationalgefühl“ – unter diesem Titel erfolgte ein umfassendes Geschichtskolleg über die Entstehung der deutschen Nation von Karl dem Großen bis ins 19. Jahrhundert. Entscheidend für das Deutschtum war die Sprache, und der Referent bot eine detaillierte Sprachgeschichte vom Alt- und Mittelhochdeutschen über die Luthersche Bibelübersetzung, die Sprachgesellschaften des Barock und die Entwicklung einer deutschen Sprache der Dichtung und Wissenschaft im 18. Jahrhundert.

„Den Begriff ‘Deutsches Reich’ gibt es in deutscher Sprache seit über 850 Jahren“, erklärte Börner, um dann zu seinem Thema „Nationalgefühl der Deutschen“ alle nur erdenklichen Geistesgrößen zu Wort kommen zu lassen, von Walther von der Vogelweide über Sebastian Brant,

Tipps für ehemalige Zwangsarbeiter

Wieland, Schiller, Kant, Schubart, Mozart, die alle an den Deutschen eine schwache Selbstakzeptanz feststellen. Die Katastrophen des 20. Jahrhunderts hatten verheerende Folgen für das nationale Bewusstsein der Deutschen; Börner brachte erschreckende Beispiele und hielt dagegen, dass die Deutschen sich „ihrer langen, reichen historischen Existenz erfreuen“ sollten, um neue Aufgaben zu meistern.

Die weiteren Programmpunkte zeigten, welchen aktuellen Fragen sich die Vertriebenen gegenüber sehen. Der Ehrenvorsitzende Ehrenfried Mathiak erläuterte die Bemühungen der Preußischen Treuhand um Eigentums- und Rechtsfragen. Vorstandsmitglied Wilhelm Kreuer trug detaillierte Informationen zur Zwangsarbeiter-Entschädigung vor und gab praktische Hinweise für Antragsteller, die er nachdrücklich zu einem Antrag ermutigte. Der Schatzmeister Klaus-Arno Lemke erläuterte die neuen Vergabe-Richtlinien für die Förderung nach Paragraph 96. Die Zeit verging wie im Fluge.

Zwei Vorträge waren im Programm vorgesehen, einer über die Nachwirkungen von Kriegstraumata und einer über den Königsberger Romantiker E.T.A. Hoffmann (1776–1822), der 2016

Neue Erkenntnisse über Kriegstraumata

seinen 240. Geburtstag hat. Die Zeit reichte nicht, aber die Kulturreferentin Bärbel Beutner konnte die Aktualität beider Themen bewusst machen. So gibt es bei Psychologen und Pädagogen inzwischen eine gezielte Untersuchung der Kriegstraumata, die nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern auch deren Kinder und Enkel belasten. Wertung der Opfer und Schuldzuweisungen müssen überwunden werden, das gehe aus der stetig anwachsenden Literatur hervor. Inzwischen habe sich auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass bei der Nachkriegsgeneration nach Jahrgängen unterschieden werden müsse. Zwischen den Geburtsjahrgängen 1940 und 1945 können bereits gravierende Unterschiede vorliegen. Sie alle sind heute Senioren, aber mit völlig verschiedener Sozialisation und Erfahrung.

Der Königsberger Romantiker E.T.A. Hoffmann wird von den Russen glühend verehrt und bildet eine besonders tragfähige Verbindung zwischen den Völkern.

Bärbel Beutner



Nahm sich Zeit für die Fragen der Landsleute aus NRW: LO-Sprecher Stephan Grigat



„Die Zeit verging wie im Fluge“: Nach dem Auftritt von Stephan Grigat folgten unter anderem Vorträge über das Nationalgefühl der Deutschen und über die Anerkennungsleistung für ehemalige Zwangsarbeiter

Bilder (2): Schuka

»Müllkippe« des Volkes

Zwischen staatlicher und persönlicher Trauer können Welten liegen – Zwei Beiträge zum Totensonntag am 20. November

Auf dem Prager Friedhof von Dáblice sind Mörder, Selbstmörder und frühere Staatsfeinde der Kommunisten „verscharrt“. Eine Initiative der Stadt will jetzt alle Toten ehren – auch deutsche Weltkriegssoldaten.

Ein tschechischer „hrbitov“ ist der verballhornte deutsche „Friedhof“. Sie ähneln auch beide parkartigen Anlagen, wie die 29 Friedhöfe im „goldenen“ Prag zeigen. Hier ruhen weltbekannte Größen: Rabbi Löw (alter jüdischer Friedhof), Franz Kafka (neuer jüdischer Friedhof), die Präsidenten Emil Hácha und Václav Havel (Vinohrady), Jan Palach, der Märtyrer des „Prager Frühlings“, (Olsany) und viele mehr.

Aus dieser Reihe fällt der nördliche Friedhof Dáblice heraus, dessen Vernachlässigung Parlamentarier seit 2014 beklagen. Recht haben sie, und am 21. Juni hat die Regierung unter Premier Bohuslav Sobotka mit Experten ein neues Gesetz beraten, wodurch Dáblice bis Jahresende ein „nationaler Friedhof“ werden soll. Das freut Militärhistoriker Eduard Stehlik, im Verteidigungsministerium für die Kriegsveteranen zuständig, der eine Schande beendet sieht: „Hier liegen Nationalhelden auf der Müllkippe – mein Gott, was sind wir für ein Volk!“

1912/14 wurde Dáblice als „Prager Zentralfriedhof“ von dem berühmten Architekten Vlastislav Hofman als einziger kubistischer Friedhof der Welt gebaut. Er ist mit 29 Hektar zweitgrößter Friedhof Prags. Zahlenangaben zu Gräbern und Toten hält die junge Historikerin Katerina Pekarkova für unglaubwürdig, da Dáblice jahrzehntelang zur Bestattung von Selbstmördern und anonymen Toten diente, dabei verwilderte und verkam.

Seit 1939 waren Böhmen und Mähren deutsches Protektorat, im Juni 1942 wurde Reichsprotektor Reinhard Heydrich erschossen. Das löste rund 1300 Hinrichtungen aus, darunter die der Attentäter Kubis und Gabcik und des Verräters Curda, die alle in Dáblice liegen. Die Opfer wurden in Massengräbern, sogenannten „Schächten“, bestattet. Neue Todesfälle verursachten bei Kriegsende unsinnige Abenteuer wie der „Prager Aufstand“ vom Mai 1945 und die nachfolgenden Vertreibungen von drei Millionen Deutschen. Alles das, und besonders der kommunistische Putsch vom Februar 1948, füllte die „Schächte“ von Dáblice.

Wie der US-Historiker Benjamin Frommer ermittelte, wies Tschechien im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl mit 686 „die meisten Hingerichteten Europas auf“. Oder noch mehr, da laut Frommers Zählung aufgrund von Beneschs „Retributionsdekreten“ rund 344 000 Personen angeklagt, 77 000 verurteilt und 713 bis Mai 1947 hingerichtet wurden.

Das war der Auftakt zu blutigem Terror, exekutiert von sadistischen „Untersuchern“ wie Ladislav Macha, der bis heute seiner Rente bei der Staatssicherheit (StB) nachtrauert. Der zuständige Minister Karol Bacilek hatte am 18. November 1952 befohlen, dass getötete „Agenten und Terroristen“ in Dáblice spurlos verschwinden sollten. Details nannte 1968 ein Bericht von StB-Major Frantisek Machara.

Ein „Schacht“ maß fünf mal zwei Meter, war 2,5 Meter tief und fasste 40 Särge oder „Kisten“. In diesen lagen die Überreste von bis zu 24 Personen, oftmals Kinder. Bis September 1961 wurden ungezählte Tote bestattet, die keine „bürokratische“ Spur hinterließen. Fand sich doch eine Spur, dann war sie falsch, etwa „Jozef Zoukal“ in „Schacht XVI“, wo der katholische Geistliche Josef Toufar lag, der am 28. Februar 1950 an brutalen Misshandlungen durch die StB starb.

Die letzte offizielle Hinrichtung war am 17. November 1960, bis heute ist unklar, ob der antikommunistische „dritte Widerstand“ 14 000 oder doppelt so viele Opfer forderte. Die Täter haben ihre Spuren verwischt, deutet Historiker Stehlik an, da in Dáblice „zwei Brände die Akten vernichteten“. Man kennt nur die 5500 ausgewiesenen Gräber, vermutet aber an der Nordwand des Friedhofs weitere, an die ein „Ehrengrabmal des Dritten Widerstands“ erinnert.

Nahebei steht das „Denkmal für die Kinder-Opfer des Kommunismus“, ein Gräberfeld für 37, 43 oder weit mehr Säuglinge, die von ihren Müttern in der Klinik des Gefängnisses Pankrac geboren wurden und meist nur ein, zwei Tage am Leben blieben.

Das alles soll jetzt dem Vergessen entrissen werden, wozu Kultusminister Daniel Herman die Dáblicer Aufgaben nannte: „Wir müssen den noch namenlosen Opfern kommunistischer Willkür Namen und Gesicht zurückgeben und ihre Erinnerung in Ehren halten.“ Das bedeutet erstens, sterbliche Überreste aus Müll und Gestrüpp zu exhumieren. Zweitens muss man diese anhand von DNA-Proben verifizieren, wozu erst Vergleichsmaterial bei Verwandten zu suchen ist – eine schier unerfüllbare Herkulesarbeit, die Polen aber vor Jahren erfolgreich leisteten, wovon Tschechen lernen sollen. Drittens sind die Opfer zu ehren, alle Opfer, wie Prag weitsichtig anordnete.

„Es sollen würdevoll die Plätze vermerkt werden, an denen Deutsche liegen, ob es nun deutsche Soldaten oder Opfer der wilden Vertreibungen waren“, heißt es nun seitens der Stadt. Gemeint sind die vielen Toten, die tschechischer Rachedurst von Kriegsende bis zur Potsdamer Konferenz (2. August 1945) forderte. Eben darum wird das jetzige Vorhaben „doch mitunter auf Ablehnung stoßen“, vor allem in Dáblice, wo „deutsche Gestapo-Leute und ihre tschechischen Kollaborateure liegen“.

In Dáblice liegen Heydrich-Stellvertreter Karl Hermann Frank, Protektoratsminister Emanuel Moravec und andere, aber generell ist der Befund falsch. Historiker wie Jan Uhlir und Jiri Cervenka wiesen nach, dass gerade in der Gestapo Sudetendeutsche wie Oskar Felkl oder Harald Wiesmann arbeiteten, die Tschechen oftmals aus Gefahr retteten.

Mitinitiator der jetzigen Aktion ist der christdemokratische Parlamentarier Zdenek Papousek, der von ihr eine aufklärende Wirkung erwartet: „Das ist natürlich eine komplizierte Sache, aber 70 Jahre nach dem Krieg sollte man sich im Dienste der nationalen Aussöhnung an alle getöteten Tschechen, Juden und Deutsche erinnern.“ *Wolf Oschlies*

Kubistisch geprägt: Der Eingang zum Prager Friedhof von Dáblice Bild: Mauritius

Alles hat ein Ende

In einer Folge der Serie „girl friends“, die vor Jahren im ZDF lief, sagte der Liebhaber von Mariele Millowitsch zu ihr, alles habe seine Zeit. Mariele bricht daraufhin fast in Tränen aus, da der Satz das Beziehungsende besiegelt. Vielleicht war es ein wenig zu dick aufgetragen. Doch genau überlegt, enthält kaum ein Satz so viel Wahrheit wie dieser: Alles hat seine Zeit.

Ich erinnere mich gut an viele Situationen mit meiner Schwester, die für Jahre meine beste Freundin war. Uns verband nicht nur eine der berühmten Wellenlängen. Oft gab sie mir neue Kraft, immer wusste sie weiter, wenn ich mich in einer Sackgasse glaubte.

Innerhalb von vier Wochen änderte sich alles durch eine kurze Krankheit mit tödlichem Ausgang. Es ging so schnell, dass ich mich nicht einmal verabschieden konnte. Die Welt ist ärmer geworden ohne sie. Auch sie und ich hatten nur eine gewisse Zeit zusammen. Irgendwie weiß man es, aber man glaubt es nicht. Es soll immer weitergehen, besonders, wenn es schön ist.

Ich erinnere mich gut an die vielen Spaziergänge mit meinem Bruder. Er war ein Naturmensch, der mir jeden Baum und jedes Vogelgezwitscher erklären konnte. Ich fühlte mich wohl in seiner Gegenwart. Unsere Zeit endete im März 2000. Nach schwerer Krankheit ist auch er gestorben. Mit Vater habe ich mich viel gestritten, aber als unsere Zeit zu Ende ging, vergoss ich ein Meer von Tränen. Meine Mutter lag zwei Jahre als Schwerstpflegefall in einem Heim. Sie konnte nicht sprechen, mir keine Mitteilung mehr geben. Ich wusste nicht, ob sie mich versteht. Aber ich konnte sie nicht loslassen: Lasse unsere gemeinsame Zeit noch nicht enden. Doch eines Morgens überhörte ich das Telefon. Vielleicht wollte ich das Ende nicht wahrhaben. Schon wieder eine Trennung. Schon wieder musste ich an dieser Wegkreuzung jemanden zurücklassen, der mich mein ganzes bisheriges Leben begleitet hatte.

Der erste Freund, mit dem man die Welt erobern wollte, die Tante, die so unsagbar lieb war, die tröstende Oma , die Freundin fürs Leben – alle diese Beziehungen enden irgendwann zu irgendeinem Zeitpunkt, den wir nicht wissen. Das ist eine banale Weisheit, doch ist sie einem wirklich bewusst? Vielleicht sollte man des Öfteren einmal innehalten, genauer hinsehen, mit wem man Lebenszeit verbringen darf und die Zeit für sich anhalten. Jeder Augenblick ist unwiederbringlich.



Auch Engel haben ihre Zeit Bild: Friedrich

Die Gesetze des Lebens zu verstehen und vor allem zu akzeptieren, ist schwer. Zu erkennen, dass das Leben jetzt in diesem Moment stattfindet, nicht gestern und auch nicht morgen, hilft dabei. Es gilt, den Augenblick mit Bedacht zu genießen und zu nutzen, denn alles hat seine Zeit. *Silvia Friedrich*

Wunderbar durchgeknallt

Das »Rocktheater« im Trihotel in Rostock ist eine multikreative Kombination aus Live-Konzert, Film und interaktivem Schauspiel

Wenn einer ein begabter Rockmusiker mit schauspielerischem Talent ist und dann Hoteldirektor wird, denkt man unwillkürlich: Beruf verfehlt. Nicht so bei Benjamin Weiß, Inhaber des Trihotels am Schweizer Wald in Rostock. Denn er betreibt beides mit der gleichen Leidenschaft, das Hotelgeschäft wie die Rockmusik.

Und seine Bühne ist sein Hotel, genauer die Bar SPOT66 im Untergeschoss, benannt in Anspielung auf die berühmte Route 66 und dekoriert mit allerlei Motorrad-Memorabilien. Zwar gibt es hier auch vielerlei Getränke, Cocktails und deftige Speisen, aber die spielen allenfalls eine Nebenrolle, wenn die „Five Men on the Rocks“ es bei einer musikalischen Zeitreise durch die 60er und 70er Jahre ordentlich krachen lassen.

„Durchgeknallt und vor Kreativität überbrodelnd“ nennt das Online-Rockmagazin „No boots, no love“ den Hotelchef und Frontmann der Band, was als nichts anderes denn als absolut gerechtfertigtes Riesenkompliment zu verstehen ist. Wenn Benjamin Weiß in die Rolle des „The Doors“-Sängers Jim Morrison schlüpft, als Jimi Hendrix oder Joe Cocker auf der Bühne erscheint, ist das SPOT66 bis auf den letzten der 130 Plätze ausverkauft – wobei es das mitgehende Publikum schon nach kurzer Zeit sowieso nicht mehr auf den Sitzen hält. Seit 2012 ist das „Rocktheater Rostock“, eine einmalige multikreative Kombination aus Live-Konzert, Film und interaktivem Schauspiel, eine feste Größe im Kulturkalender an der Ostsee und lockt selbst Besucher von weit her an.

Die kamen schon immer gern in das SPOT66, denn in den 90er Jahren avancierte es unter Leitung von Benjamin Weiß’ Mutter Ilona, einer bekannten Schauspielerin, zu einer beliebten Kleinkunstbühne, die sogar in der „New York Times“ erwähnt wurde. Hier traten viele Prominente aus dem Showgeschäft in hunderten von Vorstellungen auf. Bereits in der fünften Saison, gilt das „Rocktheater“ mittlerweile als erfolgreichste Live- und Bühnenshow in Mecklenburg-Vorpommern.



Im Ausnahmezustand: „Rocktheater Rostock“ im Trihotel Bild: J.H.

Zu der Erlebnisshow gehört aber mehr als nur Musik, denn ein Teil der Vorstellung spielt sich auch auf der Leinwand ab. Seit dem 1. Mai 2015 gibt es das „Rocktheater“ nämlich auch als Open-Air-Konzert. Und so, wie es über das legendäre Woodstock-Festival einen Film gibt, gibt es auch einen über das „Rocktheater Open Air“. Weiß beauftragte den Filmemacher Phillip Lehner, das Ereignis im Film festzuhalten und dabei den Geist des Rock ’n’ Roll einzufangen. Und wenn Gott im Rockhimmel zu den Rock-Klassikern mit dem Teufel um die Seele von „Five Men on the Rocks“-Sänger „Lally“ kämpft, johlt das Publikum vor Begeisterung.

Weil Weiß eben nicht nur Musiker, sondern auch leidenschaftlicher Gastgeber ist, hat er das „Rocktheater“ auf einmalig geniale Weise in sein Erlebnisgastronomie-Konzept eingebunden. Denn immer dann, wenn das „Rocktheater“ auf dem Programm steht, wird die mit einer professionellen Theaterbeleuchtung und Tonanlage ausgestattete Küche zum Show- und Partyraum. Vor der Aufführung legen die „Five Men on the Rocks“ hier schon mal unplugged los, während sich die Gäste von dem kreativen Küchenchef Helge Balow einen Vorgeschmack auf das geben lassen, was sie später beim Vier-Gänge-Menü erwartet. Ein Ohren- und Gaumengenuss. *Jan Heitmann*

Infos: www.trihotel-rostock.de Karten auch bei Vorverkaufsstellen und im Internet



Schreiber aus Passion

Karaseks Betrachtungen

Der vor einem Jahr verstorbene Hellmuth Karasek war seriöser Kulturjournalist und zugleich dampfplaudernder Entertainer. Als letzterer wurde er bei einem größeren Fernsehpublikum bekannt und beliebt; selbst beim größten Hallo war noch eine Prise Witz und Geist dabei. In Erinnerung bleibt nicht zuletzt, wie virtuos er im „Literarischen Quartett“ das heitere Gegenstück zum grantigen Marcel Reich-Ranicki gegeben hat.

Er war ein Schreiber aus Passion, Autor ganz unterschiedlicher Bücher. Zuletzt hatte er sich die 1950er Jahre vorgenommen; persönliches Erleben sollte mit allgemeiner Betrachtung der Nachkriegsjahre verbunden werden. Eine plötzliche Krebserkrankung, die ihn binnen weniger Wochen dahinraffte, hinderte ihn an der Fertigstellung, was dann sein Jugendfreund Michael Seufert so ideal besorgte, dass man überhaupt keine Brüche feststellen kann.

Amerikanischer Einfluss änderte alles

Karasek zeigt, dass sich im besiegten Deutschland nach 1945, genauer: in den drei Westzonen, durch den überragenden Einfluss amerikanischer Lebensart der Alltag schon bald und fast für jeden einzelnen änderte. Die Lässigkeit, die sich in alltäglichen Umgangsformen, in der Musik, in der Kommunikation und in der Kleidung an amerikanische Vorbilder anlehnte, war für die von NS-Terror und Krieg eingeschüchterten und ausgemergelten Menschen eine so positive Erfahrung, dass sie begierig alles Neue aufnahmen. Die Deutschen benötigten, so sagt es Karaseks Frau Armgard in ihrem kurzen Vorwort, ein neues Wertesystem, und der american way of life war ein Versprechen für ein selbstbestimmtes, freies Leben ohne Angst.

Nur kurz rekapituliert der Autor die historische Entwicklung von der Kapitulation über die Währungsreform, die Besatzungszonen, die Gründung zweier deutscher Staaten und das ab 1950 einsetzende vielzitierte Wirtschaftswunder. Karasek war nach der Flucht aus Böhmen in der Sowjetischen Besatzungszone gelandet; erst 1953 ging er in den Westen. Das erste Drittel des Buches spiegelt denn auch die düsteren Erfahrungen in der DDR. Aber dann macht er sich mit geradezu enzyklopädischem Eifer an die Symptome der neuen Zeit:

Das reicht vom Siegeszug des Rock'n'Roll und den Beginn der Selbstbedienungsläden, über neue und lässige Kleidung (Jeans) bis zum Einzug von Deos und Düften, von der vehement ausbrechenden Reiselust ab 1952 (zuerst Österreich, dann Italien – o sole mio), über die Sensationsprozesse um Vera Brühne und die „Edelprostituierte“ Rosemarie Nitribitt (zu gleicher Zeit der Skandal um Nitrit in Wurst und Fleisch), den Siegeszug amerikanischer Filme und das „Wunder von Bern“ 1954 („das Nibelungenlied des deutschen Fußballs“) bis zu den sich langsam, wirklich sehr langsam ändernden Strukturen in Ehe und Familie.

Karasek erzählt das alles mit leichter Hand, zugleich mit viel Wissen und immer mit leichter Zeitkritik, was merken lässt, das alles ist nicht Schnee von gestern, sondern wirkt bis heute nach. Ein wenig verwundert, dass er, wo er doch selbst von Literatur und Theater kommt, beide Bereiche kaum berücksichtigt. Dabei waren doch damals Intendanten wie Gründgens, Stroux, Barlog oder Schweikhart große Principale, und Böll und Grass prägten das geistige Klima ebenso wie Guardini oder Heidegger. Überhaupt, so ganz „spießig“ kann die Adenauer-Zeit nicht gewesen sein, wenn sich neben unbestreitbarer Restauration so viel Neues im sozialen Bereich abspielte.

Wer selbst noch die 1950er Jahre erlebt hat, wird mit Freude die Lektüre genießen und sich geistreich mit eigenem Erleben konfrontiert sehen; für jüngere Leser ist es eine locker, aber nie seicht geschriebene Zeitgeschichte, die die Zeit der Eltern und Großeltern hautnah erleben lässt. Manchmal glaubt man, die Menschen seien damals glücklicher, zumindest zufriedener gewesen als heute. *D.K.*

***Hellmuth Karasek: „Nach dem Krieg. Wie wir Amerikaner wurden“**, Europa Verlag, München 2016, 328 Seiten, 19,99 Euro*



Ein Leben als Renegat

Zum 80. Geburtstag erschien Wolf Biermanns Autobiografie

Wolf Biermann wurde am 15. November 80 Jahre alt. Wie immer man zu ihm steht, konzedieren muss man, dass er eine der zentralen Personen im geteilten Deutschland war. Neutral kann man ihm gegenüber kaum sein; schroffe Ablehnung steht der Begeisterung einer großen Fangemeinde gegenüber, wie auch jetzt ganz gegensätzliche Reaktionen auf seine jüngst erschienene Autobiografie „Warte nicht auf bessre Zeiten“ zeigen.

Zu dieser „kräftezehrenden Prosa-Langstrecke“ habe er sich regelrecht quälen müssen, und sie nur unter Ansporn seiner Frau Pamela geschafft. Im Buch werde, so sagt er, seine Lebensgeschichte zu einem „strukturierten Sittengemälde deutsch-deutscher Zeitgeschichte“. Dem ist kaum zu widersprechen. Biermann kann schreiben, kann erzählen, kann spotten und hämisch werden, aber auch intensiv über Politik und Philosophie nachdenken. Aus genauer Kenntnis charakterisiert er Freund und Feind und bringt berührende Abschnitte, etwa zu den letzten Stunden seiner sterbenden Mutter oder zum Tod seiner Freunde Robert Havemann und Jürgen Fuchs. Fast atemlos verfolgt man, wie er als kleiner Junge bei der Bombardierung Hamburgs 1943 in letzter Sekunde dem rasenden Flammenmeer entkommt.

In der Öffentlichkeit ist sein Kölner Konzert im Herbst 1976 in bleibender Erinnerung. Es hatte für ihn die Ausbürgerung aus der DDR zur Folge, ein Stachel, der ihn noch jahrelang schmerzte. Zu diesem Zeitpunkt war er 40 Jahre alt, mithin hat er die Hälfte seines Lebens gar nicht in der DDR gelebt. Und trotzdem hat sie sein Leben geprägt, der größere Teil des Buches ist dieser Zeit gewidmet. 1936 in Hamburg geboren (der Vater wurde 1943 als Jude und Kommunist in Auschwitz ermordet), ging er 1953 freiwillig in die DDR, wurde rasch einer der profiliertesten Lyriker und Sänger der jüngeren Generation, eckte mehr und mehr beim SED-Regime an, das 1965 ein absolutes Berufs- und Auftrittsverbot über ihn verhängte. Elf Jahre lebte der vor Energie und Ideen sprühende Liedermacher (so nennt er seinen Beruf) in Quarantäne und immer gewärtig, „zum weiteren Lernen“ in der „Universität Bautzen“ zu landen.

Unzählige Freunde aus aller Welt haben ihn in diesen schweren Jahren über Wasser gehalten. Die Stasi wollte ihn mundtot machen, vergessen in der Öffentlichkeit. Das Gegenteil war bekanntlich der Fall, und es sind die besten Passagen des Buches, wenn Biermann in spöttischer Schnoddrigkeit die Zermürbungs- und Zersetzungsbemühungen der Staatssicherheit beschreibt. Und es sind auch die düstersten Kapitel, zeigen sie doch, wie skrupellos das Regime mit Andersdenkenden, schon mit harmlosen Querköpfen umging. Ein Menschenleben galt nichts, Biermann nennt einige traurige, zutiefst berührende Beispiele.

Ein Großteil gilt dem DDR-Regime

Er sah sich lange als „gläubigen Kommunisten“, trotz oder gerade wegen der SED. Sein Umdenken begann nach einem langen Gespräch bei dem Renegaten Manes Sperber 1983 in Paris. Der forderte ihn auf: „Sie sollten sich als Renegat bekennen – auch vor sich selbst. Die Korrektur eines Irrwegs ist kein schäbiger Verrat. Sie erfordert Tapferkeit!“ Nach und nach sickerte es durch, und ganz am Ende des Buches findet sich die dann doch erstaunliche Einsicht: „Die bürgerliche Demokratie ist das am wenigsten Unmenschliche, was wir Menschen als Gesellschaftsmodell bisher erfunden und ausprobiert haben.“

Biermann wäre nicht Biermann, wenn man sich nicht auch hier ärgern könnte. Großartig sind die bösen Charakteristiken der SED-Bonzen; aber so nachsichtig, wie er mit sich selbst als „Renegat“ ist, so unduldsam, herablassend und rechthaberisch ist er gegenüber anderen, die nicht oder nicht mehr mit ihm übereinstimmen. Mit dem „Freund“ Günter Grass will er nach der „Wende“ nichts mehr zu tun haben; der alte Mitstreiter aus dunklen DDR-Zeiten Stefan Heym ist ihm zunehmend suspekt, und selbst die Dichterin Christa Wolf wird einmal als „mutigfeige“ charakterisiert. Man lernt die Toleranz bewundern, die offenbar viele Freunde Biermanns mit diesem aufbrausenden, oft arg selbstgerechten Mann gehabt haben.

Gleichwohl, ein bedeutendes Buch; es gehört zu den großen deutschen Erinnerungsbüchern nach 1945. Und allemal kann man Biermann Hochachtung und Bewunderung nicht versagen, sich der fürchterlichen Staatssicherheit der DDR so mutig widersetzt und alle Schikanen so tapfer ausgehalten zu haben. *Dirk Klose*

***Wolf Biermann: „Warte nicht auf bessre Zeiten! Die Autobiographie“**, Propyläen Verlag, Berlin 2016, gebunden, 544 Seiten, 28 Euro*



Mit politischem Hintergrund

Krimi greift Brisantes aus dem Amsterdamer Immigrantenmilieu auf

Auch wenn das „Büro der einsamen Toten“ fiktiv ist, beruht es doch auf Tatsachen, dass sich die Stadt Amsterdam sehr würdevoll um die Bestattung anonymer Leichen kümmert. In diesem Milieu siedelt das Autorenduo Britta Böhler und Rodney Bolt unter dem gemeinsamen Autorennamen Britta Bolt den ersten Fall von Pieter Posthumus an, der ihn gleich zu mehreren anonymen Toten führt.

Posthumus ist ein akribischer Beamtentyp, der sich in die Fälle regelrecht verbeißt, um den Toten die Würde zurückzugeben. Oftmals sind es die Alten und Einsamen, bei denen er versucht, Angehörige zu finden oder die Trauerfeier wenigstens persönlich zu gestalten. Ein Toter, der scheinbar einem Unfall zum Opfer fiel, entpuppt sich als marokkanischer Immigrant, dessen Familie er ermitteln kann. Aber es gibt Ungereimtheiten, was die Todesursache betrifft, und allzu schnell ist Familie Tahiri bereit, den Unfalltod zu akzeptieren. Die marokkanische Familie ist sehr gut integriert, die Eltern sind Geschäftsleute, allerdings radikalisiert sich der jüngste Sohn und entzieht sich so immer mehr dem familiären Einflussbereich. So bohrt Posthumus tiefer und stößt schon bald auf ein Netz von Intrigen. Aus seiner eigenen unbewältigten Familiengeschichte taucht unerwartet seine Nichte Meret auf, die als Journalistin dann mit ihm gemeinsam weiter recherchiert. Der Handlungsstrang läuft zweigleisig, neben dem „Büro der einsamen Toten“ ist auch der Staatsschutz aktiv, der eine „Amsterdamer Zelle“ observiert, die terroristische Aktivitäten planen soll und in der junge Marokkaner aktiv sind.

Die Autoren haben in dem Roman eine spannende Geschichte mit brisantem politischen Hintergrund geschrieben. Es ist beängstigend zu verfolgen, wie bei Familie Tahiri der jüngste Sohn in den Islam abgleitet, während die Eltern nur hilflos zusehen und keinen Einfluss mehr ausüben können.

Das Buch ist eine Übersetzung aus dem Niederländischen aus dem Jahr 2012, die heutige tatsächliche islamistische Radikalisierung hat das damalige Szenario allerdings bei weitem überholt. Mit Pieter Posthumus wurde ein persönlich sperriger, aber dennoch sehr sympathischer Charakter geschaffen, und das wohldosierte Lokalkolorit lässt den Leser in Amsterdam eintauchen. Das Buch ist packend geschrieben und macht neugierig auf weitere Fälle – ein zweiter Band ist bereits erschienen. *Britta Heitmann*

***Britta Bolt: „Das Büro der einsamen Toten“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2015, gebunden, 384 Seiten, 20 Euro, und Heyne Verlag, München 2016, Taschenbuch, 384 Seiten, 9,99 Euro*

Tricks und Manöver zum Machterhalt

Der Journalist Paul Lendvai beschreibt in »Orbáns Ungarn« Aufstieg und gegenwärtige Politik des ungarischen Präsidenten

Duzfreunde müssen keine Blutsbrüder sein. Der Autor Paul Lendvai duzt seinen „Helden“ Victor Orbán, er kennt ihn gut, hat aber für dessen Politik wenig übrig. So urteilt nicht irgendwer: Lendvai ist 1929 in Budapest geboren, seit 1957 in Wien journalistisch aktiv und längst als Publizist und Chef der Zeitschrift „Europäische Rundschau“ international hoch angesehen. Seine Aversion gegen Orbán baut Lendvai in dramaturgischem Geschick auf, sodass der Leser sie erst allmählich merkt.

Orbáns kometenhafter Aufstieg begann im Frühjahr 1989, als der linke Bartträger mit 35 Kumpanen den „Bund junger Demokraten“ (Fidesz) gründete und in einer legendären Rede „der kommunistischen Diktatur ein Ende“ prophezeite. Fidesz erlebte bis Jahresende solchen Zulauf, dass man ihn zur Partei umformte und so an Wahlen teilnehmen konnte.

Unter 60 neuen Parteien gewann Fidesz 1995 durch einen Schwenk nach Rechts Profil und Resonanz: Das links-liberale „ekelerregende Bild aus Filz, Vetternwirtschaft und politischer Verkommenheit“ (Lendvaj) konfrontierte man mit überlegten Wirtschaftsreformen und patriotischen Appellen an das „Trauma von Trianon“: Dort wurde 1920 die ungarische Reichshälfte Habsburgs Regionen zugesprochen, zu denen sie nur teilweise ethnisch gehörte: Slowakei, Ukraine, Rumänien (Transsilvanien), und Serbien (Wojwodina). Dagegen streitet Orbán: 2009 machte er den 4. Juni, das Datum von Trianon, zum „Tag der nationalen Zusammengehörigkeit“ und bezeichnete alle Ungarn als „einheitliche, über die Staatsgrenzen hinweg zusammengehörende Nation“. Später gab er, trotz der Kritik aus Nachbarstaaten mit einer ungarischen Minderheit, Millionen Auslandsungarn das (steuerfreie) Recht auf ungarische Pässe und ließ sie 2014 an ungarischen Parlamentswahlen teilnehmen, wobei sie zu 95 Prozent für Fidesz stimmten.

»Gefährlichster Mann der EU«

2015 feierte Fidesz verfrüht 30 Jahre Bestehen, wobei Orbán prophezeite: „Wir werden auch in den nächsten 30 Jahren hier sein.“ Mit Wahlsiegen von über 40 Prozent, 2010 sogar knapp 53, scheint Fidesz unschlagbar, was Orbán als „mächtigstem und reichstem Mann Ungarns“ nur recht sei. Zwei Drittel seines Buchs nutzt Lendvai zur Darstellung von Orbáns Manövern und Tricks zum Machterhalt, nachdem er die früheren linksliberalen Regimes in ihrer „Inkompetenz, Feigheit und Rivalität“ in einem „kalten Bürgerkrieg“ abserviert hatte.

Unter Orbán sei die Verfassung so manipuliert worden, dass jedes Gesetz im Eiltempo „durch das Parlament gepeitscht“ und angenommen werde. Aktionen gegen „lästige Bremsen durch das Verfassungsgericht“ und andere Gremien brachten ihm Ärger mit dem Straßburger Menschengerichtshof ein, folgenlos. Ohne Folgen blieben Ungarns Dauerkonflikte mit der Europäischen Kommission, dem Europarat, IWF und EZB, alles systematische Handlungen, „die die Regeln und Werte der Europäischen Union verletzen“.

Von 2007 bis 2013 bezog Ungarn 23 Milliarden Euro Hilfen aus Brüssel, weshalb manche Journalisten und die EU-Beauftragte sich berufen fühlen, Orbán wegen „Praktiken, die an solche totalitärer Länder erinnern“, scharf zu kritisieren. Die ganze Immigrantenkrise resultiert für Orbán aus Merkels „moralischem Imperialismus“. Deutschland trage Alleinschuld an ihr, Merkel könne die Krise sofort beheben, wenn sie wolle.

Orbán als Haupt einer „aufgeblähten Führerdemokratie“ erscheine als „gefährlichster Mann der EU“, mitunter als lachhafter. Wenn er das Einholen Österreichs als „historisches Ziel“ proklamier, mache er sich so lächerlich wie weiland Ulbricht oder Chruschtschow mit ähnlichen Phantasien. Seine prorussische Außen- und Energiepolitik machten ihn zum „Puszta-Putin“. Hohen ungarischen Regierungsbeamten ist die Einreise in die USA verboten, was Orbán wenig kümmere, der seinen erstrebten „illiberalen Staat“ à la Russland, Türkei und China ausrichte. Deutschland solle auf Distanz gehen, seit er Berlin, Moskau und Istanbul „unsere drei Orientierungspunkte“ nenne. *Wolf Oschlies*

***Paul Lendvai: „Orbáns Ungarn“**, Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2016, gebunden, 240 Seiten, 24 Euro*

MELDUNGEN

»Spiegel« rechtfertigt Titel

Hamburg – Im Interview mit dem NDR-Magazin „Zapp“ hat „Spiegel“-Chefredakteur Klaus Brinkbäumer das jüngste Titelbild seines Blattes (siehe Wochenrückblick) gegen Kritik verteidigt. „Es war ja ein Schock für die Welt. Fragen Sie in Berlin herum. Die deutsche Gesellschaft, der politische Kreis in Berlin. Niemand hat das kommen sehen“, so Brinkbäumer. Das Bild war als „Populismus gegen Populismus“ bemängelt worden. *H.H.*

»Breitbart« im Weißen Haus

Washington – Der künftige US-Präsident Donald Trump will laut „New York Times“ den Chef des konservativen US-Nachrichtenportals „Breitbart News“, Stephen Bannon, als Chefberater ins Weiße Haus holen. Brisant: Laut dem österreichischen „Wochenblick“ hat Bannon Kontakt zum französischen Front National aufgenommen, um eine Zusammenarbeit auszuloten. Zudem sollen „Breitbart“-Büros in Berlin, Paris und Kairo eröffnet werden. *H.H.*

ZUR PERSON

Bulgarischer Brückenkopf

Die Migrantenströme wirbeln Europa politisch durcheinander. Das schlägt sich im Erstarken rechtskonservativer Parteien, Orbáns Grenzzaun oder dem Brexit nieder. Jetzt wurde auch Bulgarien davon erfasst. Ohne den Asylantenzustrom hätte ein vor wenigen Wochen noch ziemlich unbekannter Soldat kaum die Stichwahl um das bulgarische Präsidentenamt gewonnen. Der russlandfreundliche Außenseiter **Rumen Radew** schlug die europafreundliche Zezka Zatschewa, die vor der Wahl als haushohe Favoritin galt (siehe Seite 6).

Radews Sieg hat darüber hinaus eine politische Kettenreaktion in Gang gebracht. Kaum hatte er die Wahl gewonnen, kündigte Ministerpräsident Bojko Borissow seinen Rücktritt an. Gut möglich, dass sich der Wind in Bulgarien jetzt dreht und die konservativen, proeuropäischen Kräfte um Borissow gegenüber den Sozialisten das Nachsehen haben.

Radew selbst ging als parteiloser und unabhängiger Kandidat auf Vorschlag der Sozialisten ins Präsidentschaftsrennen. Zuvor kündigte er eine harte Linie an: „Ich werde nicht zulassen, dass Bulgarien zu einem Emigranten-Ghetto wird“, sagte er und kündigte eine Revision des Dublin-Abkommens an, welches das europäische Asylverfahren regelt.

Dabei findet sich im Lebenslauf des 53-jährigen Radew auch eine westliche Orientierung. Vor dem Aufstieg des ausgebildeten Kampfpiloten zum obersten General der bulgarischen Luftwaffe, war er zu Studienzwecken an der US-Luftwaffenbasis Maxwell in Alabama. Gut, das ist inzwischen Donald-Trump-Land. Da könnte Bulgariens künftiger Präsident ja eine ideale Brücke der Verständigung herstellen zwischen dem zukünftigen US-Präsidenten sowie Russlands Präsidenten Putin. Europas „Willkommens“-Politikern wird das gar nicht schmecken. *H. Tews*



Jetzt ist Krieg!

Wie die »Zeit« den »Spiegel« als totalitär entlarvt, was Trump wirklich ist, und wie die »Abgehängten« plötzlich an die Spitze gerast sind / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wenigstens die Satiriker und Kabarettisten können mit dem kommenden US-Präsidenten zufrieden sein. Endlich dürfen sie, zumindest teilweise, in ihre angestammte Rolle zurückschlüpfen.

Da hat es in den vergangenen Jahren nämlich einen merkwürdigen Polsprung gegeben. Solange es das Genre gab, haben politische Kabarettisten die Regierenden und Mächtigen aus der Warte der regierungs- und machtkritischen Bürger durch den Kakao gezogen.

In jüngster Zeit dagegen sehen die Hofnarren unserer Epoche ihre Aufgabe darin, aus der Warte der Regierenden und Mächtigen über regierungskritische Bürger herzuziehen. Witze über die AfD, über Pegida oder die „Wutbürger“ hagelt es da so deftig, dass sich Merkel, Gabriel und ihre Freunde vor Lachen nicht mehr einkriegen. Dermaßen loyal dem Throne ergeben agierte nicht einmal das Kabarett in der DDR, wo Meister der kritischen Zwischentöne ihren Herrschern nicht selten ordentlich einen mitgaben.

Aber jetzt ist Trump ja da, mit ihm hat ein echtes Feindbild die Bühne betreten, ein richtiges Monster – darin ist sich die politisch-mediale Führung in Berlin samt angehängtem Kabarettisten-Zirkus vollkommen einig. Also: Ab die Post!

Davor gilt es allerdings, die Fassung zurückzugewinnen. Was gar nicht einfach ist, denn seit der US-Wahl steht die „politische Klasse“ der Bundesrepublik im Krieg. Ja, im Krieg! Nicht übertrieben.

Die „Zeit“ hat gleich am Morgen nach dem Ereignis den „Ernstfall“ ausgerufen und zum Kampf gegen den „totalitären Blender“ Trump geblasen. Totalitär? Oh ja, denn, wie Jakob Augstein auf „Spiegel Online“ doziert: Trump ist „kein Demokrat. Er ist ein Faschist.“

Und woran erkennt man „Faschisten“ und anderes „totalitäres“ Gezücht? Da weiß die „Zeit“: Der künftige Präsident habe seine Anhänger auf die Parole „Sieg oder Untergang“ eingeschworen. Das sei „der Weg aller totalitären Bewegungen“.

Ach, daran also erkennt man die braune Brut, lernen wir – als wir kurz danach ziemlich verdattert auf das Titelbild des neuen „Spiegel“ blicken müssen. „Das Ende der Welt (wie wir sie kennen)“ prangt da vor rabenschwarzem Hintergrund, auf dem Trumps Kopf wie ein Komet mit aufgerissenem Maul auf die kleine zerbrechliche Erde zubraust. Aussage: Den Sieg haben wir verpfuscht, jetzt verschlingt uns der Weltuntergang.

Laut „Zeit“ marschiert der „Spiegel“ mit diesem Titel doch zweifelsfrei auf dem „Weg aller totalitären Bewegungen“, oder? Was für ein Chaos! Vielleicht sollten sich die Kollegen mal ein bisschen besser absprechen, bevor sie sich gegenseitig solche Fallen stellen. Gelingt ihnen bei anderen politischen Kampagnen doch auch ganz fabelhaft.

> Wir haben es besser: Bei uns hat der Pöbel bei der Auswahl des Staatsoberhaupts nichts zu melden

Andererseits ist ja bekannt, dass in mancher Schlacht mehr Soldaten durch das Feuer ihrer eigenen Kameraden gefallen sind als durch das des Feindes. Sind halt alle ein wenig durcheinander im Moment. Muss man verstehen.

Ebenfalls in der „Zeit“ fordert ein US-amerikanischer Gastautor seine Mitbürger auf, jeden persönlich zu bestrafen, der für Trump gestimmt habe, denn „wer einen angehenden Diktator unterstützt, muss auch im persönlichen Umfeld die Konsequenzen zu spüren kriegen: Nein, wenn du Trumps Machtmissbrauch ermöglichst, werde ich dich auf der Straße nicht mehr freundlich grüßen.“ Aus den USA gehen unbestätigte Berichte ein, wonach Personen von einem rasenden Mob auf offener Straße verprügelt wurden, weil man sie für Trump-Unterstützer hielt.

Es geht, verbal, noch einen Zacken schärfer. Im eingangs erwähnten „Zeit“-Artikel heißt es, zunächst hätten wir noch über Trump gelacht, doch „heute lacht niemand mehr“. Im Deutschlandfunk verkündet Grünen-Außenpolitiker Omid Nouripour, dass sich „niemand“ einen Sieg des republikanischen Kandidaten gewünscht habe.

„Niemand“ hat sich Trump gewünscht? Also hat nach dessen Sieg auch „niemand“ mehr etwas zu lachen? Wer, oder genauer: was sind dann Trumps Unterstützer? Was ist mit denen, die aufatmen, dass es Clinton nicht wurde, weil sie als US-Außenministerin Kriege und Konflikte angeheizt hat? Richtig: Die sind nicht einmal mehr Gegner oder Irregeleitete, nein, sie existieren gar nicht, sind jedenfalls keine Menschen, in welchem Sinne auch immer. Und Trump selber ebenso wenig, sondern, siehe „Spiegel“-Titel, eine außerirdische Bedrohung.

Arme USA. Wie schön haben wir's da in unserem aufgeräumten Deutschland. Bei uns hat der Pöbel nichts zu melden bei der Auswahl des Staatsoberhaupts. Steinmeier kriegt den Posten, wurde bei irgendeinem Kungeltreffen abgemacht. So macht Demokratie Spaß, weil sie „kalkulierbar“ bleibt. Denn das sei ja überhaupt das Schlimmste an dem blonden Ami, hören wir immerzu, dass seine politische Linie „unkalkulierbar“ sei. Bei uns in Deutschland dagegen wissen wir immer schon vor der Wahl, wie die Politik nach der Wahl weitergeht – nämlich genauso wie vor der Wahl: irgendwas zwischen links und grün über linksliberal bis früher-mal-nicht-so-links. Was anderes kann ja wohl auch „niemand“ wollen.

Für den Kommentator des Deutschlandfunks kommt für Angela Merkel jetzt die große Stunde auf dem internationalen Parkett, denn Deutschland sei „schon jetzt mehr denn je ein Hort gesellschaftlicher Stabilität“. Der Staatssender ist sich sicher, dass diese „Stabilität“ in die ganze Welt ausstrahlen wird, weshalb unsere Kanzlerin „mehr als im eigenen Land ... auf der internationalen Bühne mit der Erwartung konfrontiert sein (wird), eine neue Führungsrolle einzunehmen“.

Da schau her: Ganz Europa geht auf Distanz zu Merkels Asylpolitik, die Briten geben der EU den Laufpass und viele von ihnen meinen „Merkel“, wenn sie „EU“ sagen; die Risse in den Beziehungen zwischen Berlin (oder Bonn) und unseren Nachbarn und Partnerländern waren in den vergangenen 60 Jahren noch nie so tief wie heute – doch der Staatsfunker träumt sich eine Welt herbei, in der die Regierungen der übrigen Menschheit unserer Kanzlerin die Schleppe tragen.

Herr Doktor, was ist das? Na ja, wir wollen nicht in Panik verfallen. Ein medizinisches Gebrechen können wir wohl ausschließen. Es scheint hier eher eine psychologische und eine soziale Schieflage hervorzutreten. Psychologisch erinnert der Fall an die späte DDR. Je mieser die Lage, je wackliger das Regime, desto mehr schienen die Träger des SED-Staates zu versteinern und flüchteten sich immer tiefer in Parolen und Traumbilder von der sagenhaften Überlegenheit ihrer Ideologie und deren Repräsentanten.

Den Grund für das soziale Problem des Staatsfunkers und zahlloser seiner Kollegen finden wir in dem erwähnten Wörtchen „niemand“: Da hat sich eine Gruppe aus Journalisten, Politikern und Begleitpersonal herausgebildet, die nur noch mit ihresgleichen zu kommunizieren scheint. Sie leben in einer Blase, in der alle mehr oder minder das Gleiche sagen und denken – und nur, wer in der Blase sitzt, ist „jemand“.

Trump hat in die Blase hineingepiekt. Nun stehen sie völlig verdutzt („Schockstarre“ ist das Medienwort der Stunde) in einer Welt, die sie nicht für möglich hielten, und frieren elendig.

Zwar hatten sie immer eine Ahnung, dass da draußen noch etwas anderes existieren könnte, etwas wie Trump oder die AfD-Anhänger und derlei Pack. Aber das waren die „Abgehängten“, Das Wort sagt alles: Wer abgehängt wurde, fährt nicht mehr mit im Zug der Zeit, er steht bedeutungslos herum auf dem Abstellgleis, wo er ohne Einfluss auf den Gang der Dinge verrottet.

Nun haben diese vermeintlich „Abgehängten“ den Zug derer, die sich an der Spitze wähnten, scheppernd überholt. Das kann einem schon einen Schreck versetzen. Und wir ahnen: Es wird nicht der letzte gewesen sein.

MEINUNGEN

*Chefredakteur **Markus Somm** deutet in der „Basler Zeitung“ (9. November) die Wahl Donald **Trumps** zum US-Präsidenten als **„Revolution“**:*

„Es ist eine Revolution ... 2016 ist das Jahr der Wende. Nach der ersten Revolution, die im Sommer in Großbritannien vorgefallen war, als ein eigenwilliges, mutiges Volk den Brexit beschloss, ist das nun die zweite Rebellion der einfachen, normalen Leute, die noch größer, noch bedeutender, noch schmerzhafter ist für jene Kreise, die so felsenfest davon überzeugt sind, besser zu wissen, wie man ein modernes Land zu führen hat.“

***Sebastian Antrak** stellt den deutschen **Medien** „Tichys Einblick“ (9. November) nach deren Reaktionen auf die **US-Wahl** ein vernichtendes Zeugnis aus:*

In jedem Fall wird die Präsidentenwahl 2016 als Lehrstück in die Geschichte eingehen, wie sehr auch deutsche Medien inzwischen auf Neutralität und Objektivität pfeifen und sich gemein machen mit entrückten Traumtänzern, die der öffentlichen Meinung ihren, und nur ihren, Stempel aufdrücken wollen. Schadenfreude ist die schönste Freude, sagt man. Und die gönne ich mir heute.“

***Jürgen Kaube**, Herausgeber der „FAZ“ (10. November), gibt den Vorwurf, **Trump-Sympathisanten** und empörte Bürger **seien ungebildet**, an die zurück, die diesen Vorwurf erheben:*

„Weltweit haben sich die Sozialdemokratie und die ‚liberals‘ (Zeitgeistlinke und Grüne) als Arbeitsgruppe ‚Umverteilung nach oben‘ bekanntgemacht, weltweit der Konservatismus als Verein zum Abnicken jedweder technokratischen Reform, weltweit der Liberalismus als Interessengemeinschaft Vermögensbesitz ... Man findet, dass alle Leute die Gesellschaft eigentlich super finden sollten, weil es einem selbst gut geht. Wenn die Leute wütend sind, hält man ihnen Vorträge über Vielfalt oder verweist sie an eine Linke, die es nicht gibt. Und glaubt, dass schon nichts passieren wird. Wie gebildet ist das eigentlich?“

***Steffi Dobmeier** gibt in der „Westdeutschen Allgemeinen“ (11. November) zu, dass das **linke Lager andere Meinungen** kaum noch wahrnimmt, weshalb man von Trumps Sieg so überrascht sei, und rät ihresgleichen:*

„Wir müssen aus der Blase raus. Müssen uns befassen mit den Dingen, die wir verabscheuen, müssen diskutieren und argumentieren – und offen bleiben dafür, dass es jenseits unserer eigenen, meist links-liberalen Meinung und der Meinung unserer Freunde, Arbeitskollegen, Geschwister, Eltern und Nachbarn noch eine andere Welt gibt.“

***Helmut Markwort** geißelt im „Focus“ (12. November) die **einseitigen** Berichte der **Staatssender** zum US-Wahlkampf:*

„Monatelang hatten ARD und ZDF ein einseitiges Bild der USA gezeichnet. Jede Menge Befürworter der angeblich eindeutigen Favoritin Clinton traten auf, ab und zu garniert mit nicht sehr sprachsicheren Amerikanern in der kauzigen Rolle von Trump-Wählern. In der Wahlnacht fiel dieser Hochmut auseinander.“